



30. Jahrgang • 2003 • Heft 1

Franz Steiner Verlag



Vierteljahrszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst

Schwerpunkt:

Stadt und Universität

Herausgegeben von Johann Jessen



Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr.
AUGUST GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsge-
meinschaft Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED
MÖNCH (Besprechungen).
Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut
für Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH
DENECKE, Universität Göttingen, Geographisches
Institut – Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität
Trier, Fachbereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN
HARLANDER, Universität Stuttgart, Institut Wohnen
und Entwerfen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der
Stadt Waiblingen – Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Uni-
versität Stuttgart, Städtebau-Institut – Prof. Dr.
RAINER JOOSS, PH Schwäbisch Gmünd, Histori-
sches Seminar – Dr. URSULA VON PETZ, RWTH
Aachen, Planungstheorie und Stadtplanung –
VOLKER ROSCHER, Bund Dt. Architekten Hamburg –
Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof. Dr.
DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches
Institut.

Redaktionelle Zuschriften und Bespre-
chungsexemplare werden an die Redaktions-
adresse erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55,
73726 Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728
Esslingen a.N., Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derzeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden
Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement
EUR 76,- Einzelheft EUR 19,-, jeweils zuzüglich
Versandkosten. Vorzugspreis für Studierende
gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studien-
bescheinigung EUR 57,- zzgl. Versandkosten.
Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,

des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. Novem-
ber des laufenden Jahres beim Verlag eingegan-
gen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart;
Postfach 101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de
Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in
anderen Publikationen veröffentlicht werden. Mit
der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der
Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht
für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts.
Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur
Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht
zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online
und offline.
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: DIP-Digital Print,
D-58453 Witten

© 2003 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart



Stadt und Universität

Herausgegeben von Johann Jessen

JOHANN JESSEN, Editorial.....	1
HANS-DIETER NÄGELKE, Einheitswunsch und Spezialisierungszwang: Stadt und Universität im 19. Jahrhundert	7
STEFAN MUTHESIUS, Die Nachkriegsuniversität: "Stadt" vor der Stadt	20
ECKART KRÖCK, Die Region, die Universität und die Stadt: Ruhr-Universität Bochum	32
ROBERT LEMMEN, Die Universität in der Stadt: Beispiel Bremen – wechselnde Leitbilder und Lösungen	44
HANS-JOACHIM AMINDE, Rückkehr in den Stadtraum und Erweiterung: Die Technische Universität Dresden nach der Wende	57
HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin – Aschenputtel in der Innenstadt?	67
GERD DE BRUYN, Politisierte Tristesse und ästhetisierter Leistungsdruck. Über den Wegzug der Frankfurter Universität aus der Stadt	78

Besprechungen

GEORG DEHIO, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Bayern I: Franken (Martin Burkhardt)	91
GEROLD BÖNNEN, Das Stadtarchiv Worms und seine Bestände (Martin Burkhardt)	91
CHRISTINA SIMON / THOMAS HAFNER, 50 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 – 2002 (Peter Goerke)	93

Eingegangene Bücher 2002	95
--------------------------------	----

Johann Jessen

Stadt und Universität *Editorial*

Man könnte es in diesen Tagen, da ein Zauberwort Hochschulmarketing heißt, fast vergessen: Hochschulen haben nicht nur einen Platz im Ranking und Präsenz im Internet, sie positionieren sich nicht nur in einem globalen Wettbewerb, sie haben auch einen Ort und sind Teil einer Stadt. Das Verhältnis von Universität und Stadt ist so alt wie die Universitäten selbst und hat ebenso seine eigene wechselhafte Geschichte wie das Nachdenken über dieses Verhältnis.¹ Dieses Heft nimmt sich ein Thema vor, das seit einem Vierteljahrhundert fast in wissenschaftlicher und publizistischer Versenkung verharret, nachdem es davor über eineinhalb Jahrzehnte unter dem damaligen Zauberwort Hochschulplanung eine üppige, aber dann rasch welkende Blüte erlebte.² Das damalige Abreißen der Debatten ist leicht erklärt: Die wichtigsten Neugründungs-, Standort- und Ausbauentscheidungen waren gefallen, der größte Teil der geplanten Bauvolumina war errichtet. Zugleich gab es mit dem Einbruch in den öffentlichen Finanzen die ersten Ausbaustopps, schließlich waren schon zuvor Hoffnungen zerstoßen, dass die Realität des Planungsalltags den anspruchsvollen Konzept- und Programmvorgaben der Hochschulplaner folgte. Anders als die Theorie es vorsah, war auch der Universitätsbau geprägt von Brüchen, Sackgassen, Kehrtwendungen und Widersprüchen. Schließlich gerieten einige der neuen Universitäten – ähnlich wie manche der Großsiedlungen – kaum errichtet, in die öffentliche Kritik: hier die Lernmaschinen, dort die Wohnmaschinen. Seither gab es praktisch kaum mehr Beschäftigungen mit diesem Thema, abgesehen von vereinzelten, von lokalhistorischen Interessen geprägten Monographien.

Auch das wieder erwachte Interesse, das sich nicht nur in dieser Publikation spiegelt, kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist es ohne Frage ein Teil der Hinwen-

1 Vgl. E. Maschke / J. Sydow (Hrsg.), Stadt und Universität im Mittelalter und in der früheren Neuzeit, Sigmaringen 1977 und dies. (Hrsg.), Stadt und Hochschule im 19. und 20. Jahrhundert, Sigmaringen 1979.

2 Ein Ende lässt sich datieren mit der Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik bei Verwaltungen von insgesamt 60 Hochschulstädten zu allen denkbaren Facetten der Hochschulplanung aus kommunaler Perspektive. Es war wohl bezeichnend für den damaligen thematischen Erschöpfungszustand, dass die Autoren, noch bevor sie ihre Ergebnisse vorstellten, sich gegen den damals offenbar nahe liegenden Vorwurf verwahrten, es mit einem „überforschten“ Gegenstand zu tun zu haben: H.-. Franke / M. Herrmann / H. Janssen / H. Lange / K. Uhlig, Hochschulplanung und Stadtentwicklung. Eine Erhebung in 60 Hochschulstädten, Berlin 1977, S. 32 f; außerdem gleichzeitig das Themenheft der Informationen zur Raumentwicklung Heft 3/4 (1977): Raumordnung und Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, Bonn-Bad-Godesberg.

dung zu den 1960er Jahren, den die Architektur- und Planungsgeschichte der Moderne in jüngerer Zeit vollzogen hat. Weltweit war in den 1960er und 1970er Jahren der Neu- und Ausbau der Universitäten ein prominentes Element in der „heroischen Phase“ des modernen Städtebaus. Zum anderen sind die Bauten der neuen Universitäten und Universitätserweiterungen nun in die Jahre gekommen. Nach drei Dekaden geben Instandsetzungs- und Erneuerungsnotwendigkeiten den zuständigen Planern in den Hochschulbauämtern und kommunalen Planungsabteilungen hinreichend Anlass, sich grundlegender mit den ehrgeizigen Hinterlassenschaften und den ursprünglichen Intentionen ihrer Vorgänger zu befassen. Wieder aktualisiert wurde das Thema dann Anfang der 1990er Jahre mit der Transformation der DDR-Universitäten in das bundesrepublikanische Hochschulsystem. Schließlich – und dies ist mehr Forderung als Realität – legt die gegenwärtige Legitimationskrise den Universitäten nahe, Standortbestimmung nicht nur in den Kategorien des Marketings zu begreifen, sondern auch einen neuen Blick auf Funktion und Position in ihrer Stadt und Region zu werfen.

Der erste große Ausbauschub deutscher Universitäten und Technischer Hochschulen fiel in das letzte Quartal des 19. Jahrhunderts. Noch heute sind die Innenstadtstandorte der alten Hochschulen baulich vielfach durch die wuchtigen Seminar- und Laborgebäude der wilhelminischen Epoche geprägt. Eine Tour d'Horizon durch die damaligen Gründungs- und Ausbaukonzepte aus städtebaulicher Sicht bietet der Beitrag von *Hans-Jürgen Nägelke*. Angesichts ihrer jetzigen stadtstrukturellen Einbettung erstaunt die pragmatische Offenheit, mit der man seinerzeit mit diesen „Großprojekten“ an die damalige Peripherie auswich, sich zu Standortteilungen durchrang und damit gegen das „Geschlossenheitsideal der Humboldtschen Universität“ entschied – häufig mit Argumenten, die auch heute noch vertraut klingen.

Den zweiten großen Schub brachten die 1960er und 1970er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Dieser lief zeitlich parallel mit dem Bau der Großsiedlungen der Nachkriegszeit, die Thomas Sieverts in dieser Zeitschrift vor Jahren als die „Experimentierfelder der Moderne“ apostrophiert hat.³ Auch die „Neuen Universitäten“ waren solche „Experimentierfelder“ (*Hans Joachim Aminde*), und zwar in Potenz. Diese Potenz erwuchs vor allem daraus, dass die öffentliche Hand nicht nur als Planer, sondern auch als Bauherr auftreten konnte und gleichsam Laborbedingungen bestanden, was das Umsetzen baulicher, städtebaulicher, erschließungstechnischer und organisatorischer Neuerungen betraf. Für einen kurzen historischen Moment schien sich selbstgewisses Expertentum voller Zukunftsoptimismus und vermeintlich unbehelligt von den Launen des Marktes mit ihren Vorstellungen durchsetzen zu können. Sowohl die Universitätsneugründungen als auch die großen Erweiterungen bestehender Universitäten waren städtebauliche Werkstätten für Modelle im Maßstab 1:1. Einen Überblick über die Ideen und Konzepte der Universitätsgründungen in

3 Th. Sieverts, Die Neuen Städte als Experimentierfelder der Moderne, in: Die alte Stadt 14 (1/1987), S. 51–71.

den 1960er und 1970er Jahren gibt der Beitrag des Kunsthistorikers *Stefan Muthesius*. Mit Schwerpunkt auf England und der Bundesrepublik resümiert der Aufsatz Ergebnisse einer umfassenden vergleichenden Monographie des Verfassers zum Thema.⁴ Manche der Konzepte wurden nur als Torso realisiert wie in Bremen, andere in nahezu planmäßig vollendeter Gestalt wie in Bochum. Sein Überblick zeigt die Vielfalt als ein internationales Phänomen. Die Universitätsneugründungen in den beiden Ländern gelten als die ambitioniertesten ihrer Zeit, wobei die englischen Lösungen für viele deutsche Hochschulplaner wichtige Vorbilder lieferten. Die Konzepte variieren vor allem darin, ob sie die Optimierung der inneruniversitären Abläufe verfolgen und diese gestalterisch überhöhen oder aber ob sie die funktionale Verflechtung mit der Stadt in den Vordergrund stellen, wobei Verflechtung jedoch nicht als stadträumliche, die Besonderheiten des Ortes aufnehmende Orientierung missverstanden werden darf.

Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass die große Masse der in den 1960er und 1970er Jahren errichteten Hochschulbauten dringend instand gesetzt und modernisiert werden muss. Dabei lassen sich die seinerzeit geschaffenen Strukturen danach unterscheiden, inwieweit sie den notwendigen baulichen, infrastrukturellen und funktionalen Anpassungen „Widerstand entgegenbringen“ (*Robert Lemmen*). Das städtebaulich und architektonisch spektakulärste und in den nachfolgenden Jahren wohl auch umstrittenste Projekt war die Ruhr-Universität Bochum, die erste Universität im Ruhrgebiet überhaupt und in den 1960er Jahren die größte Baustelle Europas: der Inbegriff einer Retortenuniversität als Lernmaschine, die besonders konsequent dem Leitbild einer eigenständigen „Bau- und Strukturform“ folgte. Wie eine Stadt sich mit diesem monumentalen Manifest technokratischer Potenz und utopischer Energie über die Jahre arrangiert hat und dabei den Anschluss an ein Gebilde sucht, das diesen Anschluss ursprünglich nie wollte, davon berichtet aus der Perspektive der planenden Verwaltung der Beitrag von *Eckart Kröck*. In die gleiche Reihe ambitionierter Universitätsgründungen der ersten Stunde gehört auch die Universität Bremen. Der Beitrag von *Robert Lemmen*, seit langen Jahren verantwortlicher kommunaler Planer für den Universitätsbereich, vollzieht die verschiedenen planerischen Ansätze nach, die neue Universität vor den Toren der Stadt mehr und mehr und häufig über Umwege zu einem städtebaulich und funktional verknüpften Bestandteil des städtischen Gesamtgefüges werden zu lassen.

Mit der langen und wechselhaften Planungsgeschichte steht die Universität Bremen nicht allein. Zwar war das große fachübergreifende Interesse an der Hochschulplanung⁵ als ein besonders vielversprechendes Anwendungsfeld des „rationalisti-

4 S. Muthesius, *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, Yale University Press, New Haven / London 2000.

5 Exemplarisch die Publikationen des Sonderforschungsbereichs „Hochschulplanung“ am Institut für Öffentliche Bauten der Universität Stuttgart: H. Linde (Hrsg.), *Hochschulplanung* (4 Bände), Düsseldorf 1969–1971.

schen Planungsmodells“ im Sinne der amerikanischen „comprehensive planning“ erloschen, aber dies bedeutete keineswegs das Ende des Hochschulausbaus. Im Gegenteil: In manchen Universitäten lagen die eigentlichen Ausbauschwerpunkte in den achtziger Jahren, wie z.B. bei der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg oder der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Auch an den übrigen Neugründungen und Ausbaustandorten sind nach und nach einzelne Lehr- und Forschungseinrichtungen sowie Ergänzungsbauten erstellt worden.⁶ Aber das Tempo hatte sich verringert: Universitätsentwicklung vollzieht sich bis heute in vielen kleinen, meist nicht koordinierten Schritten – durchaus analog zum Grundmuster der Stadtentwicklung in den achtziger Jahren.

Damit waren nicht nur Änderungen in Tempo und Quantitäten, sondern auch in Inhalten und Konzepten verbunden. Es bedeutete das Ende der Anwendung der in den 1960er Jahren mit großem Bauforschungsaufwand entwickelten Hochschulbausysteme: Es wurde nicht mehr „getypt“ (Heinle / Heinle). Statt Systemvariationen waren nun individuelle städtebauliche und architektonische Lösungen gesucht, die auf die besonderen landschaftlichen (Oldenburg) oder städtischen Eigenschaften des Standorts (Harburg, Kassel) Bezug nahmen.⁷

Regionalstrukturelle Überlegungen hatten bei der Standortsuche für Hochschulneugründungen Pate gestanden. Sie waren ein neues Element regionaler Strukturpolitik und sicherlich auch eines der erfolgreichsten, da hier die öffentliche Hand durch Planung nicht nur Rahmen setzen konnte, sondern auch als Bauherr mit erheblichen Investitionssummen auftrat. Sowohl in den Industrieregionen als auch in den strukturschwachen ländlich geprägten Regionen haben die Universitätsgründungen durchweg wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Impulse geben können – ob nun in Bochum oder in Kaiserslautern, ob in Bayreuth oder in Oldenburg. In den 1980er Jahren folgte die direktere Einbindung der Universitäten in die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung. Universitätsnahe Technologie-Parks und Gründerzentren sollten die Standortprofile sowohl der Hochschulen wie der Hochschulstädte schärfen. Vorreiter und Vorbild für viele war die Planung und Umsetzung des Technologie-Parks an der Universität Dortmund.⁸ Zugleich sah man in den Hochschulerweiterungen und -ergänzungen – wie auch das vorgestellte Bremer Beispiel zeigt – eine neue Chance, die inzwischen als Defizit empfundene städtebauliche und funktionale Isolation der neuen Universitätsstandorte wenn nicht zu beheben, so doch zu mildern.

6 Dies bestätigt auch der materialreiche Überblick (mit Schwerpunkt auf dem eigenen Werk) über Hochschul- und Forschungsbauten der letzten vier Jahrzehnte von E. Heinle / Th. Heinle, Bauten für Lehre und Forschung, München / Stuttgart 2001.

7 Als frühes Beispiel der Neubau der Naturwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg; vgl. A. Kleinloh, Die Baugeschichte der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, Oldenburg 1998.

8 A. Günther, Die Planung des Technologiegebietes in Dortmund, in: Stadtbauwelt 99 (1988), S. 1556–1564.

So wie es Analogien zwischen den Konzepten und Leitbildern der Neuen Städte und der Neuen Universitäten der Moderne gibt, so gibt es auch Parallelen in der Reaktion darauf: in der gemeinsamen Hinwendung zum städtebaulichen Repertoire, das mit den in den 1990er Jahren dominanten Leitvorstellungen der Europäischen Stadt verbunden wird. Auch bei der Planung von Technologie-Parks und Universitätserweiterungen versuchte man, soweit es Programm und Funktion der Einrichtungen überhaupt vertragen, zum Baublock, zur Korridorstraße, zur kleinräumigen Nutzungsmischung und schließlich zur engen Verknüpfung mit der umgebenden Stadt zurückzukehren. Dem Ziel der Integration in die bestehende Stadt kam an manchen Standorten entgegen, dass infolge des Strukturwandels innerstädtische Flächenreserven auf Industrie- und Militärbrachen zur Verfügung standen, die neue Hochschulstandorte in zentraler Lage und unter Umnutzung bestehender Bauten gestatteten. An der TU Hamburg-Harburg ist dies exemplarisch gelungen.

Auch bei der Erweiterung der Technischen Hochschule Dresden zu einer Voll-Universität nach der politischen Wende war die funktionale und stadträumliche Integration des alten und erweiterten Universitätsstandorts in das bestehende Stadtgefüge die übergreifende Leitlinie. Hans-Joachim Aminde stellt den Masterplan vor, der heute die Grundlage für den weiteren Ausbau bildet. Konzentration der Neubauflächen durch Nachverdichtung auf dem bestehenden Universitätsgelände, Rekonstruktion des Dresdner Stadtraums durch bauliche Ergänzungen mit Plätzen und Parks, die allen offen stehen, und eine starke Verknüpfung mit den Nachbarquartieren durch ein enges Wegenetz sind dabei die wichtigsten Stichworte. Ähnlichen Orientierungen sind die Pläne für die beiden großen neuen Hochschulstadtteile verpflichtet: für die Wissenschaftsstadt Adlershof in Berlin und den Hochschulstadtteil in Lübeck.⁹

Das vorgestellte Dresdner Beispiel einer von einem starken Rahmenplan geleiteten Universitätsentwicklung im Bestand ist – so auch der Verfasser selbst – keineswegs selbstverständlich. Im Gegenteil: Woanders dominiert immer noch das Stückwerk aus punktuell hinzugefügten oder erneuerten Einzelbauten, das keinem erkennbaren übergreifenden Konzept folgt. Und je kleiner die Stadt im Verhältnis zur Universität, desto problematischer wird es für die Stadt. Dann können die planenden Verwaltungen – denen in „company towns“ nicht unähnlich – oft nur neue und veränderte Raum- und Nutzungsansprüche ihrer Universität achselzuckend zur Kenntnis nehmen und die Folgen für die Stadt irgendwie abfangen. Aber auch in den großen Städten ist die Bereitschaft der Hochschule, den nötigen Modernisierungsschub für eine neue Öffnung zur Stadt zu nutzen, begrenzt und die Ignoranz beträchtlich, wie dies Harald Bodenschatz am Beispiel der TU Berlin anhand zahlreicher verbau-

9 Vgl. F. Kunst, Leitbilder für Berliner Stadträume – der „innovative Nordosten“ und die „Wissenschaftsstadt Adlershof“, in: H. Becker / J. Jessen / R. Sander (Hrsg.), Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa, Stuttgart / Zürich 1998, S. 205–214 und HEG Hochschulstadtteil-Entwicklungsgesellschaft mbH (Hrsg.), Hochschulstadtteil Lübeck. Rahmenplan 2000. Lübeck 2001.

ter und ungenutzter Optionen zeigt. Die TU Berlin ist nicht das einzige universitäre „Aschenputtel“ in deutschen Innenstädten. Sich ihrer Aschenputtexistenz gänzlich entledigt hat sich die Universität Frankfurt. Mit der völligen Aufgabe des Standorts Bockenheimer wurde in der Tat ein ungewöhnlicher Schnitt vollzogen, der von *Gerd de Bruyn* in seinem Kommentar zum Umzug sehr kritisch bewertet wird. Das freiwillige Verlassen des tradierten Universitätsstandorts – in dieser Radikalität bisher vermutlich einzig in der Bundesrepublik – dürfte wohl nur möglich gewesen sein, weil als Alternative mit dem Poelzig-Bau ein zwar überaus ambivalenter, aber unstrittig markanter Symbolträger parat stand, der den Verlust stadthistorischer Verortung zu kompensieren verspricht. Möglicherweise ist dieser Umzug in ein Baudenkmal der Weltarchitektur der erste Vorbote einer Entwicklung, in der die Universitäten im Zuge des Marketings der Privatwirtschaft, namentlich den Großen des Dienstleistungsgewerbes, den Banken und Versicherungen, auch hierin folgen: Potenz durch Architektur symbolisch weit sichtbar zu repräsentieren. Klüger und wünschenswerter jedoch wäre ein anderer Pfad: die reichlich vorhandenen, oft aber verborgenen und verkannten Verknüpfungen zwischen der Stadt und der Universität zu kräftigen und ihnen zum wechselseitigen Vorteil Gestalt zu geben.

PROF. DR. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städtebau-Institut, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart

Hans-Dieter Nägelke

Einheitswunsch und Spezialisierungszwang: Stadt und Universität im 19. Jahrhundert

So weit die Geschichte der deutschen Universität zurück reicht, so diffus blieb über lange Jahrhunderte ihre bauliche Gestalt. Universitätsbau in Deutschland war seit dem Mittelalter vor allem durch die Übernahme fremder Bausubstanz geprägt – sei es wie im 14. und 15. Jahrhundert in Rostock, Freiburg oder Greifswald durch die Umnutzung von Bürgerhäusern, sei es wie im 16. und 17. Jahrhundert in Marburg, Jena, Straßburg oder Kiel durch die Einrichtung neuer Hochschulen in aufgelassenen Klöstern. Selbst die 1737 eröffnete Göttinger Universität, damals Reformhochschule ersten Ranges, musste mit einem notdürftig umgebauten Kloster auskommen. Hatte im Ausland die Konzentration auf wenige Hochschulorte mit entsprechend höheren Studentenzahlen den kontinuierlichen Ausbau der Lehrgebäude und damit die Ausbildung typischer Baumuster – vom englischen ‚college‘ bis hin zum italienischen ‚Palazzo della Sapienza‘ – befördert, blieben in Deutschland Neubauten die seltene Ausnahme. Wenn sie errichtet wurden, entwickelten sie kaum ein eigenes, ihrer Bestimmung entsprechendes Profil, sondern griffen auf Verwandtes und Bekanntes zurück: In Würzburg (1578) oder in Breslau (1743) auf Elemente der Klosterbaukunst, in Helmstedt (1576) oder in Greifswald (1747) auf Grundriss und Gliederungen gängiger Herrschaftsarchitektur.¹

An diesem Bild änderte die Universitätsreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenig. Im Gegenteil: So radikal der Bruch auch war, den Humboldt, Fichte, Steffens, Schelling und Schleiermacher mit dem überkommenen Hochschulsystem vollzogen hatten² – in Struktur und Organisation der Universitäten setzte er auf Kontinuität. Das Festhalten an der Einheitsuniversität – etwa im Gegensatz zum französischen Modell der Zergliederung in eigenständige Fachschulen – beinhaltete nicht zuletzt das Festhalten an dem einen, alle Funktionen umfassenden Universitätsgebäude. Nicht von ungefähr vollzogen sich die Neu- bzw. Wiedergründungen in Berlin (1810) und Bonn (1818) beide in umgenutzten Schlössern. Sowohl das Prinz-Heinrich-Palais Unter den Linden als auch die Bonner Residenz wurden nicht

1 Den besten, wenngleich bisweilen ungenauen Überblick über die Entwicklung des Hochschulbaus in Deutschland bis zum 19. Jahrhundert bietet immer noch *K. Rückbrod*, Universität und Kollegium, Baugeschichte und Bautyp, Darmstadt 1977.

2 Aus der umfangreichen Literatur zur Reform siehe besonders die komprimierte Darstellung von *U. Muhlack*, Die Universitäten im Zeichen von Neuhumanismus und Idealismus: Berlin, in: *P. Baumgart / N. Hammerstein* (Hrsg.), Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit, Nendeln 1978, S. 299–340.

aus repräsentativen Gründen gewählt, sondern weil sie, mehr schlecht als recht dafür angepasst, geeignet schienen, an zentraler Stelle Platz genug für alle Aufgaben der neuen Universitäten zu bieten.³ Wenig anders verhielt es sich mit den wenigen Neubauten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtet werden konnten: Die Hauptgebäude in Leipzig (1836) oder München (1840) zielten wie die Kollegiengebäude des 17. und 18. Jahrhunderts darauf, wenn nicht alle, so doch die allermeisten Funktionen ihrer Universitäten in einem Gebäude zu vereinen.⁴

Unter der Oberfläche eines bis in die sechziger Jahre hinein nur verhaltenen äußeren Wachstums freilich bahnte sich eine Entwicklung an, die dieses Konzept weniger wegen steigender Studentenzahlen, denn aufgrund einer fortschreitenden fachlichen Differenzierung fragwürdig werden ließ, die mit immer neuen Einzellehrstühlen insbesondere im Bereich experimenteller Forschung zunehmend auch eigene bauliche Ansprüche stellte. Hatten die 19 Universitäten des späteren Reiches zwischen 1800 und 1870 nur 34 Institutsbauten erhalten, die meisten davon für Anatomische Theater oder Chemische Laboratorien, so kamen in den folgenden zwanzig Jahren allein für Institute 76, für Bibliotheken vier und für Kollegienhäuser sechs Neubauten hinzu. Zwischen 1890 und 1918 waren es noch einmal 62 Institute, neun Bibliotheken und sechs Hauptgebäude – ungezählt bleiben die großen, sich ebenfalls seit der Reichsgründung in Zahl und Größe rapide ausdehnenden Klinikbauten, die Sternwarten, Gewächshäuser, Dienstvillen und die vielen Nebengebäude, die jede Universität begleiteten. Nach sechzig Jahren relativ geringer Bautätigkeit hatte der Hochschulbau damit bereits im ersten Jahrzehnt des Kaiserreiches eine Dynamik entwickelt, die nicht nur das Konzept des Gesamtgebäudes obsolet werden ließ, sondern auch die engen Grenzen der Altstädte sprengte und eigene städtebauliche Lösungen einforderte.

Eine Aussiedelung der Hochschule auf das „freie Feld“ am Stadtrand, eine „Campus-Universität“ eben, blieb in Deutschland dennoch die Ausnahme. Für die älteren Universitäten wurde nur einmal der Versuch dazu unternommen: In Tübingen, wo die Universität ab 1841 Zug um Zug aus ihren alten und zu engen Gebäuden in ein Erweiterungsgebiet nordöstlich der Altstadt umgesiedelt wurde.⁵ Dazu wurde zu-

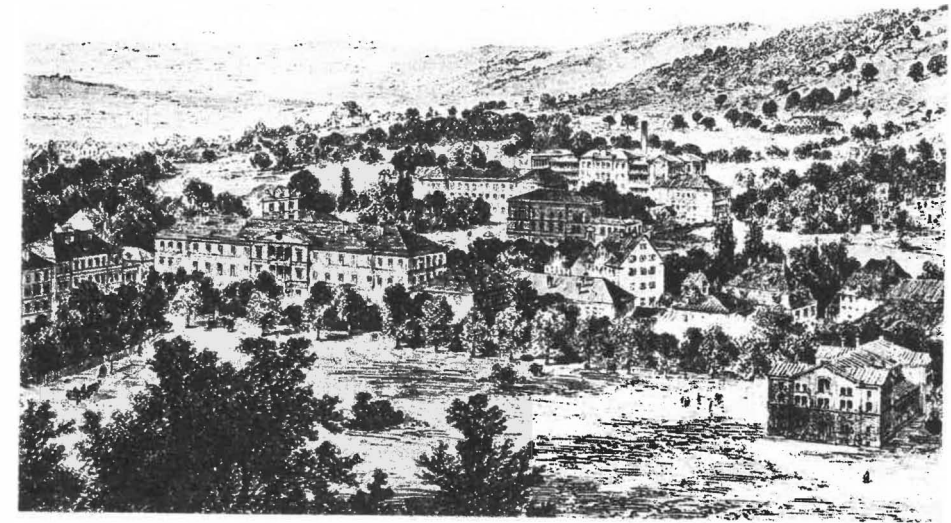


Abb. 1: Gebäude der Universität Tübingen an der Wilhelmstraße, Lithografie 1889 (Archiv Universität Tübingen).

nächst 1841-46 die „Neue Aula“ errichtet, die mit ihren beiden flankierenden Institutsbauten ursprünglich eine nach vorn zur Straße orientierte Platzarchitektur bildete.⁶ Schon bald allerdings machten neue Institute Erweiterungen notwendig, die nun rückwärtig erfolgten und das Hauptgebäude damit zum Kopf eines relativ geschlossenen Universitätsbezirkes machten (Abb. 1), bis auch dieses Gebiet zur Jahrhundertwende zu klein wurde und sich die Hochschule mit weiteren Neubauten mit der inzwischen um den Campus herumgewachsenen Stadt zu verbinden begann.⁷

Was sich in Tübingen durch das Glück der zunächst freien Lage über einen langen Zeitraum entwickeln konnte, wurde für die Neugründung der Universität Straßburg im 1870 annektierten Elsaß-Lothringen in einem Zug entworfen: ein Campus, der die Idee von der Einheit der Universität als geschlossene Gebäudegruppe sinnfällig ausdrücken sollte.⁸ Zwar hatte die Hochschule bereits zu ihrer Eröffnung 1872

3 Zu Berlin: K.-D. Gandert, Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern, Berlin 1985, S. 25 ff.; zu Bonn: H. Lützel, Die bauliche Entwicklung von 1818–1939, in: ders. (Hrsg.), Die Bonner Universität – Bauten und Bildwerke, Bonn 1968, S. 43 ff.

4 Zur Entwicklung des Universitätshauptgebäudes im 19. Jahrhundert: S. Marschall, Das Hauptgebäude der deutschen Universität und Technischen Hochschule im 19. Jahrhundert, Diss. phil. Tübingen 1993 sowie H.-D. Nägelke, Hochschulbau im Kaiserreich. Historistische Architektur im Prozess bürgerlicher Konsensbildung, Kiel 2000, S. 19 ff.

5 J. Zänker, Die architektonische Selbstdarstellung der Universität Tübingen. Die „Neue Aula“ von 1841/45 und ihre Erweiterung von 1928/31, in: M. Doehlemann (Hrsg.), Wem gehört die Universität, Lahn/Gießen 1977, S. 67–88, hier: S. 68.

6 Ebd., S. 71 ff.

7 Einen Überblick der städtebaulichen Entwicklung von Kliniken und Instituten gibt D. Lembke, Universitätsbau in Tübingen. Die Bauten der Universität in 500 Jahren, Tübingen 1977, S. 21 ff.

8 Zur Geschichte der Straßburger Universitätsgründung in ihrer politischen Dimension vgl. J.E. Craig, Scholarship and Nation Building: The University of Strasbourg and Alsatian Society 1870–1939, Chicago/London 1984, S. 29 ff.; als politische Deutung der Baugeschichte grundlegend H. Hammer-Schenk, „Wer die Schule hat, hat das Land“ – Gründung und Ausbau der Universität Straßburg nach 1870, in: E. Mai / S. Waetzold (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 121–144.

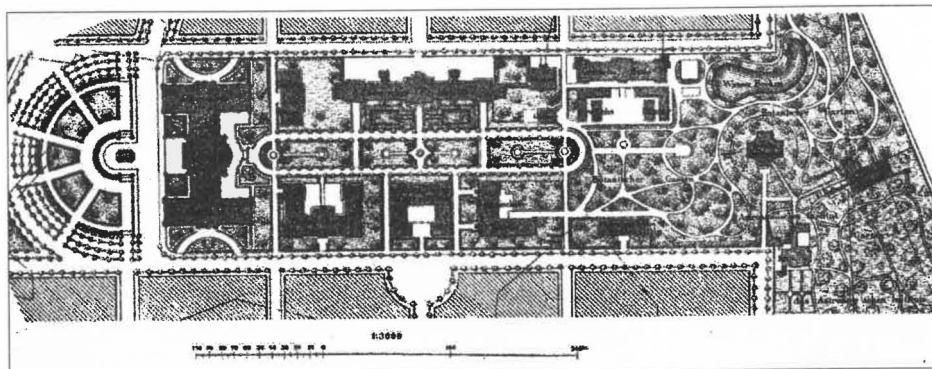


Abb. 2: Hermann Eggert, Entwurf für den Straßburger Campus 1875, verändert ausgeführt (aus: Handbuch der Architektur, 4.T., 6.Hb, Stuttgart 1902, S. 67).

eine Vielzahl umgenutzter Gebäude erhalten, die sich im Verhältnis zur Studentenzahl großzügiger ausnahmen als jene der meisten anderen Hochschulen im Altreich. Dem kulturpolitischen Anspruch einer „Universität, zu welcher die hier aus selbstständigen Fakultäten bestehende Akademie nach deutschen Begriffen umgewandelt werden müsse“⁹ konnte dieser verstreute Bestand kaum genügen. Für die „Reichsuniversität“ mischten sich machtpolitische Motive mit solchen, die zwar vordergründig den Einheitsgedanken der Humboldtschen Universitätsidee ins Feld führten, ihn als Spezifikum der deutschen Universität aber zugleich kulturpolitisch instrumentalisierten:

„Als erstes und wichtigstes Interesse der Universität wurde die örtliche Vereinigung der Neubauten hervorgehoben. Dieses Interesse sei nicht nur eine äußerliches, sondern ein fachliches, im Wesen der deutschen Hochschule, der „universitas litterarum“ begründetes. Es würde durch diese Vereinigung nicht nur der Zusammenhang der verschiedenen Fakultäten hergestellt und aufrecht erhalten, sondern auch das Ineinandergreifen der wissenschaftlichen Arbeit gefördert, die Gefahr, dass die Universität in Fachschulen zerfalle, gemindert.“¹⁰

Damit wurden Neubauten möglich, die an Zahl, Größe und Kosten alles übertrafen, was bis dahin in Deutschland möglich gewesen war und – bis hin zur Expansion der Hochschulen in den 1960er Jahren – möglich werden sollte. Binnen zweier Jahr-

9 So bereits am 7.11.1870 ein Erlass des Straßburger Zivilkommissars: zit. nach S. Hausmann, Die Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg. Ihre Entwicklung und ihre Bauten, Straßburg 1897, S. 22.

10 Festschrift zur Einweihung der Neubauten der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg, Straßburg 1884, S. 4.

zehnte wurden ein Hauptgebäude, eine Bibliothek, elf medizinische und naturwissenschaftliche Institute sowie vier Kliniken mit einem Gesamtbauvolumen von über 15 Millionen Reichsmark errichtet (Abb. 2).¹¹ Eine Summe, die an jenen Bauetat heranreichte, den die Berliner Universität mit ihrer viermal größeren Zahl an Studierenden während des ganzen Kaiserreiches zur Verfügung hatte.

Die Universität sollte nichts weniger als der „Kristallisationspunkt“¹² des neuen, „deutschen“ Straßburg werden, das seit 1871 als großzügige Erweiterung im Norden der Altstadt geplant und nach Aufgabe der alten Umwallungen 1880 in einem Bebauungsplan festgeschrieben worden war.¹³ So bildet das repräsentative, 1878–1884 nach Entwürfen Otto Warths ausgeführte Kollegiengebäude den Auftakt einer nach Westen führenden Prachtallee, die, gesäumt von Reichspost und evangelischer Garnisonskirche, zum Kaiserplatz führt, wo Kaiserpalast, Landesausschussgebäude, Universitäts- und Landesbibliothek und die Ministerialgebäude das eigentliche Zentrum der deutschen Machtentfaltung in der elsässischen Stadt markierten¹⁴. Der Campus selbst wird gegenüber dieser Achse zwar durch das Kollegiengebäude abgeschirmt, führt sie zugleich aber durch die symmetrische Anlage seiner Institute fort – bis hin zur erhöht gelegenen Sternwarte, die point de vue der gesamten Stadterweiterung sein sollte.¹⁵

Gleichwohl blieb auch hier das Idealbild des geschlossenen, Zusammenhangs der verschiedenen Fakultäten¹⁶ unerreicht, indem die Medizinische Fakultät längst einen anderen Standort erhalten hatte. Bereits 1874 war für sie ein erster Institutsneubau in Nachbarschaft zum Bürgerspital genehmigt worden, ohne dass zu diesem Zeitpunkt der Standort der übrigen Hochschulgebäude schon endgültig feststand. Als dann die von der Universität propagierte Erweiterung nach Süden aus fortifikatorischen Gründen ausschied, wurde mit dem Nordprojekt die Teilung der Hochschule unvermeidlich: in und um das Kollegiengebäude Jura, Theologie, Natur- und Geisteswissenschaften, im Süden des Bürgerspitals die Medizinische Fakultät mit ihren Instituten und Kliniken.

Diese stadträumliche Zweiteilung war weder ungewöhnlich, noch behinderte sie den täglichen Hochschulbetrieb. Weit stärker als die Naturwissenschaften, die an

11 Eine Übersicht findet sich bei S. Hausmann (S. A 9), S. 103.

12 So auch die Begründung der Stadt für ein Universitätsprojekt im Verein mit den übrigen Repräsentationsbauten im Norden der Altstadt: H. Hammer-Schenk (s. A 8), S. 130.

13 Zur Planungsgeschichte der Stadterweiterung K. Nohlen, Baupolitik im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1918. Die repräsentativen Staatsbauten um den ehemaligen Kaiserplatz in Straßburg, Berlin 1982, S. 31 ff.

14 Zu diesen Bauten ausführlich ebda., S. 45 ff.; vgl. ferner den Überblick: Das neue Straßburg, in: Straßburg und seine Bauten, hrsg. vom Architekten- und Ingenieurverein für Elsaß-Lothringen, Straßburg 1894, S. 381 ff.

15 H. Hammer-Schenk (S. A 8), S. 133.

16 Festschrift zur Einweihung der Neubauten (s. A 10), S. 4.

den meisten deutschen Universitäten noch nach der Jahrhundertwende Teil der Philosophischen Fakultät blieben, war infolge der wachsenden Bedeutung des klinischen Unterrichts¹⁷ das Studium der Medizin von einer Herauslösung aus der „universitas litterarum“ geprägt. Noch weniger jedoch als der Laborbetrieb der Naturwissenschaften waren die Erfordernisse eines Krankenhauses einer als Einheit gedachten Universität zu integrieren. Versuche wie in Berlin oder Bonn, Kliniken im Hauptgebäude anzusiedeln, waren zum Scheitern verurteilt. Bonn hielt noch bis 1872 an diesem Modell fest, die übrigen deutschen Universitäten gingen andere Wege. In München, Würzburg, Göttingen oder Halle schloss man sich an bestehende städtische Einrichtungen an, um einerseits Kosten zu sparen, andererseits aber ein „ungewöhnlich reiches Unterrichtsmaterial“¹⁸ zur Verfügung zu haben, wie es zusätzliche eigene Häuser kaum hätten stellen können. In Berlin wurde die Königliche Charité so sehr von der Friedrich-Wilhelm-Universität vereinnahmt, dass sie schließlich ganz von ihr übernommen und zur Jahrhundertwende großzügig ausgebaut wurde.¹⁹

Andersherum wurden hochschuleigene Kliniken errichtet, um mit städtischen Zuschüssen die medizinische Versorgung der Bevölkerung allein zu übernehmen: so bereits ab 1824 in Erlangen, in Freiburg ab 1829 oder in Tübingen ab 1844. Hier wie auch im dritten Fall, der Ergänzung bestehender Anstalten durch Universitätskliniken (ab 1843 in München)²⁰, war die Grundlage zu jenen medizinischen Vierteln geschaffen worden, die sich seit den sechziger Jahren in rascher Folge zu entfalten begannen. Mit fortschreitender Differenzierung der klinischen Fächer wurden solche Klinikgruppen als funktionales Gefüge planbar. Parallel zu den großen städtischen Krankenhäusern²¹ wurden für viele Universitäten umfassende, nach einheitlichem Entwurf in kurzer Zeit fertig gestellte Kliniken errichtet, die vielfach noch

17 Vgl. H.G. Wenig, *Medizinische Ausbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1969, S. 101 ff.

18 L. von Tiedemann, *Medizinische Lehranstalten der Universitäten*, in: *Handbuch der Architektur*, 4.6.2b, Stuttgart 1905, S. 89.

19 Vgl. dazu I. Wirth / B. Luther / J. Grosser, *Zur Topographie und baulichen Entwicklung der Charité*, in: *Charité-Annalen*, N.F. 3/1983, S. 233–54. Zur Baugeschichte der einzelnen, im folgenden behandelten Institute s. den Katalog deutscher Hochschulbauten im Kaiserreich bei H.D. Nägele (s. A 4), S. 227 ff.

20 Hier begann die Universität nach ihrer Translozierung in die Hauptstadt 1826 zunächst das 1809–1813 von der Stadt im ehemaligen Kloster und Partialkrankeninstitut der Barmherzigen Brüder eingerichtete allgemeine Krankenhaus vor dem Sendlinger Tor zu nutzen, in dessen Nähe 1825 von der Akademie der Wissenschaften das ebenfalls durch die Universität genutzte Anatomische Theater Klenze errichtet wurde. 1843 folgte dann mit der Universitäts-Poliklinik das erste Klinikum unter der Verwaltung der Hochschule; vgl. H. Geiger, *Die Universität München. Ihre Anstalten, Institute und Kliniken*, Düsseldorf 1928, S. 23 ff.

21 So in Berlin 1868–1874 am Friedrichshain (Gropius & Schmieden) und 1883–1890 am Urban (Hermann Blankenstein) oder 1884–1889 in Hamburg-Eppendorf (Zimmermann & Ruppel). Den besten Überblick bietet m.E. immer noch der von Oswald Kuhn editierte Band *Krankenhäuser* des Handbuchs der Architektur, 4.5.1., Stuttgart 1897.

heute in Benutzung sind: ab 1867 in Leipzig, 1869 in Heidelberg, 1872 in Bonn, 1875 in Halle (vgl. Abb. 3), 1886 in Breslau, 1887 in Gießen, 1889 in Göttingen, 1897 in Berlin mit dem Neubau der Charité und schließlich ab 1915 in Münster, wo die 1818 zur Akademie zurückgestufte Hochschule erst 1904 nach der Neugründung einer Juristischen und einer Medizinischen Fakultät wieder Universitätsrang erlangt hatte.

Mit dem Wachstum der Kliniken standen die Medizinischen Fakultäten freilich vor einem ähnlichen Dilemma wie die Universitäten als Ganzes: Sollte man die Fakultät räumlich teilen, indem Anatomie und Physiologie den übrigen naturwissenschaftlichen Labors und Instituten beigestellt würden, oder sollten die medizinischen Institute am Klinikum zusammengefasst, damit aber der Bezug zur übrigen Hochschule ganz aufgegeben werden? Beide Wege wurden begangen, und bei ihrer Wahl ließen sich die Universitäten durchweg von pragmatischen, nicht von ideologischen Argumenten führen.

In Straßburg war die Entscheidung dadurch vorweggenommen worden, dass Anatomie und Pathologie ihre Neubauten erstens in Nähe des Bürgerspitals als „Bezugsquelle des anatomischen Materials“²² angesiedelt wissen wollten, zweitens aber, um „täglich ihr Arbeitsmaterial austauschen“²³ zu können, auf einen Gemeinschaftsbau drängten. Damit waren die je wichtigsten Institute des vorklinischen und des klinischen Studiums auf das Bürgerspital fixiert, eine Hinübernahme der übrigen medizinischen Institute: Physiologie, physiologische Chemie und Pharmakologie wurde kaum mehr ernsthaft diskutiert.²⁴ In Breslau, stärker aber noch in Halle, verhinderte die verstreute Lage und die noch mangelnde Differenzierung der Naturwissenschaften deren Verbindung mit den medizinisch-naturwissenschaftlichen Instituten. Einen Institutskern, dem sich Anatomie und Physiologie hätten anschließen können, gab es ebenso wenig, wie eine bauliche Konzentration der Naturwissenschaften. Die Hineinnahme aller medizinischen Institute in das Klinikum bedeutete deshalb nicht die Ausgrenzung der Medizin aus der übrigen Hochschule, sondern die Möglichkeit, überhaupt einmal Universitätsbauten in freier Lage sinnvoll verbinden können.

Dort hingegen, wo sich bereits vor Gründung einer Klinik Ansätze zur Bildung von naturwissenschaftlichen Vierteln abzeichneten, diese aber zu klein waren, um auch die Krankenhäuser aufzunehmen, wurden Anatomie und Physiologie den Na-

22 Festschrift zur Einweihung der Neubauten (s. A 10), S. 95.

23 S. Hausmann (s. A 9), S. 152.

24 Für das Pharmakologische Institut hatte Hermann Eggert in seinem ersten Campusplan noch einen Standort zwischen Kollegiengebäude und Chemischen Institut angenommen: Eine Wahl, die durchaus auch der inneren Verbindung des Faches zur reinen Chemie entsprochen hätte. Bald darauf jedoch wurde auf diese Zuordnung verzichtet, Eggerts anschließende Planungen vom Herbst 1876 bezeichnen das fragliche Gebäude statt dessen als „Reserve-Gebäude“; vgl. ebda., S. 99.

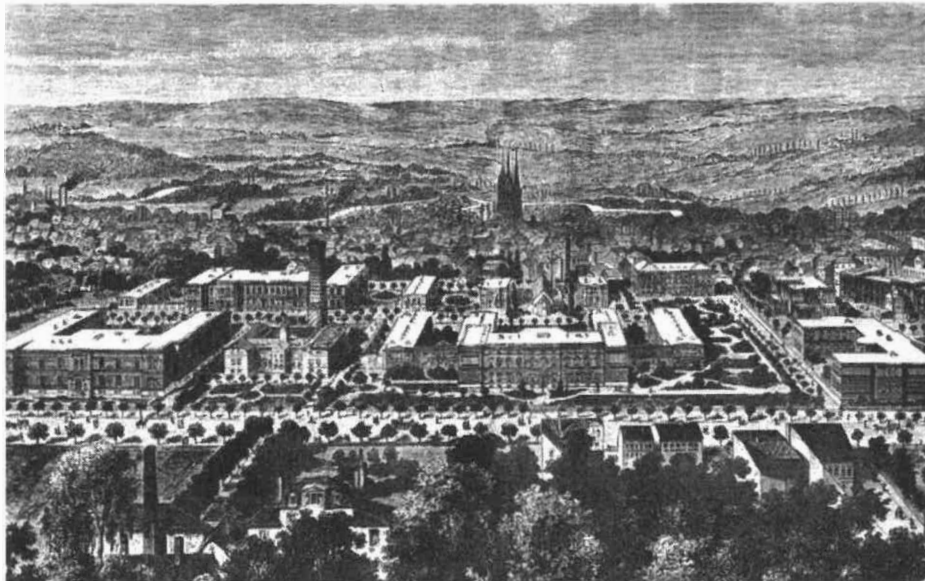


Abb. 3: Medizinisches Viertel der Universität Halle (aus: Leipziger Illustrierte Zeitung, 77/1881, S. 241).

turwissenschaften zugeschlagen. In Bonn wurden 1872 das Anatomische und 1878 das Physiologische Institut südlich des Poppelsdorfer Schlosses eröffnet, das seit Gründung der Universität den Naturwissenschaften gedient hatte und in dessen Nähe zuvor schon die Gebäude der Landwirtschaftlichen Akademie (ab 1850) und das Chemische Institut (1867) ausgeführt worden waren. 1911 bzw. 1913 folgten hier noch das Geologische und das Physiologische Institut, während die Pathologie gemeinsam mit den Kliniken ab 1872 im Norden der Altstadt ihren Standort erhielt (vgl. Abb. 4).²⁵ Ganz ähnlich in Heidelberg: Dort hatten sich seit 1804 die Chemie, Anatomie und Klinik in einem ehemaligen Dominikanerkloster eingerichtet, in dessen Nähe 1849 eine neue Anatomie, 1864 ein naturwissenschaftliches Gemeinschaftsgebäude, 1854 ein Chemisches Institut und 1875 die Physiologie entstanden, während Pathologie (1876) und Hygiene (1891) gemeinsam mit dem neuen Klinikum Bergheim im Westen der Stadt ihre Gebäude erhielten.²⁶

²⁵ Vgl. H.D. Nägelke (s. A 4), S. 253 ff.

²⁶ Zu den Naturwissenschaften: B. Albrecht, Die ehemaligen Naturwissenschaftlichen und Medizinischen Institutsgebäude im Bereich Brunnengasse, Hauptstraße, Akademiestraße und Plöck, in: Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg 1386–1986, Bd. 5, Heidelberg 1986, S. 336–365; zum Klinikum: J. Schneider, Das Alt-Klinikum Bergheim, ebda., S. 382–431.

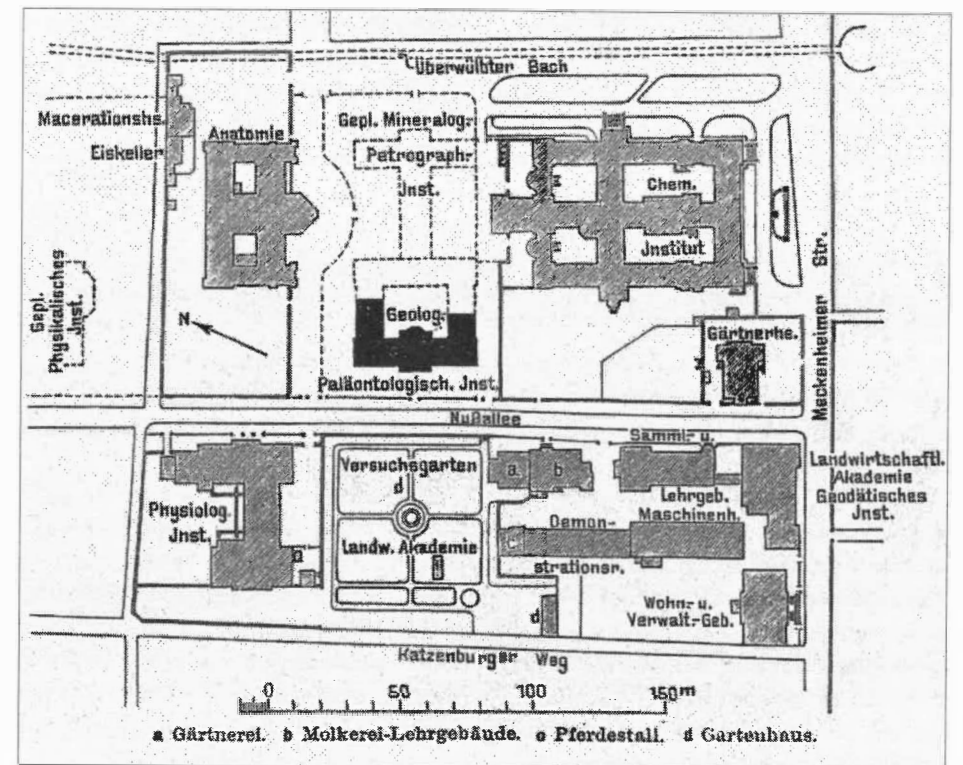


Abb. 4: Lage der medizinischen und naturwissenschaftlichen Institute der Universität Bonn in Poppelsdorf (aus: Zentralblatt der Bauverwaltung, 32/1912, S. 249).

Andersherum konnten auch die Naturwissenschaften den Kliniken nachfolgen. In Freiburg etwa markierte die 1829 auf einem weitläufigen Terrain im Norden der Altstadt errichtete Medizinische Klinik den Ausgangspunkt eines Universitätsbezirkes, der Zug um Zug und neben weiteren Kliniken die Anatomie (1867), die Botanik (1876), das Chemische Institut (1882), die Pathologie (1883), das Zoologische Institut mit Museum (1886), Physik und Physiologie (1890), das Hygienische Institut (1896) und schließlich das Mineralogisch-Geologische Institut (1902) aufnehmen sollte. In Würzburg war es das Juliusspital, in dessen Nähe sich 1853 ein Gemeinschaftsbau („Medizinisches Studiengebäude“) für Anatomie und Pathologie (Neubauten 1877 und 1883), dann Physik (1878), Physiologie (1887), Zoologie (1889), Chemie (1896) und Geologie (1903) ansiedelten. In Leipzig wurde ab 1865 im Stadtteil Johannistal ein komplettes medizinisch-naturwissenschaftliches Viertel erschlossen, in dem sich binnen der nächsten zwanzig Jahre alle entsprechenden Institute

und Kliniken versammelten.²⁷ Einer hierarchischen Abstufung folgt keines dieser Viertel, weder im Verhältnis der Institute zueinander, noch in jenem zwischen Instituten und Kliniken. In Freiburg wuchsen die verschiedenen Kliniken und Institute über einen Zeitraum von fast achtzig Jahren langsam zusammen, in Würzburg reihen sich die Institute auf dem Glacis der aufgelassenen Wallanlagen aneinander, in Leipzig schließlich bildeten Institute und Kliniken eine Art lockere Vorstadtbebauung, indem sie sich teils enger, teils offener gefügt auf den Karrees eines vorbestimmten Straßennetzes gruppierten.

Auffällig bleibt der Ausschluss von Hauptgebäuden und Bibliotheken, bleibt der Verzicht auf das in Straßburg so nachdrücklich eingeforderte Ideal der sichtbaren baulichen Einheit der ganzen Universität. Die Gründe dafür lagen auch hier neben hygienischen Motiven zunächst in der Dynamik der Fächerdifferenzierung und dem diskontinuierlichen, kaum planbaren Wachstum der Universitäten. Historische oder umgenutzte Hauptgebäude wie jene in Breslau, Heidelberg, Freiburg, Berlin oder Bonn, aber auch die Neubauten in Halle (1834), Leipzig (1835), Göttingen (1836), München (1840), Königsberg (1862) und Rostock (1870) befanden sich in städtebaulich schon derart verdichteten Gebieten, dass die Bildung eines ausreichenden Universitätsbezirkes in unmittelbarer Nähe nur sehr selten möglich war. Aber auch die Standortwahl späterer Kollegiengebäude folgte anderen Kriterien denn solchen einer Anbindung an bestehende Institutsviertel. In Leipzig wurde 1892–1897 das neue Hauptgebäude an Stelle des alten errichtet, nachdem 1885 die Verlegung der ganzen Universität ins Johannistal diskutiert worden war.²⁸ In Würzburg wurde das neue Hauptgebäude 1893–1896 nicht im Institutsviertel am Nordrand, sondern am Südrand der Altstadt aufgeführt und in Freiburg das 1911 eingeweihte Kollegienhaus ebenfalls im Altstadtgebiet angesiedelt, das Medizin und Naturwissenschaften inzwischen vollständig verlassen hatten. Der Prozess einer stadträumlichen Aufteilung der Universität mit Seminaren im Zentrum und Labors an der Peripherie prägte nach der Jahrhundertwende auch die übrigen Universitäten Deutschlands: Hauptgebäude wurden wie in Königsberg oder Göttingen nach dem Auszug der naturwissenschaftlichen Sammlungen und Kabinette für die geisteswissenschaftlichen Seminare umgenutzt, wie in München (1907–1910) und Berlin (1913–1920) großzügig dafür umgebaut und erweitert oder schließlich durch spezielle Seminargebäude ergänzt. So in Halle (1903), Greifswald (1911), Göttingen (1912) und abermals in Halle (1911), wo sich damit um das alte Hauptgebäude ein ausschließlich von den Geisteswissenschaften genutztes Forum gebildet hatte (Abb. 5).

27 Vgl. neben dem Überblick in: Leipzig und seine Bauten, herausgegeben von der Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure, Leipzig 1892, S. 178 ff; die Lagepläne in: Festschrift zur Feier des 500-jährigen Bestehens der Universität Leipzig, Bd. 3: Die Institute der medizinischen Fakultät sowie Bd. 4,1 u. 2: Die Institute und Seminare der Philosophischen Fakultät, Leipzig 1909.

28 Das akademische Viertel zu Leipzig, in: Leipziger Illustrierte Zeitung 86/1885, S. 48.

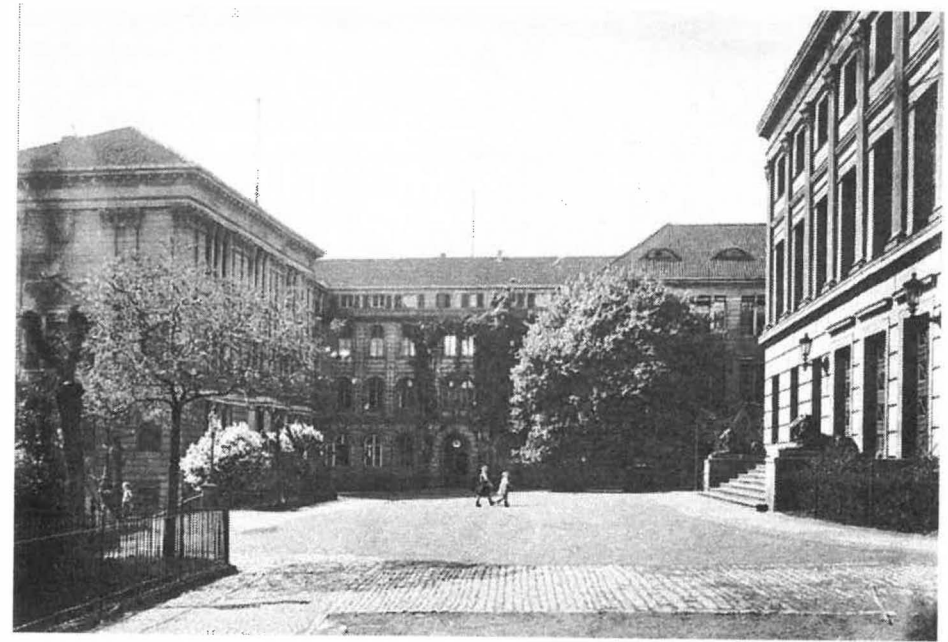


Abb. 5: Universitätsforum in Halle, Fotografie 1922 (Archiv Universität Halle).

Damit hatte sich die paradoxe Situation ergeben, dass fast ausschließlich jene Hochschulen über geschlossene, das Ideal der Vereinigung aller Bereiche von Forschung und Lehre verkörpernden Campus-Anlagen verfügten, denen die Universitäten immer noch die Teilhabe am Humboldtschen Bildungsideal absprechen wollten: die Technischen Hochschulen. War man ursprünglich auch dort davon ausgegangen, wie in München, Dresden oder Berlin alle Aufgaben mit nur einem oder zwei Gebäuden bewältigen zu können, so ermöglichte ihre meist randstädtische Lage zugleich auch spätere Erweiterungen: Der in Berlin, Hannover oder Darmstadt aus verschiedenen Gründen vollzogene Verzicht auf einen zentralen Standort erwies sich später als Glücksfall, indem zusätzliche Bauten problemlos angegliedert werden konnten. Die Neugründungen der Jahrhundertwende – Danzig 1899 und Breslau 1905²⁹ – wurden, nachdem sich das Bauprogramm Technischer Hochschulen inzwischen erheblich erweitert hatte, von vornherein als Campushochschulen geplant, die wiederum in Randlage zur Stadt geschlossene, ja sogar umzäunte Anlagen bildeten (Abb. 6). Bewusst wurde dabei auf eine axialsymmetrische Anlage verzichtet, um im lockeren Gefüge der Einzelbauten spätere Erweiterungen problemlos integrieren zu können.

29 Vgl. H.-D. Nägelke (s. A 4), S. 271 ff. und 277 ff.

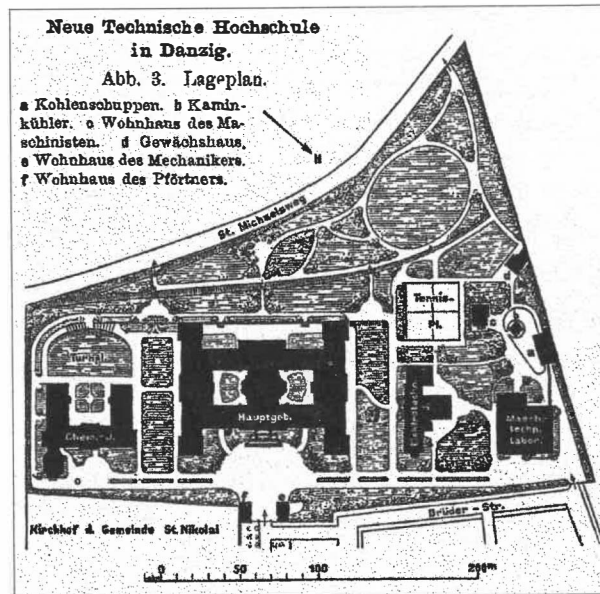


Abb. 6: Lage der Gründungsbauten der Technischen Hochschule Danzig (aus: Zentralblatt der Bauverwaltung, 24/1904, S. 455).

Ähnliche Überlegungen waren es, die den langjährigen preußischen Hochschulreferenten Friedrich Althoff (1839–1908)³⁰ bereits 1892 den Plan entwerfen ließen, der akuten Raumnot der Berliner Universität mit einer Verlegung nach Dahlem zu begegnen. Doch bezog sich auch diese Idee eben nicht auf die ganze Hochschule, sondern auf „sämtliche naturwissenschaftlichen Institute der Universität samt den Anatomien, „um so ‚alle‘ aus den Verhältnissen der Großstadt entspringende Not der Naturwissenschaften mit einem Schlage“³¹ zu beseitigen. Keine zwanzig Jahre nachdem in Straßburg so vehement gegen eine „Zerreißung“ in den „bloßen Betrieb des Fachstudiums“³² gekämpft worden war, wurde die Einheit der Wissenschaften ausgerechnet dort verabschiedet, wo sie durch Wilhelm von Humboldt formuliert worden war. Zwar blieben von dem Projekt neben zwei mit dem neuen Botanischen Garten verbundenen Universitätsinstituten nur die außeruniversitären Forschungsinstitute der 1910 gegründeten „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der

30 Zu seiner beherrschenden Position vgl. B. vom Brocke, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs. Das „System Althoff“, in: P. Baumgart (Hrsg.), Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980, S. 9–118.

31 So der Rückblick des Chemikers Emil Fischer, Eröffnungsfeier des neuen I. Chemischen Instituts der Universität Berlin am 14. Juli 1900, Berlin 1900, S. 35. Ein umfangreicher Schriftwechsel zu dem Projekt hat sich erhalten im GStA Preußischer Kulturbesitz, Rep. 92, Nachlass Althoff, Abt. A I, Nr. 129 u. 130: Verlegung von Instituten nach Dahlem.

32 So der Abgeordnete Dr. von Schulte am 9. Dezember 1876 im Reichstag: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages 1876, Bd. 2, S. 697.

Wissenschaften“ übrig,³³ dennoch offenbart Althoffs Plan das Bewusstsein, die „Idee der Universität“ nicht mehr als planbare, geschlossene Ordnung umsetzen zu können, sondern angesichts der weiterhin dynamischen Wissenschaftsentwicklung eine offene Struktur suchen zu müssen.

Nimmt man dieses Konzept als pragmatische und sachgerechte Annäherung an die Bauaufgabe Wissenschaft, erscheinen Idealentwürfe wie jener einer „Universitätsstadt an der Havel“, für den die Berliner Architekten Havestadt & Contag, Bruno Schmidt und Otto Blum im städtebaulichen Wettbewerb „Gross-Berlin“ 1910 den vierten Preis erhielten (Abb. 7),³⁴ in fast naiver Weise das Thema zu verfehlen. Doch steckt mehr dahinter als eine oberflächliche, für deutsche Verhältnisse unpassende Übertragung „amerikanischer Anlagen moderner Art“,³⁵ die wie z.B. in Berkeley tatsächlich einen ähnlich organisierten Campus zeigen. War die hierarchische Gliederung dort der äußere Ausdruck einer starken Verschulung des Studiums und engen Verzahnung der Fachbereiche,³⁶ ging der Berliner Entwurf den umgekehrten Weg. Hier ist der Campus nur Teil einer architektonischen Utopie, deren eigentliches Ziel die ganze Gesellschaft war: „Um die Industriegebiete herum werden Vororte entstehen, die hauptsächlich durch die Arbeiterbevölkerung ihr Gepräge erhalten; an landschaftlich hervorragenden Stellen wird der bessere Mittelstand... seine Wohnhäuser bauen... und endlich wird in der neuen Universitätsstadt jenseits der Havel ein neues Zentrum des geistigen Berlins entstehen, eine Stätte der Bildung, Erziehung und Erholung.“³⁷

So ist es auch nicht mehr (wie in Straßburg) die „Idee der Universität, die hier zur Grundlage ihrer städtebaulichen Einheit und architektonischen Hierarchie gemacht wird. An ihre Stelle tritt der vollkommen von der Einzelaufgabe gelöste Versuch des Städtebauers, „die ordnende Kraft der Architektur gegen die Bilder der Unordnung durchzusetzen“.³⁸ Das wirkte auf die Einzelaufgabe zurück. Im Gegensatz zur Offenheit und Heterogenität der Dahlemer Planung entwickelt sich die „Universitätsstadt an der Havel“ als geschlossenes und hierarchisches Ensemble, das anstelle des Konzepts dynamischer Wandlungsfähigkeit die Utopie totaler Organisation setzt – eine Utopie, die mit dem Janusgesicht des neunzehnten Jahrhunderts ebenso auf den Machbarkeitsanspruch der Moderne wie auf totalitäre Phantasien einer bis in jede Einzelheit überschaubaren und kontrollierbaren Welt voraus weist.

DR. HANS-DIETER NÄGELKE, Technische Universität Berlin, Schinkelzentrum für Architektur, Stadtforschung und Denkmalpflege, Straße des 17. Juni 150, 10623 Berlin.

33 Zur Geschichte vgl. R. Vierhaus (Hrsg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990.

34 Wettbewerb Groß-Berlin 1910. Die preisgekrönten Entwürfe mit Erläuterungen, Berlin 1910.

35 Erläuterungen Havestadt & Contags, Schmitz' und Blums zu ihrem Entwurf, ebda., S. IV–41.

36 Vgl. P.V. Turner, Campus. An American Planning Tradition, New York 1987, S. 231 f.

37 Erläuterungen Havestadt & Contags, Schmitz' und Blums (s. A 35).

38 S. Custozza / P. Alferi, Intercity – elf historische Stationen des Abenteuers Stadt, in: Freibeuter 3/1980, S. 65.

Stefan Muthesius

Die Nachkriegsuniversität: „Stadt“ vor der Stadt

Die Stadt der 1950er bis 1970er Jahre und die Universität: Wohl kaum je in der Geschichte der Stadt wie der Universität waren die beiden sich gegenseitig so entfremdet. Natürlich idealisierte man immer noch, wie seit langem, die altherwürdigen Universitätsstädte wie Tübingen, Oxford oder New Haven und selbstverständlich das Quartier Latin. Aber eine neue Universität im Stadtzentrum – das sollte es nicht mehr geben. Das Paradox jener Jahrzehnte war jedoch, dass mit einer solchen Abkehr von den real existierenden Städten die Überzeugung einherging, eine Universität auf der grünen Wiese könne selbst den Charakter einer ‚Stadt‘ annehmen. Dafür aber bedürfte es höchster architektonischer und planerischer Anstrengung. Eine neue Universität, die diese Bezeichnung verdiene, müsse von Anfang an ein *Ganzes* darstellen. Im Folgenden soll es vornehmlich um dieses *Ganze* gehen, wie auch um die vielen unterschiedlichen Ausprägungen, die dieses Ganze erfuhr. Die Darstellung konzentriert sich dabei auf die neuen Universitätsgründungen der 1960er Jahre in England und in der Bundesrepublik.

1. Wagnis des Neuen: die Universität als Stadt

Die Sorgen, mit denen sich heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, die Universitäten herumschlagen, jedenfalls in Deutschland und im Vereinigten Königreich, lassen nostalgisch zurückschauen auf die Nachkriegszeit. Im Blick hat man allerdings nicht den Charme des Festhaltens an ‚Traditionen‘, sondern eher das Gegenteil: Es war eine Zeit, in der man das Wagnis des Neuen betonte. Die ‚Moderne Universität‘ wollte eine neue, von Grund auf reformierte Universität sein. Sie sollte eine Erweiterung der gesellschaftlichen Basis schaffen, und diese Erweiterung sollte sich des Instrumentariums der neuesten Architektur und Stadtplanung bedienen. Dabei war die moderne Architektur erst spät zur Universität gekommen. Noch bis in die 1950er Jahre beschäftigte man in England, zumal in Oxford und Cambridge, wie auch in den USA eher die konservativen Architekten.

Es war dann der Ruf nach rapider Ausweitung ab Mitte der 50er Jahre, der völlig neue und viel größere Einheiten nahe legte und der zur Auswanderung jenseits der Städte und auch der Vorstädte führte. Hier waren die amerikanischen Universitäten weit voraus. Das lag auch an der dortigen, schon mehrere hundert Jahre alten Tradition des *Campus*: Eine Universität im angelsächsischen Raum ist eine geschlossene Institution und so vollständig, dass sie den ganzen Lebensbereich der Studenten und selbst den vieler Lehrenden einschließt. Nur übernahmen die Universitäten in den USA gewöhnlich nicht das geschlossene College englischen Typs, sondern sie bau-

ten für die Studenten ‚dormitories‘ und verteilten alles auf einem weitläufigen Areal, das mit seiner strengen Regelmäßigkeit und seinen großen Grünanlagen oft einer ‚Anstalt‘ in einem Park glich. Viele dieser Anlagen wuchsen nun zu erheblicher Größe an. Wichtig war vor allem der Gesichtspunkt der Erweiterbarkeit. Auch baulich zog in jedem Fall hier nun die Moderne ein, meist in Form von gleichmäßig utilitaristischen zeilenbauartigen Gebäuden. Lediglich für die repräsentativen Hauptgebäude wurde eine anspruchsvollere Architektur geschaffen. Die französischen Universitäten folgten sehr bald dem amerikanischen Muster, wie auch viele Erweiterungen westdeutscher Universitäten auf der ‚grünen Wiese‘ und schließlich auch die Universitäten des ehemaligen Ostblockes. Das Wort Campus wurde dabei in Europa übernommen.

In den frühen 1960er Jahren verstärkte sich überall erneut das Bewusstsein der Einheit der Institution. Bei dem Terminus ‚Campus-Universität‘ dachte man an mehr als nur flexible Nutzung und unbeschränkte Erweiterbarkeit, man betonte nun auch die Überschaubarkeit. In den USA wuchs die Befürchtung, dass die stark erweiterten Institutionen in desorientierende *multiversities* ausarten würden. Daher plante man nun eher Neugründungen statt Erweiterungen. Mehr als bisher sollte jede dieser Neugründungen einen speziellen Charakter aufzeigen. In England von 1958 und in der Bundesrepublik von 1960 an bildete sich die Bewegung der ‚Neuen Universitäten‘. Sie sollten sich, von alten Institutionen völlig unabhängig, in Regionen entwickeln, die bislang der höheren Schulen entbehrten. Der spektakulärste Fall dieser Konzeption war wohl die Bochumer Ruhr-Universität.

2. Neue Universitätsgründungen in Großbritannien

In England kam es bei den Neugründungen der Universitäten zu einem geschickten, oft wiederholten Spiel: Der Zentralstaat beschloss die Anzahl der Neugründungen und gab das meiste Geld; entscheidend für die jeweilige Lokalisierung waren aber die Förderer in den einzelnen Orten. Der Staat wiederum baute, zusammen mit der Londoner Architektenelite, dann die Anlagen, ein, drei oder mehr Kilometer vor der Stadt gelegen. Diese englischen ‚Seven‘: Sussex bei Brighton, York, East Anglia bei Norwich, Essex bei Colchester, Warwick bei Coventry, Kent bei Canterbury und Lancaster, alle zwischen 1958 und 1962 gegründet, stellten ein gewagtes Unternehmen dar, das im wesentlichen planmäßig verlief: Nach meist weniger als zehnjähriger Bauzeit, die jeweils etwa 6 Millionen Pfund (damals etwa 60 Millionen DM) verschlang, kam man auf jeweils 3.000 Studenten – davon wohnten ein Drittel bis über die Hälfte auf dem Campus.

Einheit und Individualität jeder Institution waren, wie gesagt, die Hauptforderungen. Aber wie genau dieses Ideal erreicht werden sollte, darüber waren sich die Gründungs-Vice-Chancellors, die Universitätspräsidenten und ihre Architekten keineswegs einig. Heraus kam eine Planungsvielfalt, die ihresgleichen sucht. Natürlich stellte sich jede der Sieben selbst als die beste Lösung dar.

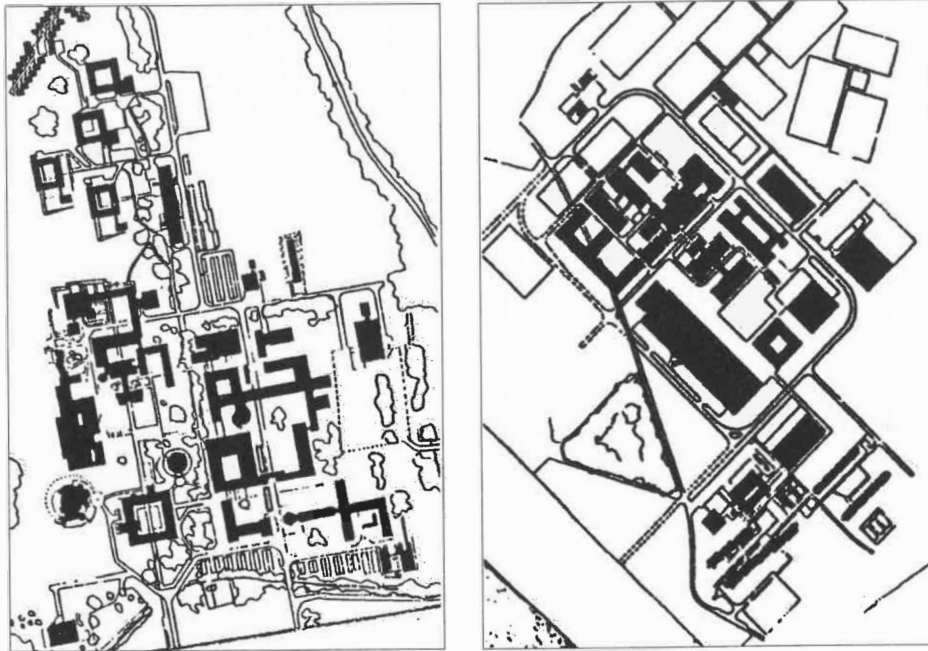


Abb. 1 und 2: Lageplan der Universität von Sussex bei Brighton (li.) und der Universität von Warwick bei Coventry (re.).

Die früheste Gründung, die Universität von Sussex, optierte für einen Campus amerikanischer Art, weit von der Stadt Brighton in einen alten Park gebettet. Entworfen wurde sie von Sir Basil Spence, der teuren Architektenprimadonna. Bekannt geworden als Kirchenbauer, umging er hier weitgehend die Moderne in einer eigenwilligen Backsteinarchitektur. Auch die Universität Warwick übernahm den Campus amerikanischer Art; aber hier sollte nicht das Image des englischen Parks wirken, sondern das der effizienten vollmotorisierten Büro-Stadt. Architekten des Hauptgebäudes waren Yorke, Rosenberg & Mardall, die sich bis dahin durch Flugplatzbauten und Hospitäler ausgezeichnet hatten. In Sussex und Warwick bedeutete Campus vor allem eine klare, einfache Verteilung der Hauptfunktionen: in zentraler Stellung die Bibliothek, die Verwaltungs- und die studentischen Gemeinschaftseinrichtungen; dann nach der einen Seite die Geisteswissenschaften und nach der anderen Seite die Naturwissenschaften; die Studentenheime kamen an die ruhigen Ränder.

Eine völlig andere und radikal neue Lösung versuchte man in East Anglia und Essex. Die Universität wurde als ein einziges großes Gebäude aufgefasst. Um es zu präzisieren: In der neuen Universität in Essex sind Lehre, Forschung, Verwaltung und ein Teil der Sozialgebäude in einem einzigen Komplex untergebracht. In East Anglia beherbergt ein riesenlanger Gebäuderiegel alle Lehr- und Forschungsgebäu-

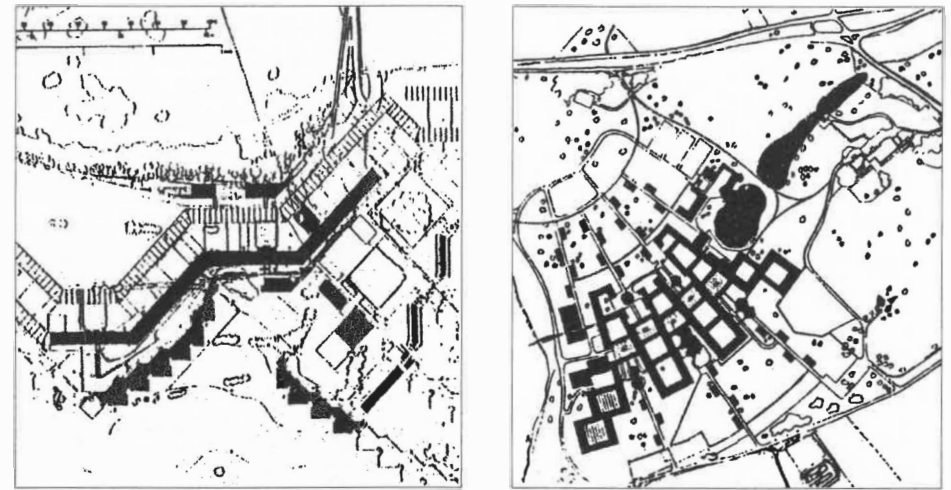


Abb. 3 und 4: Lageplan der Universität von East Anglia in Norwich (li.) und der Universität von Essex bei Colchester (re.).

de. Die architektonische Gliederung gibt dabei keinerlei Anhaltspunkte, welcher Teil des Baues welche Funktionen enthält. Die Gestaltung der studentischen Wohnheime unterscheidet sich zwar von der des Hauptkomplexes, ist aber ebenfalls eng an diesen an- bzw. eingegliedert: in Essex als Wohntürme und in East Anglia als komplexe Pyramidenbauten. Die Architekten in East Anglia (Denys Lasdun) und in Essex (Architects' Co-Partnership / Kenneth Capon) hassten Gebäudegruppen, die aus einzelnen, abgesonderten Teilen bestanden: hier der Block für die Chemie, dort der für die Philologen, mit Grün dazwischen und Wegen und Straßen und Parkplätzen. Für Lasdun und Capon, – wie auch für ihre Auftraggeber erschien dies zu primitiv, um die Einheit einer Institution erzielen.

Bei den restlichen drei New Universities dachten die Verantwortlichen dagegen wieder ganz anders. Tatsache war, dass man in England nicht nur den amerikanischen Campus als Organisations- und als Einheitsmodell bewunderte, sondern sich gleichzeitig wieder auf das altenglische College-Modell besann. Auch dort handelte es sich um eine Einheit, um eine sehr starke Einheit sogar: Zu Lehre und Forschung kommt im anglo-amerikanischen Verständnis der Universität auch die charakterliche wie staatsbürgerliche Erziehung der jungen Erwachsenen. Besonders in Bezug auf die soziale Öffnung der Universität in jenen Jahren schienen solche Vorhaben angebracht. Und da lag das traditionelle College nahe. Alles geschah praktisch in einem Haus. Das englische College faszinierte fast alle Reformer, beileibe nicht nur in England; auch in den USA berief man sich wieder verstärkt darauf; vor allem die ältesten amerikanischen Universitäten wie Harvard oder Princeton hatten sich schon

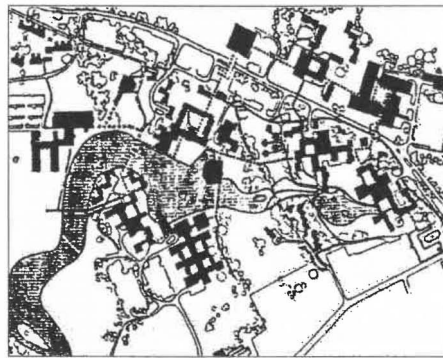
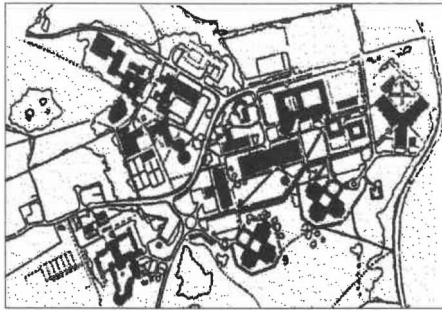


Abb. 5 und 6: Lageplan der Universität von Kent (Canterbury) und der Universität von York (re.).

immer für College-Universitäten gehalten. Neue kamen in den 1960er und 1970er Jahren hinzu, am bekanntesten unter ihnen die University of California in Santa Cruz. In der Frühphase der Bundesrepublik Westdeutschland war das englische College schließlich Vorbild für die neue öffentliche Förderung der Errichtung von Studentenheimen.

Es war also nicht verwunderlich, dass sich die Vizekanzler (d.h. die Präsidenten) und die Architekten von drei neuen englischen Universitäten für das alte College-Modell entschieden. York (Architekten Richard Matthew Johnson / H. Marshall; RMJM), Kent (Architekten Sir William Holford u.a.) und Lancaster (Architekt Gabriel Epstein). Das alte College ermöglichte natürlich eine direkte, persönliche Universitätserziehung nur, weil es mit etwa 300–600 Studenten klein war. Für die drei neuen Universitäten bedeutete es nun, dass sie von vornherein mit mehreren Colleges anfangen.¹

Damit aber erschöpfen sich schon die Ähnlichkeiten zwischen den dreien. In jeder anderen Hinsicht sind sie völlig verschieden. Kent folgte der Oxbridge-Formel am treuesten und steigerte sie eher noch, indem jedes der vier bis fünf zunächst geplanten Colleges ein nahezu klösterlich abgeschlossenes Gemeinwesen bildet und architektonisch fast wie eine Festung erscheint – mit nur einem einzigen Eingang für Studenten. Natürlich sind daneben viele Funktionen der Universität, wie die Hauptbibliothek und die Naturwissenschaften, in gesonderten Gebäuden untergebracht. In York sind die einzelnen Colleges sehr viel enger miteinander verbunden. Die Hauptwege durch die Universität führen nicht an den Colleges vorbei, sondern gehen durch sie hindurch. Noch viel ausgeprägter sind die Verbindungen und Überschneidungen zwischen den Colleges und den anderen Universitätsbauten in Lancaster. Alles ist in einen einzigen Komplex verschmolzen. Wer die Universität zum ersten Mal besucht,

1 T. Birks, *Building the New Universities*, Newton Abbot 1972; S. Muthesius, *The Postwar University. Utopianist Campus and College*, New Haven und London 2000.

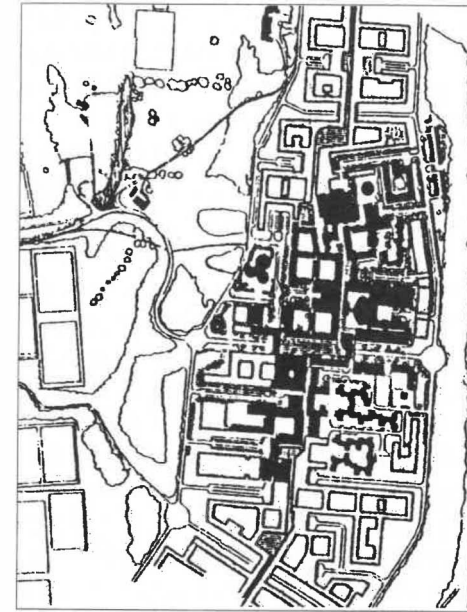


Abb. 7: Lageplan der Universität von Lancaster.

kann unmöglich von der Gestalt der Gebäude her erraten, was Bibliothek, Lehrgebäude oder Wohntrakt ist – alles geht ineinander über.

Beobachter schlossen bis in die mittleren 1960er Jahre daraus, dass in England das College nach wie vor das einflussreichste Modell einer Universität war bzw. von den New Universities wiederbelebt wurde. Sussex nannte sein erstes Gebäude, das Studentenhaus, ‚College House‘ (später ‚Falmer House‘). Lediglich East Anglia und Essex wollten sich der Klassifizierungs-Alternative Campus / College entziehen. Aber auch sie wurden als ‚College writ large‘ (East Anglia) bezeichnet.²

Als weiteres Element der Planung eines Baukomplexes in der klassischen Moderne trat noch die Verkehrserschließung hinzu. Sie wurde als separate Funktion aufgefasst. Die Architekten von York, East Anglia, Essex und Lancaster widmeten ihr ganz besondere Aufmerksamkeit. In York sind die Fahrzeugzugänge der Colleges und der anderen Gebäude quasi versteckt. Der Haupteindruck des Campus ist der einer von malerischen Fußgängerwegen durchzogenen Parklandschaft. Viele der Wohnheimteile der Colleges blicken direkt auf einen künstlichen See. Auch in den Universitäten von East Anglia und Essex herrscht die von der extremen Moderne und in den 1960er und 1970er Jahren besonders geschätzte völlige Trennung von Fahrzeugen und Fußgängern. Letztere bewegen sich auf einer den größten Teil

2 F. Thistlethwaite, *The Founding of UEA. A Reminiscent Chronicle*, November 1963, Typoscript, Archiv der University of East Anglia; vgl. P. Dormer / S. Muthesius, *Concrete and Open Skies. Architecture at the University of East Anglia*, London 2000.

der Gebäude durchziehenden künstlich gehobenen Ebene, ermöglicht durch eine komplexe Akrobatik der Betonkonstruktion. Natürlich unterschieden sich East Anglia und Essex wiederum radikal in der Ausgestaltung dieser Trennung im Einzelnen. In Lancaster wiederum bildet der Komplex einen geschlossenen inneren Freiraum, der völlig den Fußgängern vorbehalten ist, während der ganze äußere Rand dem Auto zugänglich ist. Was die heutige Bewältigung der Parkprobleme betrifft, so umhülle man fast alle sieben Hochschulen besser mit einem Mantel des Schweigens.

Wovon die englischen Gründer und ihre Architekten der neuen Universitäten nichts mehr wissen wollten, war der zerstreute Komplex, die Zufälligkeit der Anordnung, die simple Streuung der einzelnen Funktionen der Universität; und genau deshalb wollte man, abgesehen von den rein praktischen Gesichtspunkten der Zeitersparnis, auch nichts wissen von einer neuen Universität in der existierenden Stadt mit den dann meist weit verstreuten Gebäuden. Zwar hatte man nichts gegen Oxford und Cambridge als Universitätsstädte. Im Gegenteil, die Planer von Essex oder Lancaster schätzten ganz besonders Oxford, denn dort schien eine nahtlose Verbindung von Universität, Universitätsleben und Stadtleben auf engstem Raum zu herrschen. Aber die Ansammlung gewöhnlicher Gebäude in der gewöhnlichen großen Stadt lehnte man ab.

Die Planung der New Universities geschah in der Tat zu einer Zeit radikaler Wandlungen in den Auffassungen von Städtebau und Bildungspolitik. In den 1950er Jahren gingen man davon aus, dass das Leben einer neuen Universität auf einem Campus stattfinden sollte, der, abgesondert von anderen Lebensbereichen, nur den eng verstandenen Funktionen dieser Institution dient. Eine genau kalkulierte Zoneneinteilung schien diesem Ziel am besten zu entsprechen. Der Campus in Sussex, der ersten englischen Neugründung, entsprach dem Ideal der durchgrünten Stadt oder der neuen Siedlungen der 1930er bis 1950er Jahre, wobei aber diese Analogie in diesem Falle kaum betont wurde. Mit den Universitäten in East Anglia und vor allem in Essex trat dann der Vergleich mit der Stadt in den Vordergrund: „Eine kleine Universitätsstadt, voll des Lebens, selbst um Mitternacht träumt das Licht über die Plätze und Fußgängerbrücken.“³

Im letzten Beispiel, Lancaster, 1963–64 geplant, betonte der Architekt gerade nicht die einzelnen Funktionsbereiche, sondern die Verbindungswege und den Hauptplatz im Zentrum. Zudem ist man im Innern von Lancaster völlig von der Außenwelt abgeschottet. Lancaster University erschien als ein *environment*, von verschiedenen Universitätsfunktionen wie auch von studentischen Einrichtungen durchsetzt, fast wie eine enge alte Universitätsstadt ähnlich Oxford – jedoch zwei Kilometer weit vom Rand der kleinen (wiewohl geschichtsträchtigen) Mittelstadt Lancaster entfernt.

3 C.K. Capon, Bright Lights at Midnight, in: Essex County Standard. University Supplement, Oktober 1964.

In der Tat, „urban character“ (‚städtisch‘; deutsch ‚urban‘ = englisch ‚urbane‘) wurde das neue Schlagwort der Planer und Architekten, und zwar nicht nur für die Stadt als Ganzes betreffend, sondern auch für einzelne Institutionen und selbst für eine kleine einzelne Siedlung. Für die Zeitgenossen der 1960er Jahre konnte wohl die Frage aufkommen: ist das alles noch ‚moderne‘ Architektur? Die englischen Protagonisten, vor allem das Architektenehepaar Alison und Peter Smithson, auf deren Ideen aus den 1950 Jahren vor allem East Anglia und Essex in vieler Hinsicht beruhten, haben darauf eine doppelte Antwort gegeben: Wir gehören zur Avantgarde, zur Vorhut der Moderne; aber unsere ‚Moderne‘ ist nicht mehr der banale Zeilenbau eines Gropius der 1930er Jahre.

3. Neue Universitätsgründungen in der Bundesrepublik

Die deutschen Universitätsreformer und ihre Architekten waren in den frühen 1960er Jahren voller Bewunderung für die englischen Ideen. Neben England ist die Bundesrepublik wohl das Land mit den gewagtesten Neubauten (wenn man bei diesem Urteil die generell größere Vielfalt der Architektur in den USA und Kanada beiseite lässt).⁴ Zwei wesentliche Gründe sind dafür verantwortlich, dass diese deutschen Bauten nicht die verdiente Wertschätzung fanden. Zum einen diskreditierte sich die generelle deutsche ‚Universitätsreform‘ im Ganzen wegen ihrer Langsamkeit, zum anderen waren die neuen Universitätsbauten nur selten mit großen Architektennamen verbunden, während in England sich die Architektenelite förmlich dieses Bautyps bemächtigte.

Wie anderswo folgte die deutsche utopistische Phase einer Periode des pragmatischen Bauens der Nachkriegsjahre. Das deutlichste Beispiel ist wohl die Freie Universität in Berlin-Dahlem. Kilometerweit sind die Gebäude verstreut; dies gilt für selbst das mit amerikanischer Hilfe erbaute Hauptgebäude, den Henry Ford Bau. Im Prinzip stellt jedes Fach, jedes Institut für sich eine Einheit dar.

Drei Orte stehen am Anfang einer langen Reihe neuer westdeutscher Universitäten: Bremen, Bochum und Konstanz. Alle drei traten mit mächtigem Anspruch auf, und jede auf ihre eigene Weise. Alle drei forderten eine radikale Abwendung vom deutschen Universitätsideal, oder zumindest eine starke Umwandlung.

Bremen zeigte, zunächst freilich nur auf dem Papier, eine erstaunliche Anlehnung an den älteren amerikanischen Campustyp in der Gebäudeformation.⁵ Bezüglich der fast landschulheimmäßigen Betreuung der Studenten war das Bremer Konzept auch an älteren englischen Modelle orientiert. In unserem Zusammenhang bedeutet der Bremer Plan von 1961 eine radikal von der Umwelt abgegrenzte Institu-

4 H. Linde (Hrsg.), Hochschulplanung, 4 Bde., Düsseldorf 1970.

5 Vgl. zur weiteren Entwicklung der Bremer Universität den Beitrag von Robert Lemmen in diesem Heft.

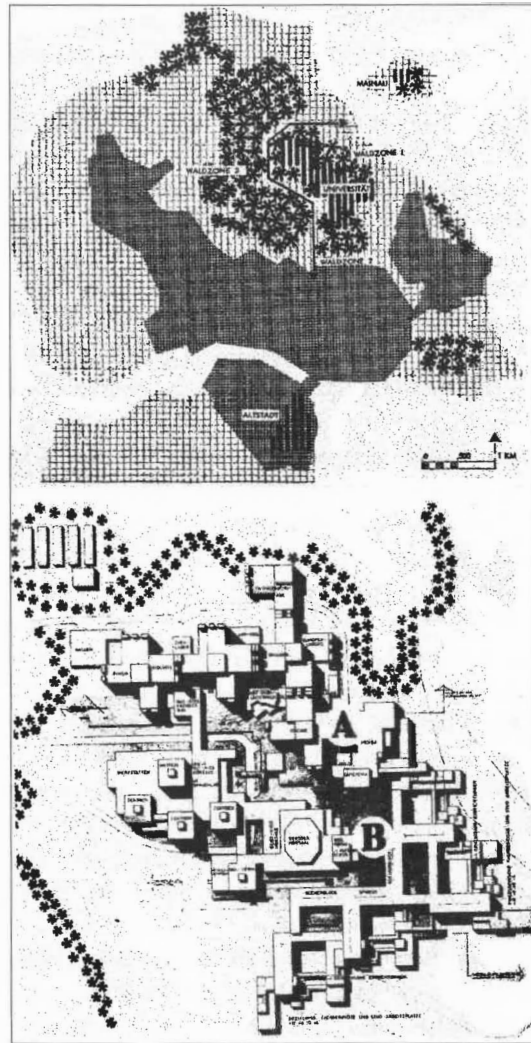


Abb.8: Strukturskizze und Lageplan der Universität Konstanz.

frühen 1970er Jahren heran. Während in Bochum das Hauptgewicht auf der Quantität und der sozialen Öffnung lag, beanspruchte man in Konstanz Qualität und ‚Reform‘. Konstanz ähnelt zunächst einigen der kleineren englischen New Universities oder mehr noch den älteren amerikanischen vornehmen Colleges, zumindest in der

6 Vgl. den Beitrag von Eckart Kröck in diesem Heft.

tion, die aus europäischem Blickwinkel fast an die großen Spital- und Anstaltbauten des 19. Jahrhunderts erinnert.

Bochum hingegen war eher eine Fanfare der modernen Masseninstitution, eine der Größe und Bevölkerungsdichte des Ruhrgebiets entsprechende Großuniversität.⁶ Der Hauptstolz der Bochumer war denn auch die Schnelligkeit, mit der alles vonstatten ging. Im Prinzip handelt es sich bei der Anlage um eine klassisch-modern strenge Reihung von Zeilenbauten, verbunden mit einer immensen Unterbaustruktur, dem etwa gleichzeitig entstehenden Essex ähnlich, nur ungleich größer, eher vergleichbar mit der anderen Riesenunternehmung der Zeit: Brasilia. Dies bedeutete allerdings nicht, dass man die Ruhr Universität einfach als ‚Stadt‘ auffassen konnte; es handelte sich in dieser Hinsicht um eine sehr komplexe Situation, bei der man die direkt neben der Universität gelegene, aber davon ganz getrennte Studentenwohnstadt *Unicenter* einbeziehen muss.

Die Planung der Universität Konstanz war ungleich langsamer: Der Bau wuchs erst in den

Art wie es völlig selbstgenügsam jenseits des Stadtrandes in der Landschaft platziert ist. Wenn man einmal davon absieht, dass die 30% Studentenwohnheimplätze in einem Kilometer Entfernung gesondert untergebracht sind, erscheint Konstanz noch stärker am Konzept *des Ganzen* orientiert als die englischen Universitäten. Dies drückte sich zunächst auch in der Art aus, wie Universitätsgremien, das Land Baden-Württemberg und das Universitätsbauamt zusammenarbeiteten. Ganz anders als in England und in den USA steht hier nicht der Name eines einzelnen Architekten an der Spitze. Überall, bei jeder Ansicht, außen oder innen, wird einem klar, dass es sich um einziges Gebäude handelt. Das Grundprinzip klingt sehr einfach: alles ist auf die ‚Mitte‘ ausgerichtet, die allerdings, wie kann es anders sein, in der Architektur der späten 1960er Jahre, nicht in der Mitte, sondern asymmetrisch an der oberen Ecke das Ganzen liegt. Das Schema drückt sich zunächst in der Höhenentwicklung aus. Die äußeren Ränder sind niedrig. Im ‚Zentrum‘, oder nahe des Zentrums, türmt sich der Bau mit hochhausartigen Teilen auf. Um diese ‚Mitte‘ sind alle Funktionen gleichsam hierarchisiert. Der architektonischen Hierarchie des Von-Außen-Nach-Innen entspricht genau die Hierarchie der Funktionen: am Außenrand die individuellen, privaten Räume, die Büros der einzelnen Lehrkräfte, nach innen zunehmend gemeinschaftliche Funktionen. Auch die Bibliothek besteht aus einem allgemein benutzten Teil nahe des Zentrums und reicht dann nach außen in die Fachbereiche hinein. Die Idee einer separaten, dominierenden Universitätsbibliothek, wie sie noch in den meisten der englischen New Universities existiert, ist in Konstanz völlig aufgegeben.

Wie in Essex, York, East Anglia und Lancaster soll man sich auch in Konstanz dauernd treffen können, und zwar überall im Gebäude: „Ein Campus muss als Ganzes konzentriert sein, während die sozialen Räume dezentralisiert werden müssen“, schrieb der Planungstheoretiker Peter Jokusch in den frühen 1970er Jahren.⁷ Wie in der Stadtplanung machte die Universitätsplanung in den 1960er Jahren einen tief greifenden Wandel durch. Natürlich sollte man sich auch in der ‚gegliederten‘ Stadt des klassischen Funktionalismus treffen können, aber dort waren die Wege wohl definiert, klar gerichtet und verbanden die einzelnen Zonen oder Funktionsbereiche, unter denen es auch einen spezifischen Sozialbereich gab. Nun aber ist das Ganze eher diffus aufgeteilt. In Konstanz findet man immer wieder Treffpunkte für kleine Gruppen, genannt ‚common centers‘ für die Geisteswissenschaftler und ‚Rekreationsräume‘ für die Naturwissenschaftler. Konstanz war und ist wohl einzigartig in seinem utopistischen Anspruch exakter Planung, die sowohl Forschung und Lehre wie auch Erholung einschließt und miteinander verzahnt. Man kann von einer umfassenden räumlichen ‚Betreuung‘ aller Mitglieder der Universität sprechen, einer Betreuung aber, die so flexibel wie möglich wirken und viele Begegnungen spon-

7 H. Linde (s. A 4), Bd. 2, S. 84.

tan erscheinen lassen wollte: ein Gegenpol zu den traditionellen Hauptgebäuden deutscher Universitäten im Stadtzentrum, in denen man sozusagen beliebig ein und ausgeht. Bauten, die zwar meist bedeutend aussehen, die sich aber nicht wesentlich von anderen wichtigen Gebäuden der Stadt unterscheiden.

Kurz nach Bochum wurde die neue Universität in Bielefeld gebaut. Bielefeld verbindet quasi die rigide Zeilenbauweise in Bochum mit der Konzentration auf den inneren überdachten Gemeinschaftsraum und einer den ganzen Bau durchdringenden Bibliothek à la Konstanz. Auch die Universität Bielefeld kann man als einen einzigen Bau ansehen, dem man, wie in Essex oder East Anglia, aber anders als in Bochum, eine Unterteilung in verschiedene Funktionen von außen nicht ansieht. Am meisten wohl entsprach die neue Universität Regensburg den englischen Vorbildern: eine reduzierte, sanftere, weniger konzentrierte Version von Essex oder Lancaster etwa, und das genaue Gegenteil von der gewaltigen Maschine Ruhr-Universität Bochum, und anders auch als der intensiv verschränkte Komplex von Konstanz.

Hans-Joachim Aminde hat rückblickend die neuen Universitäten als ‚Experimentierfeld‘ für die Stadt bezeichnet.⁸ Bei den englischen New Universities sah man sich in vieler Hinsicht einer ‚Stadt‘ nahe gekommen. Verstanden sich auch die deutschen neuen Universitäten als ‚Städte‘? Wie die englischen Gründungen wollten auch sie neue, selbständige Einheiten mit einem vitalen Innenleben schaffen, und dies musste außerhalb oder neben der Stadt geschehen. In einer wichtigen Hinsicht sind diese deutschen Universitäten unvollständig: im krassen Gegensatz zum englisch-amerikanischen Campus wohnen die Studenten dort nicht. Im Endeffekt ist auch das Verhältnis ‚Campus – Stadt‘ bei den neuen deutschen Universitäten vielfältiger als bei den englischen Neugründungen. In Konstanz steht die Universität recht isoliert, in Regensburg ist sie eher vorstädtisch, in Bielefeld thront sie über der Vorstadt, in Bochum dreht sie dem Stadtgebiet quasi den Rücken zu. In Berlin, in der Freien Universität, nimmt der neue Bau der Geisteswissenschaften, ab 1964 von dem französisch-internationalen Architektenteam Candilis, Josic & Woods geplant, auf die vorstädtische Umgebung Dahlems keinerlei Rücksicht. Spätere deutsche Gründungen in den 1970er Jahren, wie Augsburg oder Bayreuth, versuchten weiterhin die Entsprechung zum Modell einer mittleren Stadt mittels sorgfältig geplanter Zentren und einer Lage in der Nähe von Wohngebieten.

4. Resümee

Kaum waren die neuen Universitäten fertig gestellt, war ein grundlegendes Urteil bereits gefällt. Gerade jenen Campus-Universitäten, die sich am intensivsten bemüht hatten, als ‚Stadt‘ zu funktionieren, wurde rundheraus bescheinigt, dass sie

⁸ Interview 1999.

dieses Ziel verfehlt hätten. Im Jahre 1972 befand der junge Architekt und Kritiker John Maule McKean, dass die Universität Essex, gerade weil sie versuchte, die Institution Universität zu einer ‚Modell-Gesellschaft‘, zu einer Utopie zu erweitern, weder als Universität, noch als Stadt überzeuge, und auch „nicht mit dem Paradox, beides sein zu wollen, zurechtkommt“.⁹ Dies wurde in den Jahren der Studentenunruhen geschrieben, die in Essex besonders heftig und lange anhielten. Als die Architekten und Universitätsplaner sich fragten, wer oder was die Schuld dafür trug, wurden die Planung und die Architektur als die wichtigen Faktoren angeführt. In Deutschland unterlag Bochum einer ähnlichen Kritik.

So war es denn auch nicht verwunderlich, dass man bald eine direkte, jedenfalls so weit wie nur irgend praktisch mögliche Rückkehr der Universität in die Stadt, oder jedenfalls in eine ‚städtische‘ Umgebung predigte, vor allem im französischen Sprachraum. Die Universität Louvain la Neuve in Woluwe-St Lambert, einer Vorstadt von Brüssel, tut denn auch so, als ob sie ganz mit einer Stadt vermischt sei.¹⁰

Vielleicht ist es nicht ganz treffend, die Neuen Universitäten als ‚Experimentierfeld‘ für die Stadt zu bezeichnen, wohl aber kann man sie als Reflektion der Wandlungen in der Stadtplanung betrachten: vom Ideal der völlig neu und umfassend geplanten Stadt, getrennt von allen alten Strukturen, zur Akzeptanz der Stadt so wie sie ist und von alters her war, ungeplant; ein Wandel von bewusst zu spontan, von neu zu prä-existent. In die Geschichte des Städtebaus wie der Universitätsplanung werden wohl, *sui generis*, vor allem jene Anlagen eingehen, die wie Essex, Lancaster oder Konstanz versuchten, auch die Spontaneität zu planen. Aus der historischen Entfernung von dreißig oder mehr Jahren erscheint ein simples Urteil, ob dies gelang oder nicht, noch kaum angebracht.

PROF. DR. STEFAN MUTHESIUS, School of World Art Studies and Museology, University of East Anglia, Norwich, Norfolk, UK NR4 7TJ

⁹ J.M. McKean, The University of Essex. Case Study, in: Architects' Journal 20, September 1972, S. 637–678.

¹⁰ Vgl. P. Merlin, L'urbanisme universitaire à l'étranger et en France, Paris 1995.

Eckart Kröck

Die Region, die Universität und die Stadt: Ruhr-Universität Bochum

1. Einführung

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft und noch vor dem Sturm auf die Talare nahm in Bochum eine Vision Gestalt an. Die Funktionalität einer Lernmaschine, die Versprechungen der modernen Architektur und ein gewagter Bruch mit den Grundstrukturen einer ganzen Region verdichten sich in der RUB: Ruhr-Universität Bochum. Ihre Entstehungsgeschichte reicht von ersten Diskussionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen im Jahre 1948 über die offizielle Eröffnung im Jahre 1965 hinweg bis in die 80er Jahre hinein. In dieser Zeit entstanden eine Universität für heute 35.000 Studierende, neue Stadtteile, eine Fachhochschule, ein Technologiequartier, ein neu gestalteter Landschaftsraum am Ruhrhang und ein Stausee mit zahlreichen Freizeitanlagen. Auch weil in unmittelbarer Nachbarschaft zur Universität neue Vorhaben anstehen, ist die Baugeschichte der RUB noch lange nicht abgeschlossen.

1.1. RUB: Die Region im Zeichen der Burg

Der kleine Fluss Ruhr hat einer ganzen Region den Namen gegeben: Ruhrgebiet. Zur vollständigen Geschichte des Ruhrtals gehören zweifelsohne seine zahlreichen Burgen- und Herrnsitze auf und an den Bergen. Die Industrialisierung hat sie in schwarzen Rauch gehüllt, mit neuen Monumenten überragt und in den Hintergrund gedrängt. Riesige Stahlwerke und ausgreifend angelegte Zechen mit den weit sichtbaren Fördertürmen sind ihre baulichen Hinterlassenschaften. Die Ruhr-Universität Bochum, auf der Ruhrhöhe und dem Gelände der ehemaligen Zeche Mansfeld V. entstanden, ist in diesem Sinne die dritte Burgengeneration im Ruhrtal. Nach der Herrschaft der Ritter und der Mechanisierung folgte nunmehr die des Geistes.

Mit der festlichen Einweihung der Ruhr-Universität Bochum lässt sich die Geburtsstunde des Strukturwandels einer ganzen Region auf den 30. Juni 1965 datieren. Gebrochen wurde mit dem Diktum, das Wilhelm II. zugeschrieben wird: „An der Ruhr keine Soldaten und keine Studenten“. Der Findungsprozess einer Region und der Emanzipationsprozess ihrer Städte und Gemeinden sind noch lange nicht abgeschlossen. Auch 1965 hatte der Staat gehandelt. Der Bauherr, das Land Nordrhein-Westfalen, wählte den Standort, bestimmte das Programm und stellte die Mittel bereit. Doch diesmal gehen Staat und Stadt eine auf Dauer angelegte neue Kooperation ein. Die Bezeichnung „Ruhr-Universität Bochum“ benennt Akteure und Aufgabe der gemeinsamen weit reichenden Entwicklung.



Abb. 1: 1966: Bau der Universität (Stadtarchiv Bochum); Förderturm der Zeche Holland (Planungsamt Bochum).

1.2. Der Strukturwandel

An der Ruhr gab es fast keine bürgerliche Mittelschicht. Die Errichtung von fünf bzw. sechs neuen Universitäten sowie zahlreichen Fachhochschulen mit heute ungefähr 180.000 Studierenden ist seit 40 Jahren ein wesentlicher Motor für die Herausbildung einer neuen Bildungsschicht. Vielleicht noch wichtiger ist die breite Wirkung der ruhrstädtischen Bildungsrevolution. Auch im Ruhrgebiet steigen das Alter der Erstgebärenden und die Abiturientenzahlen, die Dienstleistungsquote entspricht dem nationalen Schnitt und die mentale Abkehr von der schweren Industrie ist abgeschlossen.¹ Die Wirkung der RUB auf diesen Prozess ist weiterhin ungebremst. Lag bislang eine wesentliche Aufgabe der Wissenschaft in der Entmystifizierung des Alltags, so ist möglicherweise heute durch die Entmystifizierung des Alltags der Wissenschaft eine neue Ausgangslage für eine weitergehende Kooperation gege-

¹ K. Tenfelde, Jetzt geht wieder alles von vorne los. Wer Geschichte schreibt, will sie auch machen: Im Ruhrgebiet fängt das deutsche Bürgertum noch einmal ganz neu an, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.03.2002, S. 46.



Abb. 2: Gesamtanlage von Süd nach Nord; unten der Kemnader See, der Landschaftsraum, die Universitätsbauten und die Universitätswohnstadt; oben die Bochumer Innenstadt (Presseamt Stadt Bochum, o. J.).

ben.² In der Bewältigung der vielleicht aktuell wichtigsten Aufgabe des Strukturwandels, der Internationalisierung der Region, wird die Zusammenarbeit erneut gefordert. Der Zwang zu einer strikten ökonomischen Ausrichtung wird den Spielraum der RUB für außeruniversitäre Aktivitäten zwar einschränken, zugleich steigt die Notwendigkeit zu neuen, auch regional ausgerichteten Allianzen.

1.3. Traditionell groß

An der Ruhr nahm die Industrialisierung und damit der Aufstieg des Ruhrgebietes seinen Anfang. Riesige Stahlwerke und Kohlezechen mit ihren Abraumhalden und Lagerbergen, durch Kanäle und Eisenbahnstränge oder an den steilen Ufern der Ruhr mit Seilbahnen verbunden, bildeten baulich dominante, wirtschaftlich selbständige Archipele aus industrieller Hauptnutzung und infrastruktureller Peripherie. Nicht stadtverträglich, entstanden eigene Fabrik- bzw. Zechenstädte.

² M. Hard, Die Entzauberung der Ingenieurwissenschaften, in: W.J. Schoeller / H. Böhme / E. Abend-roth (Hrsg.), *Erinnerte Zukunft. Was nehmen wir mit ins nächste Jahrtausend?*, Hamburg 2000.

Auch die Ruhr- Universität Bochum wurde nicht in die Stadt hineingebaut. Sie sollte auf freier Fläche entstehen. Wie ihre industriellen Vorläufer benötigte sie nunmehr eine umfassende Peripherie aus Stadtersatzeinrichtungen: Studenten- und Professorenwohnungen, Läden und Freizeitanlagen sowie Anschlüsse an die Stadt durch die Versorgungsbänder Straßen und ÖPNV-Verbindungen. Das daraus bereits umfangreiche Gesamtprogramm wurde unter dem Eindruck positiver Wachstumsraten dann noch deutlich erweitert. Die Universität mit U-Bahn- und Autobahnanschluss sowie einer Universitätswohnstadt übertraf sogar die bisher erfolgten Standortentwicklungen Krupp'scher Größenordnung.

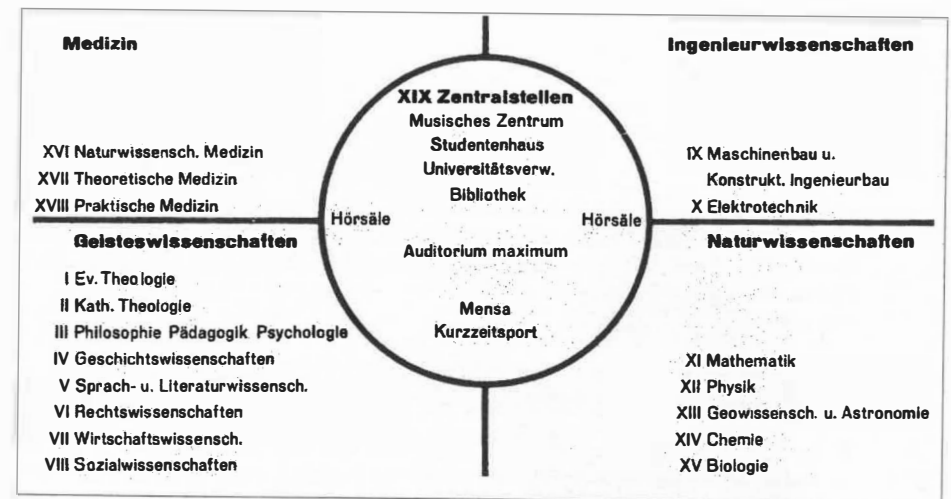


Abb. 3: Strukturschema der Ruhr-Universität Bochum, aus: J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 56.

2. RUB: Die Universität

2.1. Wissenschaftliches Konzept: Ein verflochtenes Gesamtangebot

Die Studentenlawine aus den Jahrgängen 1938 bis 1943, die Schwächung des Lehrkörpers durch Kriegsverluste, die Vertreibung der jüdischen Hochschullehrer sowie die vernachlässigte Förderung der wissenschaftlichen Ausbildung nach 1945 erhöhten den Handlungsdruck auf den Bund und die Länder, die wissenschaftliche Ausbildung zu intensivieren. Ende der 50er Jahre gründeten sie zur Konzentration ihrer Überlegungen und Möglichkeiten einen Wissenschaftsrat. Dessen Empfehlungen hatten erhebliche Auswirkungen auf das Konzept der Ruhr-Universität Bochum. Diese Aufgabe oblag einem 1961 einberufenen Gründungsausschuss aus 16 Professoren. Dieses aus einem breit gespreizten Disziplinenfeld zusammengesetzte Gremium

entwarf Strukturpläne für die vorgesehenen wissenschaftlichen Disziplinen und Lehrgebiete mit ihren Einrichtungen. Herausragende Merkmale ihrer Überlegungen waren die Aufgabe der etablierten Fakultätengliederung, das Einfügen der Ingenieurwissenschaften in den klassischen Universitätskanon sowie eine partielle Zusammenfassung der Disziplinen in sechs Abteilungen und deren Verflechtung mittels Institute, die über die Abteilungen hinausgreifen sollten. Die schematischen Darstellungen wurden den Wettbewerbsarchitekten mit der Empfehlung zur direkten Umsetzung an die Hand gegeben. Ausformuliert ergab sich ein Flächenprogramm von insgesamt rd. 840.000 qm Bruttogeschossfläche für die Lehrstühle und Institute der 18 Abteilungen.

2.2. Bau- und Planungskonzeption: kompakt, modern, grün

Über erste räumliche Grundüberlegungen für den Bau der Universität entschied nach mehrtägiger Beratung am 14. Februar 1963 ein Preisgericht in einem städtebaulichen Wettbewerb, zu dem über 86 Entwürfe eingereicht wurden. Der erste Preis ging an das Büro Hentrich-Petschnigg/Düsseldorf. Mit einem 1. Ankauf sollte ein Architekten-, Planer- und Verkehrsplanerteam des Staatshochbauamtes bedacht werden. Da jedoch das Team außer Konkurrenz angetreten war und um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, wurde das Büro Candilis mit einem 1. Ankauf bedacht. Die Entwürfe von Hentrich-Petschnigg und dem Staatshochbauamt lagen am dichtesten an der Zielbeschreibung des Gründungsausschusses. „Dies erstreckte sich auf die Konzentrierung der Baumassen, die Trennung von Fußwegen und Fahrstraßen und auf die vorgeschlagene Baustruktur mit stapelbaren Nutzungseinheiten und den darunter liegenden bandartig angeordneten Flachbauten für Hörsäle, Werkstätten, Labors, etc.“³

Im Weiteren wurden die beiden Entwürfe in einer neunmonatigen Projektpartnerschaft zu einem Rahmenplan vereint (vgl. Abb. 5). Das Ergebnis zeigt eine noch stärkere Konzentration der Baumassen auf ca. 400 x 900 m in vier etwa gleich große und erweiterbare Rechteckfelder für die Bereiche Geisteswissenschaften (S/W), Naturwissenschaften (S/O), Ingenieurwissenschaften (N/O) und Medizin (N/W). Entlang der Nord-Süd verlaufenden Hauptachse orientieren sich die zentralen Einrichtungen: Verbindungsbrücke über die Universitätsstraße zum neuen Versorgungszentrum der Universitätswohnstadt, Musisches Zentrum, Studentenhaus, Universitätsverwaltung, Bibliothek, Audi Max und Mensa sowie der Anschluss an den Botanischen Garten. In der Ost-West-Achse liegen die Hörsaalzentren Ost und West sowie zwei landschaftlich gestaltete Querforen. Auf dem Forumsplatz zwischen Bibliothek und Audi Max sowie den beiden Hörsaalzentren treffen sich die beiden Hauptachsen.

3 J. Nehammer / H. Thol, Ruhr-Universität Bochum und Universitätswohnstadt, Bochum 1987, S. 64.

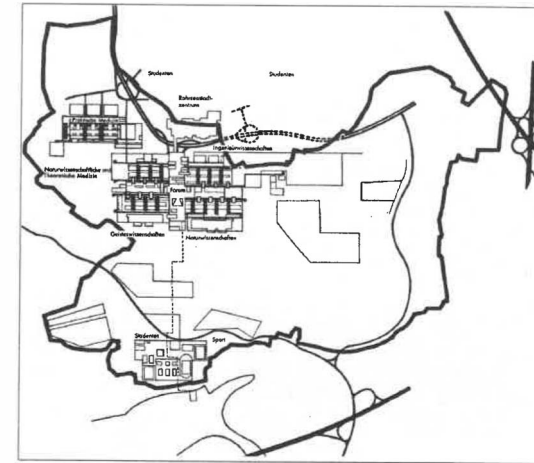


Abb. 4: Rahmenplan der Projektgemeinschaft Hentrich-Petschnigg und Staatshochbauamt.

Der Entwurf ist in sich hermetisch abgeschlossen. Eine Mischung mit Wohnfunktionen, um eine echte Campuskonzeption zu realisieren, wie dies etwa Walter Gropius mit seinem Entwurf vorschlug, wurde konsequent ausgeschlossen. Die radikale Trennung der Funktionen und die kontrollierte Anbindung der Universität mit ihrer neu zu schaffenden Peripherie machen den Anspruch der Gründungsmitglieder nach einer autonomen Denk- und Ausbildungsfabrik überdeutlich.⁴

2.3. Realisierung

Auf der größten Baustelle Europas herrschte ein hoher Erwartungs- und Zeitdruck. Das riesige Bauprogramm entsprach etwa dem einer Stadt von 60.000 Einwohnern. Neue und ungewöhnliche Planungs- und Organisationsschritte, die unterschiedlichsten Kooperationsformen zwischen staatlichen und städtischen Stellen und auch zwischen privaten und öffentlichen Institutionen sowie die möglichst durchgreifende Technisierung der Realisierungsschritte sollten Abhilfe schaffen. Die noch neue EDV wurde zur Vorplanung und Projektsteuerung wie auch zur Auswertung von Fragebögen der Fachberater, zur Bestimmung der optimalen Größe, Lage und technischen Ausstattung der Universitätsinstitute eingesetzt. In einer Feldfabrik entstanden am „Fließband“ die Betonelemente, die dann nach Zeit- und Bauplan eingebaut wurden. Trotzdem gab es schnelle und eher langsame Realisierungsphasen. Insbe-

4 A. von Cube, Die Ruhr-Universität Bochum, Bauaufgabe – Baugeschichte – Baugedanke. Eine kunsthistorische Untersuchung, Bochum 1992, S. 119.

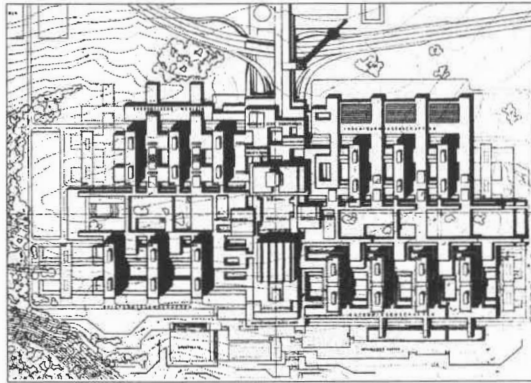


Abb. 5: Bauplan der Universität 1963, aus J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 65.

sondere die Entwicklung der nicht der Universität direkt zugeordneten Teilbereiche folgte bis in die 80er Jahre hinein einer eigenen Logistik, wie auch der schnelle bauliche Realisierungsprozess der Universitätsbauten nicht über den mehrere Dekaden umfassenden Gesamtentwicklungszeitraum hinweg täuschen darf.

2.4. Labor und Lapidarium

Die Universitätsbauten lesen sich als der Versuch einer direkten Verlängerung des Neuen Bauens über 1945 hinaus und zugleich als Abbild einer auf nüchterne Funktionalität setzenden, nach Sinn und Orientierung suchenden jungen Demokratie. Beseelt von dem Wunsch nach dem großen Ausdruck und dem Glauben, man könne durch die Formgebung Einfluss auf Inhalte nehmen, fallen die Prinzipien der Technisierung und Taylorisierung des Bauens ins Auge, wird die antistädtische Haltung der Architektengeneration sowie die Vorbildwirkung der animierenden Bilder von Ludwig Hilberseimer und Kenzo Tange spürbar. Ähnlich Corbusiers Chandigarh (1950), Costas Brasilia (1957) oder den Großformen des sozialistischen Städtebaus wurde die RUB zu einem großen Laboratorium einer mittlerweile gereiften Moderne. Der Gesamtkomplex hat die Zeit postmoderner Ironie fast unbeschadet überstanden. Daran ändern die Dachaufbauten oder der Einsatz von Farbe als Placebo gegen die vermeintlich unentwegte Wiederholung gleicher Bauelemente nichts. Zugleich aber verspricht die Architektur heute auch keinen euphorischen Aufbruch in eine bessere und gerechtere Zukunft mehr.

Normalität ist eingeleitet. Dies gilt vor allem für die größte Nutzerschaft, die Studierenden. Für sie ist die Uni ein Ort des kurzen Aufenthaltes für eine knappe Zeit ihres Lebens. Sie vermittelt nicht die Behaglichkeit oder Gemütlichkeit, die den alten Universitäten zugeschrieben wird. Diese Art von Heimat oder Identifikation



Abb. 6: Forum vor dem Audi Max, aus: RUB (s. A 5).

kann sie nicht bieten. Den Nutzern der transitorischen Funktionsanlage wird mehr abverlangt. Ist das funktionale Grundgerüst erst einmal verstanden und die Orientierung verinnerlicht, können sich andere Betrachtungen eröffnen: Der Blick aus der Ferne auf eine faszinierend große Burg auf dem Ruhrhang etwa oder aus der Halbdistanz auf die horizontale Staffelung der unterschiedlichen Gebäude: zuunterst die flacheren Laborgebäude und darüber auf einer durchlaufenden Mittelebene die verbindenden Erschließungselemente mit Mensa und Audi Max und zuletzt die streng gefassten und leiterförmig aufgereihten, über 100 m langen und achtgeschossigen Zeilen. Nähert sich der Blick, werden die Räume zwischen den hohen und niedrigeren Gebäudeteilen wichtig. Die Perspektive flieht und zugleich erweitert sich der Blick in die grünen Kammern der tiefer liegenden Höfe, oder er trifft, entlang der Terrassen gerichtet, auf weit hervor kragenden Gebäudeelemente. In direkter Nähe dominiert das Material Glas, Stahl und vor allem der unbehandelte Beton. Seine nach Herzog & de Meuron'sche Art zurückgenommene Dekorstruktur verweist zurück auf die Form, indem er moduliert und modelliert: von Monotonie keine Spur.

2.5. Weiterentwicklung der Architektur

Die bauliche Überarbeitung der RUB war nach nunmehr einer Generation zu erwarten. Bauschäden müssen beseitigt werden und die energetischen Mängel der Konstruktion sind zu beheben. Für die bauliche und sozialräumliche Weiterentwicklung des zentralen Forumsplatzes hat die Universitätsverwaltung mit dem Künstler Mischa Kuball einen interessanten Weg eingeschlagen. Der mehrstufig geplante Prozess umfasst mehrere Elemente: eine Bestandsaufnahme der baulichen Struktur wie auch der ursprünglichen Planungskonzeption(?), die Entfernung der zwischenzeitlich installierten Dekorelemente, die Beseitigung der Bauschäden und der Spontanvegeta-

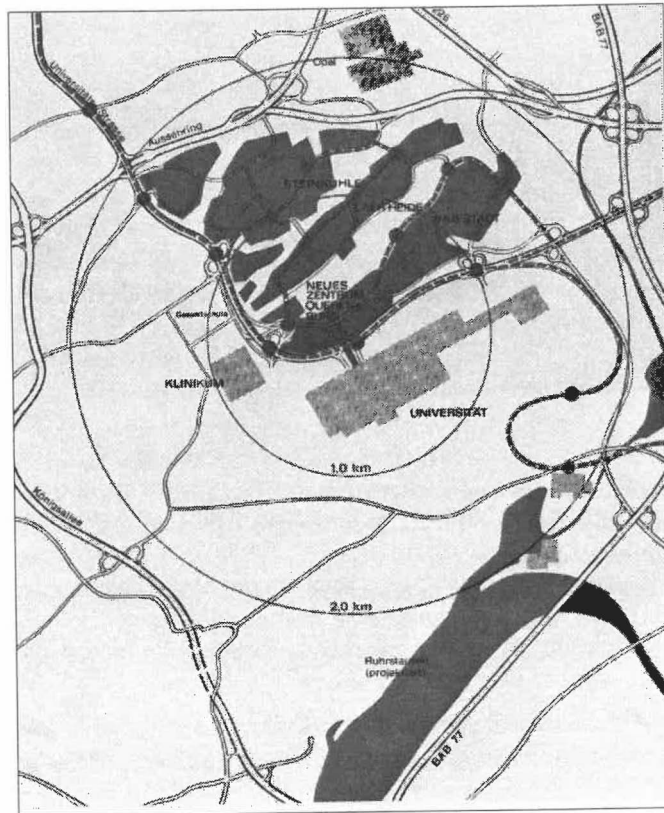


Abb. 7: Schematische Darstellung des Gesamtbereichs Universität und Universitätswohnstadt; oben rechts das etwa zeitgleich errichtete Opel Werk I, aus: J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 230.

tion sowie die Bespielung des Platzes in Kooperation mit anderen Institutionen innerhalb und außerhalb von Bochum. Dazu wird ein kunst- und architekturtheoretisches Diskussionsforum vorbereitet, aus dem dann ein künstlerisches Projekt hervorgehen soll.⁵

3. RUB: Die Stadt

3.1. Ab in die Mitte

Aus Bochum wurde auch nach fast 40 Jahren Universitätsstandort keine typische Universitätsstadt. Dazu fehlt nicht zuletzt die Präsenz der Universität in der Mitte der Stadt. Verfechter dieses Standortes gaben damals der räumlichen Verflechtung von Bürgerschaft mit den universitären Einrichtungen den Vorrang vor einer kom-

⁵ RUB, Unveröffentlichter Bericht zum Projekt „forum / passage“- Umgestaltung des Forumsplatzes der Ruhr, Universität Bochum 2002.

pakten, primär dem interdisziplinären Austausch dienenden großflächigen Struktur. Eine zusammenhängende Denkfabrik hätte aber in der Mitte der Stadt keinen Platz gefunden. Eine Ansiedlung auf mehrere innenstadtnahe Standorte war nicht durchsetzbar.

Bisher hat sich nur die Bibliothek des Ruhrgebietes, eine Fachbibliothek mit Seminarbetrieb und höchst aktiver öffentlicher Präsenz, in der Innenstadt niedergelassen. Ansonsten weisen lediglich das noch immer auch studentisch geprägte Vergnügungsviertel „Bermuda Dreieck“ und der Hauptbahnhof als zentrale Umsteige zur U 35, die in 8 Minuten die Universität erreicht, eine auch in der Innenstadt spürbare Studentendichte auf. Die umfangreichen Wohnangebote in der Universitätswohnstadt, aber auch der hohe Pendleranteil aus den benachbarten Ruhrstädten, haben eine Konzentration der Studierenden auf die anderenorts studententypischen Wohnlagen aus preisgünstigen und flexibel nutzbaren gründerzeitlichen Gebäudebeständen (noch) nicht ermöglicht. Weder das normale „Studentenleben“ noch die „Inszenierungen“ der Universität erreichen wirklich das städtische Zentrum.

3.2. Das Verbindende und das Trennende

Nachdem die weithin sichtbaren Fördertürme der Zechen und die monumentalen Fabrikationsanlagen der Stahlindustrie bereits seit den 60er Jahren fast vollständig abgebrochen wurden, müssen heute die ruhrgebietstypischen langen und breit angelegten Einfallstraßen die Hauptorientierung im Stadtgeflecht übernehmen. An diesen, auf die City ausgerichteten Straßen, finden sich die meisten Nebenzentren mit ihrem stadtteilbezogenen Geschäftsbesatz, den Kirchen und der sozialen Infrastruktur. In diese Struktur passen sich die Universitätsstraße und das Uni-Center als Brückenkopf der Universitätswohnstadt ein. Die gewerblichen Nutzungen des Nebenzentrums waren auf rd. 58.000 Einwohner und 20.000 Studierende ausgerichtet. Neben den 50 Ladengeschäften waren u.a. ein Hallenschwimmbad, Kindergärten, Kirchen, eine Bezirksverwaltungsstelle sowie Post und Polizei vorgesehen. 1972 wurde das Uni-Centrum in die formelle Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Querenburg einbezogen. Auf rd. 230 ha sollten zudem die Wohnbereiche Laerheide, Steinkuhl/Markstraße und Auf dem Aspei die bereits fertig gestellten Bereiche Hustadt und Teile von Steinkuhl ergänzen. Insgesamt wurden in den fünf Siedlungen rd. 7.500 Wohneinheiten für rd. 21.000 Einwohner realisiert. In 25 Studentenwohnheimen kamen nochmals rd. 4.000 Wohnheimplätze dazu.⁶

Eine isolierte, von der Stadt abgeschiedene Universität ist nicht entstanden. Vielmehr hat der Wohnbereich Querenburg die RUB mit der übrigen Stadt vernäht. Die Wohnsiedlungen wurden nicht zu „Akademikerghettos“ und die heute üblichen so-

⁶ Stand 31.12.1980 nach J. Nehammer / H. Thol (s. A 3), S. 286.

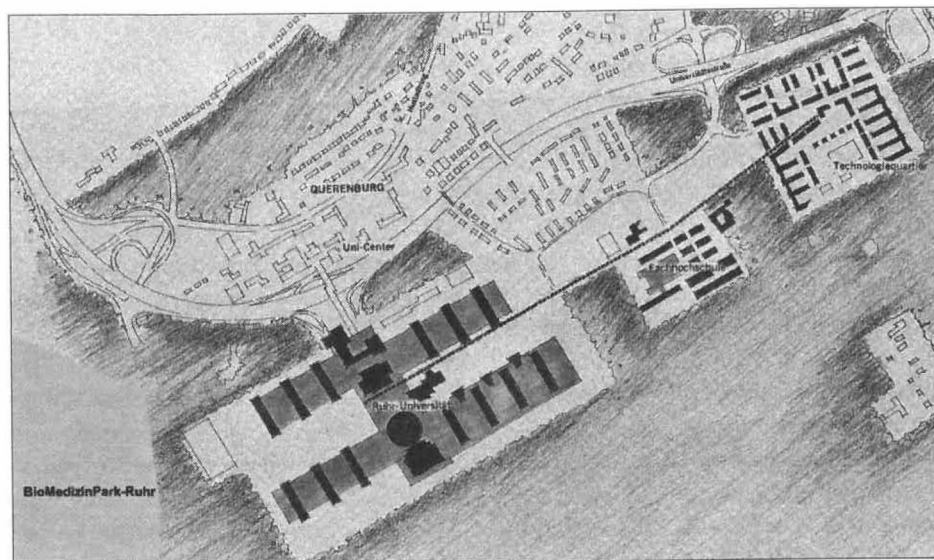


Abb. 9: Universität, Fachhochschule, Technologiequartier und unten links: das neue Baufeld für den vierten Park (Bildmontage: E. Kröck).

zialen und baulichen Probleme anderer Großsiedlungen aus den 1960er und 1970er Jahren sind nicht entstanden.

Eine unmittelbare räumliche und nutzungsbezogene Verbindung zur Universität ist weder durch die breite Fußgängerbrücke über die Universitätsstraße zwischen Uni-Center und der Universität geschlagen, noch ist (bisher) ein „spin off“ oder ein „start up“ aus der RUB in den Wohnsiedlungen angekommen. Die Universitätsstraße bleibt die scharfe Grenze zwischen dem Wohnen im Norden und den universitären und gewerblichen Nutzungen im Süden. Sie ist das Rückgrat der gegliederten und funktionsgeteilten Gesamtkonzeption.

3.3. Die Grünflächen und die „Parks“

Im Süden der Universität ziehen sich die Grünanlagen den Ruhrhang bis zum neu aufgestauten Kemnader See hinunter. Deren Planung und Entstehung stehen zwar in direktem Kontext mit den Planungen für die RUB, ihre intensive Nutzung durch die Bürgerschaft machen sie jedoch zu einem neuen Bürgerpark. Nicht nur die Exotik des Chinesischen Gartens und die lehrreich ausgebreitete Pflanzenwelt des Botanischen Gartens ziehen die Besucher aus den benachbarten Wohnbereichen und darüber hinaus an. Am See ist an bestimmten Tagen bereits eine „Übernutzung“ durch die zahllosen Besucher entstanden.

Für die Wirtschaftsstruktur der Stadt hat sich die Ansiedlung der Ruhr- Universität Bochum in vielfachem Sinne ausgezahlt. Neben den positiven strukturellen Effekten für die Gesamtstadt bieten das Umfeld und die Ausstrahlungskraft von Universität und der Fachhochschule günstige Ausgangsbedingungen für gewerbliche Ansiedlungen. Schon bald sollen sich südlich der Universitätsstraße vier jeweils auf sich bezogene thematisch definierte Nutzungsbereiche nebeneinander aufreihen. Das seit 1995 in der Entwicklung stehende rd. 12 ha große Technologiequartier im Osten, die Fachhochschule aus dem Jahre 1979 und die Ruhr-Universität Bochum sollen um einen rd. 25 ha großen „BioMedizinParkRuhr“ auf dem ursprünglich für die Praktische Medizin (Klinikum) vorgesehenen Gelände ergänzt werden. Damit wird auch die Erfolgsgeschichte des Technologiezentrums Ruhr weiter geschrieben, das im nord-westlichen Quadranten der Universität seit 1990 den Gebäudeteil MB für Gründer und Starter aus der Universität anbietet. Den gründungswilligen Wissenschaftlern wird in verkehrsgünstiger Lage und zu vernünftigen Konditionen der weitere Kontakt zu den wissenschaftlichen Einrichtungen geboten. Eine hochwertige Gestaltung und die konsequente Sicherung der planerischen Vorgaben sollen definierte Nachbarschaften innerhalb und zwischen den „Parks“ schaffen.

Des Kritikers Urteil lässt sich erahnen: „Die funktional gegliederte (segmentierte) Siedlung verweigert den Auftrag des Städtischen. Sie bildet wieder geschlossene Gesellschaften, teilweise auch gar keine, etwa in den beliebten Parks.“⁷ Alle Teile des großen Planes: die Ruhr-Universität Bochum, die Universitätswohnstadt, die Landschaftsbereiche und das neue Umfeld sind dieser Debatte ausgesetzt. Sie können ihr nicht entfliehen. Konzeption und Dimension sind im Grunde nicht reversibel. Man muss sie akzeptieren wie sie sind und zugleich Verknüpfungen zum Städtischen suchen. Die Weiterplanung der RUB ist eine höchst anspruchsvolle und lohnende, zugleich pragmatisch zu behandelnde Aufgabe, die notwendig ist, um die anstehenden Veränderungsprozesse erfolgreich zu bewältigen. Auch davon wird abhängen, ob die große, älter gewordene Vision der modernen Architektur und die erste Universität der Region der Gesellschaft von morgen noch offen steht.

DIPL.-ING. ECKART KRÖCK, Stadtplanungsamt Bochum, Rathaus, 44777 Bochum.

Robert Lemmen

Die Universität in der Stadt

Beispiel Bremen – wechselnde Leitbilder und Lösungen

1. Einführung

Die Universität Bremen ist eine der Neugründungen, die in der Bundesrepublik nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates 1960 in Angriff genommen wurden. Sie ist zu sehen in einer Reihe mit den neuen Universitäten in Bochum, Dortmund, Konstanz, Regensburg und Bielefeld. Der Lehrbetrieb wurde 1971 aufgenommen. Die Universität hat heute ca. 18.000 Studenten. Im Umfeld wurde ein Technologiepark mit inzwischen ca. 6.000 Arbeitsplätzen entwickelt.

Bei der Neugründung in Bremen stand die Diskussion um die inhaltliche Orientierung und die Entscheidungsstrukturen in der Universität im Vordergrund. Das „Bremer Modell“, das letztlich in politischen Konflikten durchgesetzt wurde, ist gekennzeichnet durch Demokratisierung und Projektstudium. Ziel war „die Stellung der Universität in der Gesellschaft als Stätte kritischer Bewusstseinsbildung“. Mit diesem Ziel verbanden sich von Anfang an auch Erwartungen an Städtebau und Architektur. Die neue Stellung der „Universität in der Gesellschaft“ sollte durch „Integration in die Stadt“ oder „Verflechtung mit der Stadt“ zum Ausdruck kommen.

Seit dem städtebaulichen Wettbewerb 1967 – seit mehr als 30 Jahren – wurden dazu unterschiedliche Leitbilder und Lösungen mit unterschiedlichem Erfolg entwickelt und propagiert. Das Universitätsareal zeigt heute die Spuren dieser Ansätze. Die Folge der Leitbilder, die in Bezug auf die Einbindung der Universität in die Stadt bedeutsam waren, spiegelt – über Aspekte der Universitätsplanung hinaus – den Gang der städtebaulichen Diskussion in der Bundesrepublik in den vergangenen 30 Jahren. Schlagworte waren z.B. Urbanität, Nutzungsmischung, Dichte sowie Städtebau als Standortpolitik. Zugleich zeigte sich, wie neben solchen Planungsprinzipien bildhafte Vorstellungen („Images“) von Stadt in den Köpfen der Beteiligten als wechselnde Leitbilder wirksam wurden und die Vorbildwirkung von Leitprojekten.¹

2. Städtebauliche Großform – Universität als optimiertes Stadtsystem

Die Geschichte der städtebaulichen Ideen, die im Bremer Universitätsareal wirksam wurden, beginnt 1967. Die Ausschreibung des „Ideenwettbewerbs zur Erlangung

¹ Überarbeiteter und aktualisierter Text eines Vortrags an der Universität Stuttgart 1999. Die der Stadtplanung für die Bremer Universität zugrunde liegenden Leitbilder werden ausführlich präsentiert in R. Lemmen, Vom Campus zum Stadtteil, Delmenhorst 1999.

von Vorschlägen für einen Generalbebauungsplan“ wendet sich explizit von Vorstellungen zur städtebaulichen Integration, aber auch von Vorstellungen des klösterlichen Lernens auf dem Campus ab. Konfrontiert mit der völlig neuen und gewaltigen Bauaufgabe, eine Massenuniversität in einem Zuge zu errichten, betont das Programm einseitig die technische und betriebliche Optimierung: „Die Integration der deutschen Stadtuniversität in das Stadtgefüge verhinderte bis in die heutige Zeit ihre Gestaltung als Gesamterscheinung. Seit dem Zweiten Weltkrieg vollzieht sich an allen Hochschulen eine Entwicklung, die ein Überdenken der Situation und die Neugestaltung der Universitäten nach funktionellen Gesichtspunkten verlangt. Es gilt, die Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre organisatorisch zu bewältigen und die Erfüllung des allgemeinen Bildungsauftrages durch entsprechende städtebauliche Gestaltung zu ermöglichen. Da die Größenordnung der modernen Universität eine reine Stadtlage unmöglich macht, entwickelt sich aus der alten deutschen Stadtuniversität die stadtbezogene Universität in Stadtrandlage. Die permanente Weiterentwicklung der Universität fordert eine städtebauliche Großform, die in ihrer Anlage dem freien Wachstum alle Möglichkeiten offen hält.“²

In den Vordergrund gestellt werden Diagramme zu den „Forschungs- und Lehrbeziehungen“, wie sie damals aus Systemforschung und operations research übernommen wurden. Gefordert werden:

- Rationalisierung in Planung, Ausführung und Unterhaltung durch weitgehende Typisierung
- Anpassungsfähigkeit für Veränderungen der Organisationsformen und Forschungsmethoden
- Wachstumsmöglichkeiten
- die Universität als „Fußgängerstadt“ mit Fahrverkehr und Einstellplätzen an der Peripherie.

Der Bezug zur Stadt wird nur an einer Stelle angesprochen: Der zentrale Bereich (Forum) „soll von Leben erfüllt sein und durch kulturelle Veranstaltungen auch außerhalb der Vorlesungszeit Kontakte zwischen Studenten, Professoren und den Bürgern der Stadt fördern.“

Die Wettbewerbsbeiträge folgen diesen Vorgaben. Die publizierten Arbeiten schlagen ganz überwiegend Bausysteme vor, die neutral und grenzenlos in alle Richtungen erweiterbar sind. Der offenkundig als Problem empfundene Schematismus solcher Entwürfe wird in vielen Arbeiten gemindert durch malerische, bauplastische Variation in der zentralen Zone. Dazu bieten sich Hörsäle, Mensa und Bibliothek an. Das Prinzip einer vom Fahrverkehr getrennten Fußgängerebene enthalten alle Arbeiten.

² Senator für das Bauwesen Universität Bremen, Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für einen Bebauungsplan, Bremen 1966.

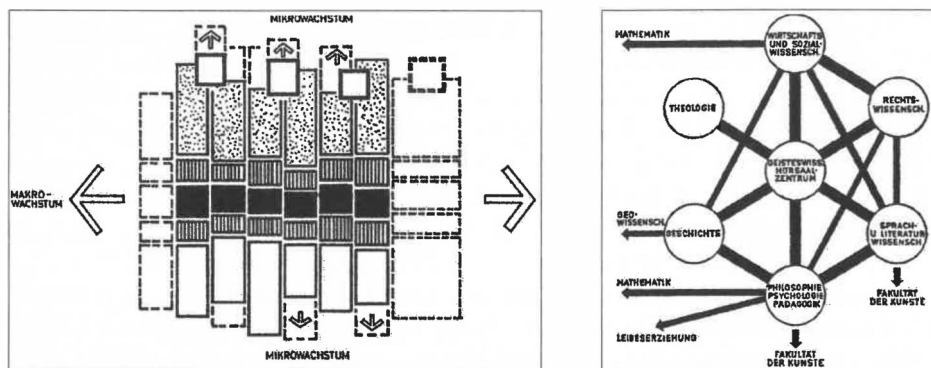


Abb. 1: Planungsprinzipien: Aus dem Wettbewerbsbeitrag Lehrstuhl Prof. Horst Linde, Stuttgart.

Abb. 2: Teil des Wettbewerbsprogramms: Forschungs- und Lehrbeziehungen der naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Einrichtungen und der Fakultät der Künste.

Prämiert wurden gleichrangig drei Arbeiten. Für die weitere Planung waren einflussreich die Arbeiten von Behnisch & Partner (die innere Organisation wurde übernommen) und (außer Konkurrenz) der Entwurf des Universitätsbauamtes Bremen (die Verkehrsanbindung und Anordnung im Gelände wurde übernommen).

2.1. Marburg: „Ein Bausystem für Hochschulinstitute“

Welche Vorstellungen von Stadt lagen den Arbeiten zugrunde? Welche Vorbilder waren beherrschend für das städtebauliche Denken dieser Jahre? Neben den Arbeiten aus dem Institut für Hochschulbau in Stuttgart war eine von der Staatlichen Neubauleitung Marburg publizierte Broschüre wirksam: „Ein Bausystem für Hochschulinstitute“ liest sich wie ein kurzes, aber umfassendes Lehrbuch der Architektur (das Personenregister reicht von Alberti bis Wright). Ziele des Bausystems sind:

- kurze Bauzeiten (darum Vorfertigung),
- universelle Erweiterbarkeit (darum Rasterung),
- Anpassungsmöglichkeiten (darum Typisierung).

Das System enthält Aussagen unter anderem zur Trennung von Primär- und Sekundärstruktur, zur Stützstellung bezogen auf die Fassade, zu Bandraster und Modul und zur Anordnung der Erschließungskerne.

Das Bausystem wird dargestellt in Schemazeichnungen, die im Entwerfen dieser Zeit wörtlich genommen werden. Es entsteht ein Image, das Einfluss nimmt auf den Bildvorrat der Architekten. Das Bausystem enthält Lösungen für Typologie und Konstruktion. Es liefert zugleich die Bildsprache und – bei Ausdehnung in der Fläche – die städtebauliche Grammatik.



Abb. 3: Wettbewerbsbeitrag Behnisch und Partner, Stuttgart (1. Rang).

In diesem Denken ist das Bausystem die Antwort auf alle Fragen, auch auf die Frage nach der Bildwirkung der Architektur und des Städtebaus: „Während alle Bauten in Form, Stellung und Gruppierung innerhalb des zu schaffenden Rasters ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen können und dadurch eine Architektur-Landschaft von eigenem und individuellem Ausdruck entsteht, wird die Einheitlichkeit der Bauteile zum Ausdruck der Gemeinsamkeit, der Gemeinschaft der Universität.“ Ein Spielraum für die Integration anderer Nutzungen ist in einer Stadtstruktur, die sich aus einem solchen Bausystem ergibt, schwer vorstellbar.

2.2. Buchanan: „Traffic in Towns“

1963 erscheint in England „Traffic in Towns“, der Bericht einer von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe über die Zukunft des Verkehrs in den Städten (Buchanan-Report). Vorhergesagt wird eine enorme Zunahme des Autoverkehrs (die von der Realität übertroffen wurde). Um die Städte vor dem totalen Niedergang zu bewahren, wird der verkehrsgerechte Umbau empfohlen: die Trennung der Verkehre, oft in mehreren Ebenen, um damit geschützte Fußgängerbereiche entwickeln zu können.

Die Stadtbauwelt druckt Auszüge in ihrem ersten Heft 1964. Die deutsche Ausgabe des Reports erscheint 1967. Trotz dieser Publizität ist die Wirkung für die Pla-

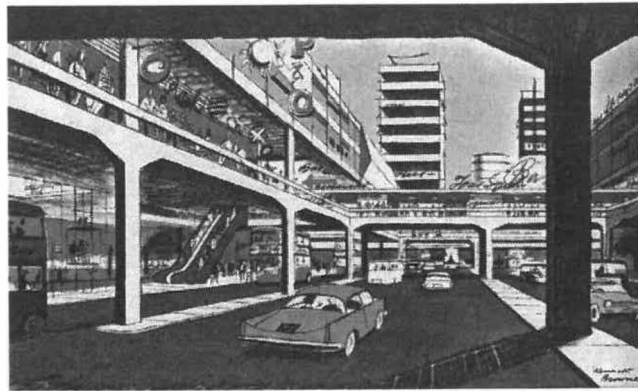


Abb. 4: Traffic in Towns:
Verteilerstraße in einer
völlig neu gestalteten
Stadt.



Abb. 5: Universität
Bremen: Getrennte Ebenen
für Straße und Fußweg im
Zentralbereich.

nungspraxis in den deutschen Städten gering. Die im Buchanan-Report enthaltenen Diagramme, gedacht als Vorschläge für den Umbau kleinerer und mittlerer Städte, scheinen dagegen bei der Planung der neuen deutschen Universitäten nahezu buchstäblich umgesetzt worden zu sein. Die Wettbewerbsbeiträge – und die in Bremen, Bochum und Regensburg realisierten Projekte – enthalten sämtlich periphere Ringstraßen und vom Fahrverkehr getrennte, auf einer zweiten Ebene gelegene Fußgängerbereiche, von denen man die Gebäude im ersten Obergeschoß erreicht.

2.3. Team 10

Die Vorstellungen von der neuen Universität trafen sich mit dem neuen urbanistischen Denken der 1960er Jahre, das sich von den braven 1950er Jahren absetzte. 1962 wurde in Architectural Design „Team Ten Primer“ veröffentlicht, ein skizzenhaftes Manifest der Architekten, die sich in Abgrenzung zu CIAM zusammengefunden hatten.



Abb. 6: Wege als das räumliche
Gerüst der neuen Stadt (Smithson/
Sigmond: Skizze für die Neuge-
staltung Berlins, 1958).

Das Neue ist, dass die Stadt definiert wird als Summe der Bewegungslinien der Straßen, Wege und Schienen. Das neue Lebensgefühl heißt „freedom to move“ und wird bildhaft zum Ausdruck gebracht. Das verbindende Element der Stadt sind die gebauten Wege „streets in the air“. Häuser stellen mit ihren Decksystemen diese Wege bildhaft dar (Wohnbauten Park Hill in Sheffield) oder sind an separate Decksysteme angedockt (Wohnbauten von J. Stirling in Runcorn).

Beispiele sind auch die Universitätsplanungen von Candilis für Berlin und Bochum. In England und Deutschland scheinen die Planungen für neue Universitäten die willkommenen Experimentierfelder zu sein, die Vorstellungen von einem neuen Urbanismus und die Vorschläge für die technische Beherrschung des Verkehrs auszuprobieren. Hier gab es Mittel, Flächen und Planungsmacht, um umzusetzen, was anderswo in der Stadt utopisch blieb: Die „Neue Universität“ als Städtebaulabor der neuen Ideen. Gemeint war die Universität, zugleich aber auch die „Neue Stadt“ – einerseits als Gegenbild zur sterilen Normalität der Stadterweiterung, andererseits als Gegenbild zu der durch Verkehr belasteten, sanierungsbedürftigen alten Stadt. Ausgeschlossen war damit die Vorstellung von der Universität in der Stadt. Die städtebauliche Großform ist praktisch nicht integrierbar. Sie ist die Stadt oder stellt die Stadt dar.

Aus der Rückschau von heute scheinen den Kernbereich der Bremer Universität vor allem drei Strömungen im Städtebau der 60er Jahre geprägt zu haben:

- das Denken in neutralen, wachsenden Bausystemen,
- die perfekte Trennung von Fußgängerebenen und Fahrverkehr,
- der neue Urbanismus der inszenierten Verkehrswege.

Alle drei Strömungen trugen dazu bei, die Universität als separates Gebilde neben der Stadt und städtebaulich als Fremdkörper in der Stadt zu entwickeln, der sich einer Integration noch heute kräftig widersetzt.

3. Gebaute Urbanität durch Dichte und Nutzungsvielfalt

Das „Bremer Modell“ betonte die Stellung der Universität in der Gesellschaft als Stätte kritischer Bewusstseinsbildung. Damit wurde – aus heutiger Sicht etwas mechanisch – die Frage der städtebaulichen Verknüpfung mit der Stadt und den umliegenden Stadtteilen aufgeworfen. Auf Vorschlag des Gründungssenats wurde, „um die städteplanerische Phantasie anzuregen“, ein Gutachten zur theoretischen Klärung der Verflechtung zwischen Stadt und Universität in Auftrag gegeben. Die Wissenschaft (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen unter Leitung von Hans-Paul Bahrdt / SOFI) sollte den Architekten zur Hilfe kommen.

3.1. Verflechtung

Die Autoren gehen aus von der Kritik an der Funktionstrennung, die in den 60er Jahren in den Büchern von Jane Jacobs, Hans-Paul Bahrdt und Alexander Mitscherlich vorgetragen wurde und öffentliche Wirkung entfaltet hatte.³ Kritisiert wird der systemtheoretische Verflechtungsbegriff, wie ihn das Universitäts-Bauamt verwendete, der sich auf die Optimierung der Bezüge innerhalb der Universität beschränkt. Ziel der SOFI-Überlegungen ist es, „der Universität aus ihrem Elfenbeinturm herauszuhelfen“: „Das Konzept einer praktisch-experimentellen Universität... ist das zentrale Argument für eine partielle Verflechtung... Die einem solchen Modell zugrunde liegenden Handlungsabläufe... beziehen die Reflexion der Einfügung wissenschaftlich technischer Erkenntnisse in die Lebenspraxis mit ein... (Es) könnte eine partiell verflochtene Baustruktur jenes oszillierende Verhältnis von Theorie und Praxis ermöglichen und fördern, dem durch eine praktisch-experimentelle Universität Raum gegeben werden soll.“⁴ Ziel sei, die Verflechtung dabei so zu strukturieren,

- dass eine Entfaltung aller städtischen Gruppen durch die räumlich-materiellen

³ J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, 1961; H.-P. Bahrdt, Humaner Städtebau, 1968; A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, 1965.

⁴ Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen, Verflechtung Universität – Stadt. Gutachten zur Universitätsneugründung in Bremen im Auftrag des Senators für das Bauwesen, Göttingen 1969.

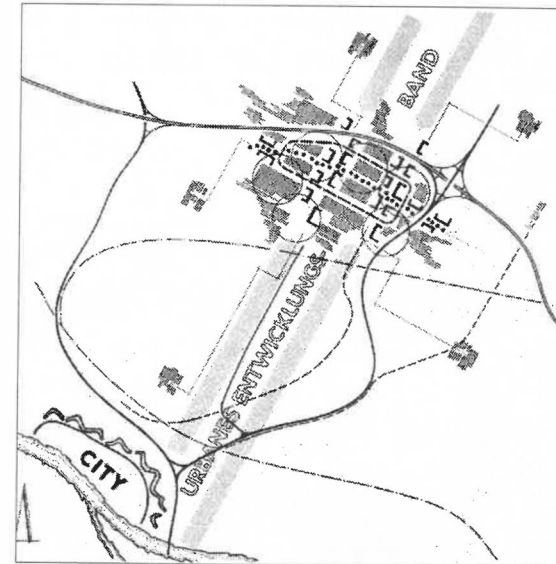


Abb. 7: Die Kernuniversität als „verflochtenes Raumkontinuum mit Schwerpunkten, erlebbaren Nahzonen und städtischen Schneisen längs des urbanen Entwicklungsbandes“.

Systeme nicht behindert, sondern gefördert wird,

- dass die Verschränkung von zweckrationalen und nicht zweckrationalen Handlungsabläufen, d.h. die Ausdehnung arbeitsfreier Bereiche in reine Arbeitsbereiche eine Antwort in der materiell-räumlichen Umwelt findet,
- dass das Eindringen der Universität in praktische Lebenszusammenhänge partiell durch räumliche Zuordnung erprobt werden kann,
- dass räumliche Erreichbarkeit, ökonomische Effizienz und menschliche Entfaltungschancen sich überlagern, nicht Verflechtung schlechthin, sondern in ihren gegenseitigen Wirkungen dezidiert überprüfbare Zuordnungen,
- dass eine sinnlich erfahrbare Nahwelt, mit hohem Abwechslungsgrad der Angebotsvielfalt entsteht.

Aus heutiger Sicht und nach Entwicklung des Technologieparks in den vergangenen zehn Jahren ist festzustellen, dass die Verflechtungsziele teilweise erreicht wurden, insbesondere das zuletzt genannte Ziel jedoch verfehlt wurde.

Das Wohnen im Universitätsgebiet wird nur kurz behandelt. Die Autoren sehen das Risiko der „Sozialmontage“, zugleich aber „realistische Bedingungen für Wohnmöglichkeiten nicht zur Universität gehörender Bevölkerungsgruppen“. Ausführlicher – und letztlich realistischer – wird die Verflechtung mit Produktionsbetrieben erörtert. SOFI sieht durch die Nachbarschaft von Betrieben die Chance zur Aufwertung der Arbeitsgebiete, für Zusammenarbeit sowie für Beschäftigung und Praktika für Universitätsabsolventen. Alle drei Chancen sind später mit dem Technologiepark in gewissem Umfang genutzt worden.

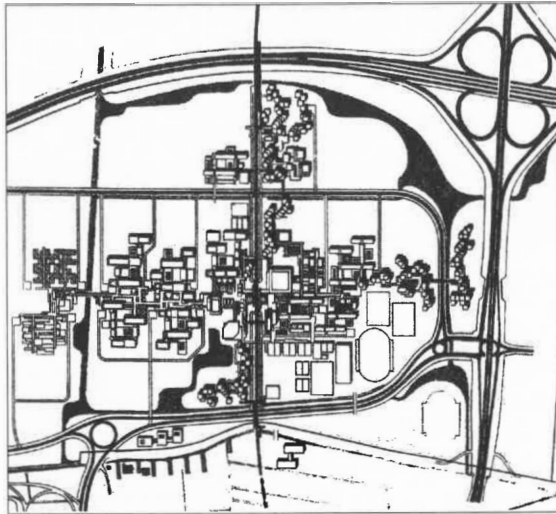


Abb. 8: Universitätsbauamt, 1970: Plan D/Baumassenplan. Verflechtung von Wissenschaft und Wohnen.

3.2. Wohnhochhäuser am Boulevard

Ergebnis auf der Basis des SOFI-Gutachtens entwickelten Planungen ist der „Plan D“. Er enthält Wohnungen für 7.000 – 10.000 Einwohner (also etwa so viele wie die damals geplante Zahl der Studenten) auf dem Universitätsareal. Der Wohnungsbau wird zungenförmig von den Wohngebieten im Osten und Süden und dem geplanten Wohngebiet nördlich der Autobahn bis an das Zentrum der Universität herangeführt, „ohne die Entwicklungschancen universitärer Einrichtungen einzuschränken. Im Sinne der Gebäudeverflechtung sollen in diesen Zonen Wohnbauten neben universitär genutzten Bauten stehen. Läden, nicht störendes Gewerbe, Kindergärten oder auch Anlagen für Freizeitbeschäftigung werden direkt im Zentrum der Universität mit der Mensa verbunden, die auch als allgemeine Gaststätte dienen soll. In diesem Gebiet gesteigerter Attraktivität wird die Zone der Begegnung, der Interaktionen und der Handlungsüberlagerung entstehen.“

Über der erhöhten Fußgängerebene („Boulevard“) sind im Mittel neun Wohngeschosse angeordnet. Sie folgen damit einer Typologie, die Anfang der 1970er Jahre bei Projekten in vielen Städten Anwendung fand. In Bremen wurde in Osterholz-Tenever ein Demonstrativ-Bauvorhaben mit 2.500 Wohneinheiten am östlichen Stadtrand nach einem solchen Konzept realisiert. In München entstand das „Olympische Dorf“.

Allerdings wurde nichts aus dieser Verflechtungsvision für die Universität. Im ganzen Land schrumpfte die Wohnungsnachfrage, und der Wohnungsbau in Form von Hochhausscheiben geriet in die Kritik. Der „Plan D“ blieb ohne praktische Folgen.

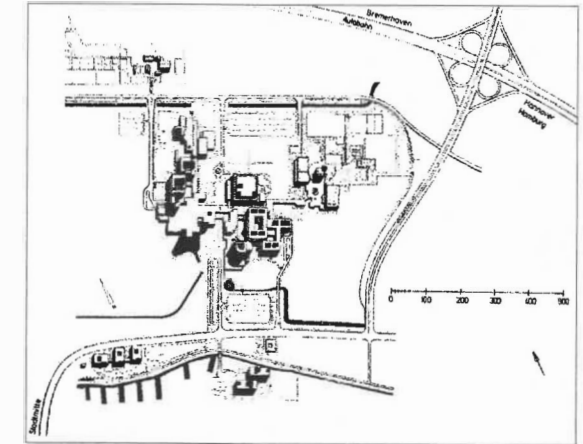


Abb. 9: Der Übersichtsplan zeigt die bis 1974 realisierten Gebäude und Erschließungsanlagen: Enorme Verdichtung im Zentralbereich und große Erweiterungsflächen.

Man fragt sich heute, was zu der vehementen Suche nach urbaner Verflechtung führte. Die Sorge allein, die Universität könne im „Elfenbeinturm“ stecken bleiben, kann es nicht gewesen sein. Die Überlegung, dass die Orientierung einer kritischen Wissenschaft an den Anforderungen der Gesellschaft eine Verflechtung und enge Nachbarschaft mit den anderen Nutzungen der Stadt voraussetzt oder zumindest durch sie gefördert wird, klingt aus heutiger Sicht recht mechanisch oder naiv. Wirksamer erscheint in der Rückschau auf jene Jahre die Faszination eines utopischen Gegenbildes, das sich unterscheidet von der beklagten funktionalistischen Auflösung der Städte. Auch hier erscheinen heute die Universitätsplanungen als städtebauliches Labor, um stellvertretend Urbanität zu realisieren, die andernorts nicht gelingen konnte.

Bis zur Aufnahme des Studienbetriebs 1971 wurde der Zentralbereich der Universität realisiert. Dabei kamen die zuvor von den Planern und Gutachtern formulierten und vom Gründungssenat übernommenen anspruchsvollen Verflechtungsziele nicht zum Zuge. Für die Aufgabe, eine große Universität in einem Zuge und in kurzer Zeit zu errichten, war nicht die Logik des Städtebaus mit nutzungsneutralen Feldern, sondern die Logik des speziellen (Universitäts-) Bausystems frühzeitig festgelegt worden. Gänzlich andere Nutzungen, Investoren und Gebäudetypologien waren darin ohne Verluste für einen effizienten Lehr- und Forschungsbetrieb und ohne erheblichen Planungsaufwand nicht unterzubringen. Als es praktisch wurde, lehnte die Universität die enge Verflechtung ab. Realisiert wurden (mit großem Gewinn für den Alltag in der Universität) Läden, Kneipen, ein Kindergarten auf dem Boulevard sowie ein Studentenheim am westlichen Ende.

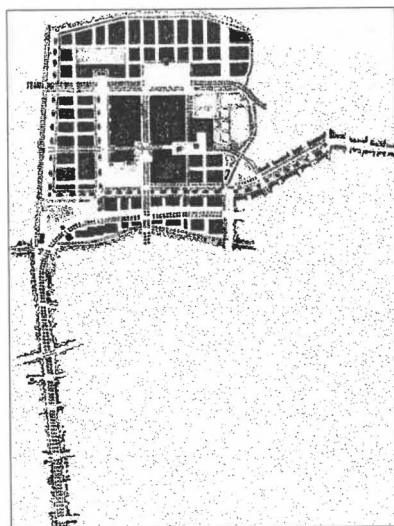


Abb. 10: Büro Böhm: Universitäts- und Technologiestadt Bremen, 1987.

4. Zurück zum klassischen Stadtgrundriss – Betriebsansiedlungen im Technologiepark

Ende der 1980er Jahre entwickelte sich die Universität in neuen Bahnen weiter. Während bisher die Geistes- und Sozialwissenschaften im Vordergrund standen, wurden nun die Natur- und Technikwissenschaften stärker ausgebaut. Dabei setzte die Universität vorrangig auf den Ausbau jener wissenschaftlichen Sparten, die für die Stärkung der bremischen Wirtschaft von Bedeutung waren. Mit der Idee eines „technologieorientierten Verdichtungsraums“ im Umfeld der Universität wurde angeknüpft an erfolgreiche regionalwirtschaftliche Strategien andernorts. Der Technologiepark bot ein Grundstücksangebot für Firmen, die von der Nähe der Universität und den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft profitieren wollten.

Ehemals für die Universität vorgesehene Flächen von ca. 30 ha wurden für die Ansiedlung von Unternehmen bestimmt, während ca. 35 ha für die Erweiterung der Universität und Institute der Drittmittelforschung verblieben. Dieser „historische Kompromiss“ verbindet das Interesse der Universität an ausreichenden Erweiterungsmöglichkeiten mit dem Interesse an einer städtebaulichen Einbindung: vier geschlossene Gewerbequartiere sind kleeblattartig um die Universität gruppiert, während die Entwicklungslinien der Universität in den Richtungen Nord-Süd und Ost-West streifenförmig frei bleiben.

Mit der Planung für den Technologiepark wurde ein neues Kapitel der Universitätsentwicklung aufgeschlagen. Damit konnten zum ersten Mal in größerem Umfang nichtuniversitäre Nutzungen am Standort der Universität integriert werden. Ein Stück weit konnte so die städtebauliche Isolation aufgehoben werden.

4.1. Böhm – Plan

Auf dieser Basis wurde 1987 im Büro Professor Böhm in Köln zunächst ein Massenmodell und dann ein Rahmenplan erarbeitet. Dabei wurde die räumliche Qualität in den Vordergrund gestellt. Ergebnis war weniger ein klassischer Plan mit Aussagen zu Nutzungen, Gebäudetypologie und Erschließung, sondern eine bildhafte Vision. Die Darstellung erinnert teilweise an repräsentative Fabrikgebäude aus der Frühzeit der Industrialisierung und teilweise an Wohnquartiere der Gründerzeit. Vorgeschlagen wird

- die Trennung des Verkehrs in zwei Ebenen nicht fortzusetzen, sondern Gebäude ebenerdig an Straßen zu errichten,
- die rasterförmige Ergänzung des kammartigen Straßennetzes,
- blockartig geschlossene Bebauung mit bis zu vier Geschossen,
- an klassischen Vorbildern orientierte Straßen und Plätze,
- klare Raumkanten zur offenen Landschaft,
- bauliche Ergänzung des Zentralbereiches der Universität, um das in Verruf geratene Erscheinungsbild (Sichtbeton) abzudecken oder zu korrigieren,
- Gestaltungsregeln, die die Geschlossenheit der Blockstruktur auch bei Abweichung im Detail unterstreichen.

Die Festlegung auf den Backstein als bestimmendes Fassadenmaterial bezog sich auf lokale Traditionen und hatte ihr Vorbild in den Stadterweiterungen in Hamburg und Altona in den 1920er und 1930er Jahren, als es gelang, individuelle Architekturen durch das gemeinsame Material Backstein zu einem geschlossenen Bild zu verbinden. Diese Regelung reagierte auf die beklagte Materialvielfalt in vielen Gewerbegebieten und kam zugleich dem Interesse vieler Bauherren an einer wertbeständigen und repräsentativen Fassade entgegen. Sie steht zudem im Einklang mit den in den 1980er Jahren aktuellen regionalistischen Strömungen in der Architektur. Bei der Planung stellten sich die Fragen:

- Welchen Ausdruck in Architektur und Städtebau können neue Produktionstechniken finden, die durch Informationsaustausch in Datennetzen geprägt sind?
- Wie kann zwischen städtebaulicher Struktur und den Gebäudetypologien vermittelt werden, wenn die künftigen Nutzer und ihre Gebäude weitgehend unbekannt sind?

Böhm und die Planer in Bremen entscheiden sich für den Versuch, die Aufgabe mittels einer regelmäßigen, erweiterbaren Straßen- und Blockstruktur in den Griff zu bekommen, die offen ist für unterschiedliche Typologien. Das in der Planung enthaltene Ziel, weitgehend geschlossene Straßenräume und damit den Eindruck urbaner Dichte zu schaffen, wird mehr und mehr erreicht. Durch die klare räumliche Organisation und gestalterische Koordination gelingt es, auch Gebäude mit mittelmäßiger Qualität einzubinden. Dies erscheint angesichts der gestalterischen Aufregtheit und Materialvielfalt in den meisten Gewerbegebieten als Erfolg.

Die Grundstücke sind inzwischen weitgehend vergeben oder reserviert. Die städtebauliche Isolation der Universität wurde gemindert. Die Verbindungen zu den angrenzenden Stadtteilen fehlen jedoch weiterhin. Der Technologiepark gilt als Bürostandort mit sehr guter Adresse. Die Universität begrüßt die Entwicklung, auch wegen der vielfältigen Kooperationen mit den Firmen. Was im Hinblick auf den Wohnungsbau nicht gelang, konnte mit dem Technologiepark zum Teil realisiert werden: die Integration städtischer Nutzungen in den Universitätsbereich.

5. Die Neue Universität und die Stadt von morgen

Stadtplanung für die Universität Bremen – das sind bisher 30 Jahre mit wechselnden Leitbildern, welche die jeweils aktuelle Diskussion in Architektur und Städtebau spiegeln. Das Ergebnis ist, anders als z.B. bei den Universitäten in Bochum oder Regensburg, eher heterogen und lückenhaft. Die Lücken indes könnten sich als Potenzial für Anpassungen in der Zukunft erweisen.

Die Aufgabe, die sich Ende der 1960er Jahre den jungen Universitätsstädten stellte, nämlich Universitäten von der Größe eines ganzen Stadtteils in einem Zuge zu planen, war in der Geschichte ohne Vorbild. Sie setzte die Phantasie der Pragmatiker und der Visionäre in Gang. Die Pragmatiker sahen vor allem die Herausforderung der organisatorischen und technischen Fragen. Planung und Neubau einer ganzen Universität in wenigen Jahren schien nur denkbar durch rationalisierte Bauproduktion. Typisierung und Vorfertigung konnten so in einem bis dahin weitgehend unbekannten Maßstab eingesetzt werden. Sie bestimmen das städtebauliche Muster und die Gestaltung in der Mitte des Bremer Universitätsareals bis heute.

Die Visionäre sahen in der Neuen Universität zugleich ein Modell der Neuen Stadt. Die Planungen für die Universität Bremen begannen in einer Zeit, als die Leitbilder für die Stadt, die für die Nachkriegsmoderne verbindlich waren, in Zweifel gerieten. Angesichts des Mangels an Urbanität in neuen Stadtteilen wurden Aspekte wie Baudichte und Nutzungsmischung neu bewertet. Es entstanden neue Leitbilder und beispielgebende Projekte. Die Folge der städtebaulichen Konzepte für die Bremer Universität, die hier nachgezeichnet wurde – von der Campus-Idee zur Einbindung in die Stadt mit unterschiedlichen Ansätzen – spiegelt die städtebaulichen Diskussionen der Jahre seit 1967, als die Entwicklung mit dem städtebaulichen Wettbewerb begann. Die Universität zeigt sich dabei – über die ihr eigene Entwicklungslogik hinaus – immer wieder auch als Experimentierfeld bei der Suche nach der Stadt von morgen.

DIPL.-ING. ROBERT LEMMEN, Waterloostraße 62, 28201 Bremen.

Hans-Joachim Aminde

Rückkehr in den Stadtraum und Erweiterung: Die Technische Universität Dresden nach der Wende

1. Lage und Entwicklung

Die ehemals Königliche Technische Hochschule besteht seit 1890. Ihren heutigen Standort südlich der Innenstadt erhielt sie im Jahre 1900 am Stadtgut Räcknitz, mit Neubauten, die seinerzeit die modernsten waren: technische Institute mit Maschinenbau-Laboratorien, elektrotechnischen und mechanischen Versuchshallen. Diese bildeten eine einfache Ordnung freistehender Gebäude entlang von Straßen und waren um baumbestandene Höfe gruppiert. Eine umfassendere städtebauliche Konzeption entstand erst 1913 durch den Architekten Martin Dülfer. Er entwickelte einen Hochschul-Lageplan im Kontext der Südstadt mit ihren Schmuckplätzen. Die dominierende Baugruppe darin ist die für Bauingenieure am heutigen Fritz-Förster-Platz. Dieser Lageplan konnte wegen des Ersten Weltkriegs nur zum Teil realisiert werden. Das Bauingenieur-Gebäude mit seiner geodätischen Kuppel ist jedoch bis heute das weithin sichtbare Wahrzeichen der Technischen Universität Dresden (TUD). Im Jahre 1924 baute Martin Dülfer den noblen und raumprägenden Förster-Bau an der Mommsenstraße im Kerngebiet der TUD, seinerzeit ein großes chemisches Institut, nach seiner Sanierung in Zukunft für die Architekturausbildung vorgesehen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kamen viele Einzelbauten im Hochschulgebiet hinzu, gruppiert inmitten bürgerlicher Wohnviertel.

Die Bombennacht vom Februar 1945 hinterließ bekanntlich im Stadtgebiet Dresden unglaubliche Schäden. Erheblich getroffen wurde auch die TUD. In der Zwischenzone hin zum Hauptbahnhof waren weite Teile der Südstadt Dresdens dem Erdboden gleich, nur Villen in unmittelbarer Hochschulumgebung blieben erhalten. Die beschädigten Bauten der TU wurden nach und nach wieder aufgebaut. Seit 1948 sahen großzügige Ausbauplanungen einen vergrößerten Hochschulstadtteil vor. Dazu wurde das Kerngebiet der TU nach Osten hin für Neubauten der Mathematik und Physik erweitert. Am Weberplatz, noch weiter östlich, entstand eine Pädagogische Hochschule, Bauten der Elektrotechnik an der Helmholtzstraße und schließlich durch den Architekten Walter Henn der Friedrich-List-Bau für das Verkehrswesen am Nordrand des Kerngebietes. Die drei- bis fünfgeschossigen Gebäude der 50er Jahre wurden als einfache Zeilen errichtet, dabei die Stadtbausteine der Moderne wie selbstverständlich variierend. Erst in den 60er Jahren wurden die zerstörten Quartiere entlang der Hochschulstraße bis zum Hauptbahnhof wieder aufgebaut, jedoch gänzlich anders: als 17-geschossige Hochhaustürme zum Wohnen für Studierende. Unmittel-

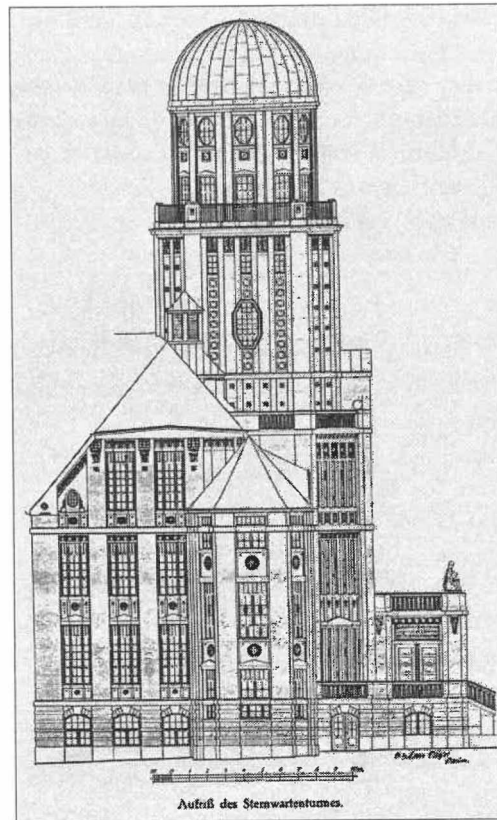


Abb. 1: Die geodätische Kuppel des Beyerbaus am Försterplatz ist heute das Wahrzeichen der TUD in der Südstadt; Zeichnung des Architekten Martin Dülfer, 1912.

bar am Hauptbahnhof, dort, wo 1890 die ersten Bauten der TU entstanden waren, wurde ein historisierender Stadtpalast für die neue verkehrswissenschaftliche Hochschule errichtet. Bis in die 80er Jahre hinein gelang es leider nicht, die tradierten Stadträume von Dresden-Süd wieder aufzubauen, man wollte es wohl auch nicht.

Es prägte die Entwicklung des Hochschulstadtteils nach dem Kriege, dass sich die Technische Universität sowohl mit den Neubauten wie mit den vielen Provisorien weitgehend aus dem Stadtraum und von den ehemaligen Baulinien entlang der bestehenden Straßen zurückgezogen hatte. Ab 1978 empfahl der so genannte Brennerplan für die TUD freistehende Großbauten mit gestaffelten oder gereihten Gebäudescheiben und vernetzten Baugruppen. In dieser Zeit war die Erweiterung der TUD auf vermeintlich funktionsoptimale, gebäudeinnere Wegenetze hin ausgerichtet. Vernachlässigt wurden die bestehenden Straßenraumprofile, wie dies, wohl unter dem Einfluss der „Campus-Idee“, an vielen Hochschulorten in Europa so geplant wurde. Glücklicherweise waren jedoch in Dresden die städtebaulichen Konzepte den Investitionsmöglichkeiten weit voraus. Die geplanten Hochhausreihen entstanden

nicht mehr, und die baulichen Provisorien, zum Teil Baracken, konnten nach der Wende zugunsten neuer Entwicklungskonzepte aufgegeben werden.

Heute zieht sich das Hochschulgelände vom Hauptbahnhof und der Innenstadt auf sanft geneigten Terrassen bis zu den Räcknitzer Höhen im Süden des Stadtrandes. Ungewöhnliche Lagevorteile heben die Dresdener Hochschule über viele andere hinaus. Es sind dies zum einen die nahe Lage zur Innenstadt, zum anderen die freundliche Umgebung eines Villenstadtteils mit vielen alten Bäumen und Alleen und schließlich eine Gehentfernung von nur 15 Minuten bis zum Hauptbahnhof – und mit der Straßenbahn entsprechend kürzer.

2. Strukturelle Rahmenbedingungen und neue Schwerpunkte nach 1989

Im letzten Jahr der DDR betrug die Zahl der Studierenden ca. 14.000. Kernziel der neuen Landesregierung nach der Wende 1989 war der Ausbau der Technischen Universität zu einer „Voll-Universität“ mit geisteswissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen und eine entsprechende Erhöhung der Studentenzahl. Dafür wurde zu den bestehenden technischen Fakultäten eine wirtschaftswissenschaftliche und eine juristische Fakultät neu gegründet, die Friedrich List-Hochschule für das Verkehrswesen eingegliedert und die PH zur neuen erziehungswissenschaftlichen Fakultät umgewandelt. Schließlich wurde eine bis dahin selbstständige medizinische Akademie als medizinische Fakultät in der TUD fortgeführt.

Eine damalige HIS-Prognose erwartete 19.500 flächenbezogene Studienplätze für das Jahr 2005. Tatsächlich hat sich die Zahl der Studierenden mit dem Wintersemester 2002/03 bereits auf 30.466 erhöht. Trotz dieses dramatischen Anstiegs wird infolge Geburtenrückgang langfristig von einer eher geringeren Zunahme ausgegangen. Dennoch: Nach den Zielvorstellungen des Kultusministeriums soll in Dresden die Studienplatzzahl in den Geisteswissenschaften etwa der in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern entsprechen; anders als etwa an den Universitäten Stuttgart und Karlsruhe, in denen die Geisteswissenschaften gegenüber der „Technik“ im Gewicht ihrer Studentenzahlen eher nachgeordnet erscheinen. Hier in Dresden ist eine moderne „*universitas litterarum*“ als „neue (Voll-)Universität“ mit allen Studienrichtungen von den Geisteswissenschaften über die technischen, juristischen bis hin zu den medizinischen Wissenschaften inzwischen Realität.

Von vornherein war klar, dass der beschlossene Ausbau zur Universität und die damit verbundene Erhöhung der Studentenzahlen eine erhebliche bauliche Erweiterung erfordern würde. Die frühen HIS-Prognosen ermittelten einen langfristigen Ausbaubedarf für den gesamten TUD-Bereich von insgesamt 336.000 qm HNF (bei bestehenden Flächen von 210.000 qm); das entspricht einem Neubaubedarf von 125.000 qm HNF = ca. 24.500 flächenbezogenen Studienplätzen. Geplant war ein stufenweiser Ausbau der Lehr- und Forschungsflächen. Für Bauinvestitionen wurden im Mittel jährlich ca. 25 Mio. Euro bereitgestellt, nicht nur für Bestandserhalt

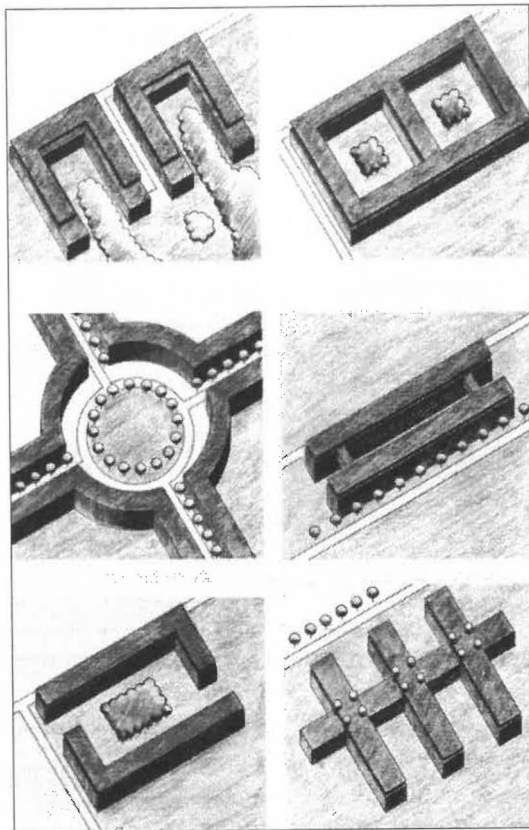


Abb. 3: Verwendete Stadtbausteine für eine Hochschulbebauung im Masterplan; Architekten: Aminde + Partner.

Chemie haben hier ihren Standort. Hinzu kommen die Wirtschaftswissenschaften. Naturwissenschaftliche Einrichtungen wie Mathematik, Physik, Biologie, Wasserwesen sowie Rechenzentrum bleiben im TU-Ostgebiet am Zelleschen Weg mit ausreichenden Neubauflächen. Das südlich an das Kerngebiet anschließende große Hochschulgrundstück ist als „Südcampus“ zum Erweiterungsgebiet für Forschungsinstitute an der Universität ausgewiesen. Hier darf nur dreigeschossig gebaut werden, und es müssen nach unserem Masterplan breite Frischluftschneisen hangabwärts offen bleiben. Schon heute befinden sich dort die Hochschul-Sportanlagen mit Möglichkeiten zu ihrer Erweiterung und neue Max-Planck-Institute.

- *Hohes Versorgungsniveau mit Wohnungen für Studierende.* Nach einer Untersuchung der studentischen Wohneinrichtungen im gesamten Dresdener Stadtraum untermauert der Masterplan mit Vorschlägen für Ergänzungsbauten die Absicht des Studentenwerks, dass – anders als in den alten Bundesländern – auch in Zukunft etwa die Hälfte der Studierenden in Wohnheimen wohnen kann. Dies hat

seine Wurzeln in der einstigen, für die DDR typischen „Vollversorgung“, in der Studierende in Dreibettzimmern mehr einen „Schlafplatz“ als einen Wohnraum mit Arbeitsplatz erhielten. Heute sind es überwiegend Ein- und Zweibettzimmer in vielen Hochhäusern und Zeilen.

- *Rückkehr zum Dresdner Stadtraum:* Die TU Dresden hat mit ihren Lehr- und Forschungsgebäuden im Kerngebiet bis in die 50er Jahre jede falsche Monumentalität vermieden. Ihre eher unaufdringliche Putz- und Ziegelmodernität setzte auf eine freundliche Erscheinung im Fußgängermaßstab, deren Qualität und Brauchbarkeit bis heute überzeugt. Auch im Kerngebiet könnten noch Neubaulprojekte entstehen und trotzdem gleichzeitig die alten Bäume erhalten bleiben. Die TUD hat dort die große Chance anzuknüpfen, wo ihre städtebaulichen Konzepte fruchtbar gegründet waren, d.h. an perspektivische vier- bis fünfgeschossige Baulinien entlang bestehender Straßen. Dagegen ist aus heutiger Sicht vor allem am Rand des Hochschulstadtteils der immense Verlust perspektivisch wirkender Stadträume zu beklagen. Entsprechend verfolgt der Masterplan als Kernidee, dass die Hochschule in den Stadtraum der Dresdener Südstadt mit neuen Baulinien entlang wichtiger Straßen zurückkehrt. Verloren gegangene Plätze müssen neu konturiert werden.
- *Neuordnung durch Kombination unterschiedlicher Stadtbausteine:* Die Elemente des Masterplans zur Neuordnung bestehen aus verschiedenen Stadtbausteinen, die wir entsprechend den funktionalen Anforderungen der Hochschule gewählt und den jeweiligen lokalen Vorgaben zu einer „gemischten“ Stadtbaukonzeption gefügt haben: Straßenrandbebauung, netzartige Bebauung, Platzkonturen, hofartige Bauten, kammartige Bebauung für naturwissenschaftliche Forschungsbauten, Doppelspangen usw. Sie sind im Städtebau auch für ganz andere Aufgaben üblich.
- *Platz als zentraler Hochschuleingang:* Der Fritz- Förster- Platz, der zentrale Platz des Kerngebiets soll als Kreisplatz wieder entstehen und zum wichtigsten Hochschuleingang mit neuem Hörsaal-Zentrum, Audimax und bestehender Mensa werden. Auch das Rektoramt könnte in seiner Baulinie als neue Platzkante hierher erweitert werden.
- *Vielfältiges Angebot an Grün- und Freiflächen:* Das Hochschulkerngebiet erhält einen inneren Hochschulgarten und Hochschulpark als Angebot für eine Hochschulbevölkerung, als Stadtoase, zum Treff oder zum Ausruhen in den Vorlesungspausen. Wichtige Verknüpfungspunkte zwischen Hochschule und öffentlichem Raum sind angrenzende Stadtteilplätze, die vegetationsräumlich mit jeweils eigener Charakteristik aufzuwerten oder überhaupt wieder herzustellen sind. Wichtige Fuß- und Radwegachsen innerhalb der TU sollen durch große Baumreihen hervorgehoben werden. Die am Fuß der Räcknitzer Höhe gelegenen Erweiterungsflächen der TUD nach Süden sollen umweltverträglich in die Stadtrandzone eingebunden werden. Dort befinden sich viele Kleingärten sowie die

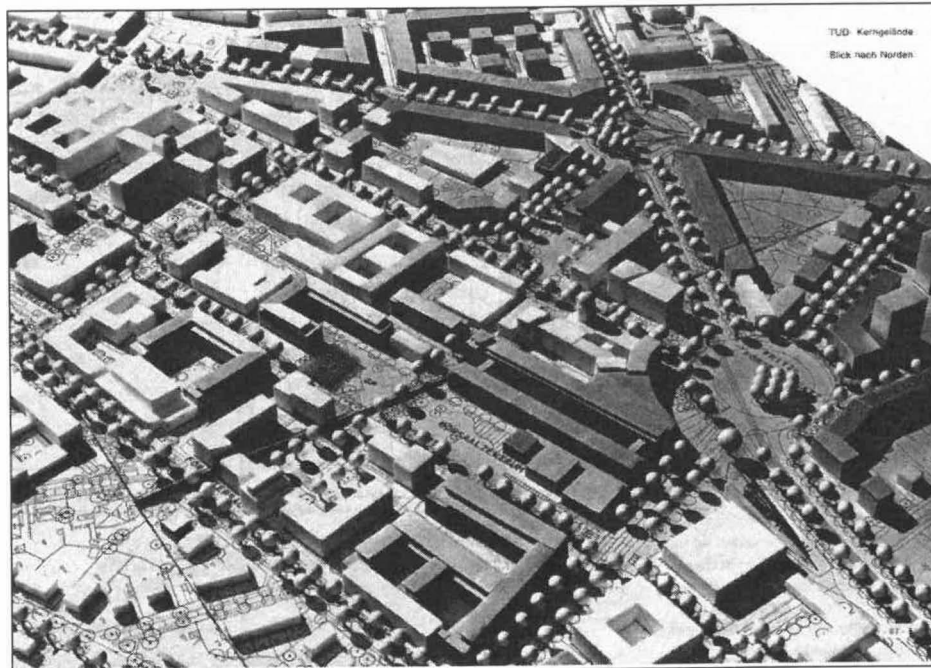


Abb. 4: Modell-Foto zur Neuordnung im TUD-Kerngebiet nach dem Masterplan. Hell = Bestandsbauten; Dunkel = Neubauvorschläge. Die Dichte ist auf eine GFZ von ca. 1.6 erhöht; Architekten: Aminde + Partner.

Brachflächen einer ehemaligen Ziegelei mit einer Lehmgrube. Hier bietet sich die willkommene Möglichkeit, größere zusammenhängende Freiflächen zu entwickeln, die einerseits eine hohe Bedeutung als Frischluftschneise erlangen können, zum anderen den Hochschulangehörigen wie der benachbarten Wohnbevölkerung einen Stadtteil-Park bieten. Die Architekten Burger + Tischer haben inzwischen für das Freiraumkonzept detaillierte Pflanz- und Belagspläne vorgelegt, die schrittweise realisiert werden.

- *Universität der kurzen Wege:* Die gesamte TUD soll auch im größerem räumlichen Zusammenhang ein Stadtteil für Fußgänger und Radfahrer werden. Im Innern werden Hochschulquartiere fahrverkehrsfrei und erhalten nur Geh-/Radwege, deren bedeutendster eine Ost-West Verbindungsachse ist. Insgesamt sind im Masterplan alle Lehr- und Forschungseinrichtungen in maximal 20 Minuten Gehentfernung untereinander erreichbar. Aufgrund von Standortuntersuchungen und Testentwürfen wurde die große Bibliothek, zusammengesetzt aus Sächsischer Landesbibliothek und TU-Bibliothek und an einen Standort im Ostgebiet platziert, der von allen Hochschuleinrichtungen höchstens zwölf Minuten Gehminuten entfernt ist.

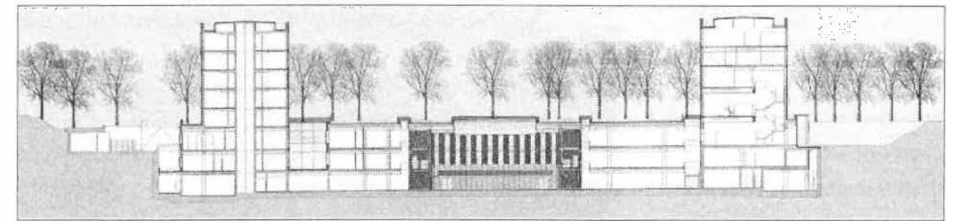


Abb. 5: Schnitt durch die Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden mit Lesesaal und Magazinen im UG. Ein schöner Baumbestand sollte erhalten bleiben; Architekten: Ortner & Ortner Baukunst.

- *Gute Erreichbarkeit im Öffentlichen Nahverkehr:* Die TU Dresden ist derzeit sowohl mit dem öffentlichen Personennahverkehr als auch mit dem Individualverkehr günstig erreichbar. Bus und Straßenbahn bieten Anschluss an die Stadt und gewährleisten eine kurze Fahrzeit zum Hauptbahnhof mit Übergang in S-Bahn, Vorortbahn und Fernbahn. Im Einzugsbereich der Straßenbahn-Haltestellen wird die Hochschulnutzung räumlich verdichtet, um ein Nachfragepotenzial für den öffentlichen Nahverkehr zu konzentrieren. Hätte man den in der HIS-Prognose genannten ca. 20.000 Studienplätzen wie üblich einen Stellplatzschlüssel von 1 Pkw je 4 Studienplätzen zugrunde gelegt, wären 5.000 Pkw baurechtlich nachzuweisen. Damit wären hohe Kosten und große Bauflächen verbunden gewesen; der überwiegende Teil der Stellplätze müsste in Tiefgaragen entstehen. Der Masterplan empfiehlt in Anlehnung an die Dresdener Stellplatzsatzung der Innenstadt mit 1:10 eine niedrigere Stellplatzzahl. Damit soll der ÖPNV gestärkt werden. Die vorgeschlagenen 2.000 neuen Stellplätze sollen sich am Rand des Hochschulstadtteils verteilen, wobei Stellplätze an öffentlichen Straßen mitgerechnet sind.

4. Realisierungen und weitere Schritte

Der Masterplan bildet seit 1995 eine Grundlage für die bauliche Entwicklung der TUD. Im Hochschulkerngebiet sind inzwischen öffentliche Architekten-Wettbewerbe entschieden und erste Ergebnisse realisiert: das Hörsaal-Zentrum und die chemischen Institute sowie Neubauten für die juristische Fakultät. Im kleineren Süd-Campus wurden zwei Max-Planck-Institute neu errichtet: MPI für die „Physik komplexer Systeme“ und die „Physikalische Chemie fester Stoffe“. Im Osten sind Neubauten für Naturwissenschaftliche Institute in Vorbereitung, z.B. für die Biologie und das Wasserwesen. Die dringend benötigte Brücke für Fußgänger und Radfahrer über die stark belastete Bergstraße auf Höhe der Mensa in Richtung Hörsaalzentrum ist als wichtiger Teil des Ost-West-Querwegs endlich in der Realisierung. Damit wird die zunehmende Zerschneidung des TU-Geländes durch wachsenden städtischen Durchgangsverkehr deutlich gemildert.

Wichtigster Neubau, im östlichen Teilgebiet gelegen, ist die kooperierende Landes- und Universitätsbibliothek, die in zwei prägnanten Baukörpern am Zelleschen Weg mit einem gemeinsamen Bücherspeicher und mit Leseflächen im Untergeschoss alle Funktionsbereiche einer Großbibliothek versammelt. Sie wurde durch die Architekten Ortner & Ortner nach einem Realisierungs-Wettbewerb gebaut. Zusammen mit sechs zugeordneten Zweig-Bibliotheken und einem Fachsprachen-Zentrum ist hier eine in der deutschen Hochschullandschaft einzigartige Konzentration ab-rufbaren Wissens entstanden.

5. Resümee

Ein städtebaulicher Masterplan für die Hochschulentwicklung ist keine Selbstverständlichkeit und in der Planungsgeschichte der Hochschulentwicklung in den neuen Ländern schon gar nicht, weil oft nur dringendste Umbauten und Erweiterungen möglich sind. In Dresden hatte man den Mut zu einer „Universität neuen Typs“ und zu einer stadträumlichen Langfrist-Konzeption. Der Masterplan wird jetzt vom Staatshochbauamt Dresden II gemeinsam mit dem Planungsdezernat der Technischen Universität fortgeschrieben. Erstaunlich sind die großen Baufortschritte in wenigen Jahren seit seiner Fertigstellung und die Verdoppelung der Studentenzahlen in der gleichen Zeit. Inzwischen sind die großen Neubauten der TUD, gefördert mit Mitteln auch aus den „alten Bundesländern“, wieder tragende Bausteine für den Stadtraum in Dresden-Süd.

Literatur: H.J. Aminde / A. Loweg, Städtebauliche Entwicklung für Studentenwohnheime in Dresden, Projektbericht im Auftrage des Studentenwerks Dresden, Stuttgart 1995; M. Dülfer, Der Neubau der Königlich-Sächsischen Technischen Hochschule in Dresden, in: Zirkelmonographien, Bd. 1, Berlin 1914; *Geschichte der Technischen Universität Dresden 1928-1988*, Berlin 1988; *HIS-Hochschulinformationssystem GmbH*, Nutzungskonzept Technische Universität Dresden, Hannover 1992; *dies.*, Belegungskonzeption und bauliche Entwicklung, Technische Universität Dresden, Teil II, Hannover 1995; H. Linde (Hrsg.), Hochschulplanung, 4 Bde., Düsseldorf 1970; R. Rothe, Die bauliche Entwicklung der Technischen Universität Dresden, in: Zentralinstitut für Hochschulbildung, Abt. Hoch- und Fachschulbau Dresden (Hrsg.), Hochschulbauplanung in der DDR. Geschichte, gegenwärtige Situation, Entwicklungstendenzen, Forschungsarbeit, Dresden 1984; *Sächsische Landes- und Universitätsbibliothek in Dresden*, in: Baumeister 9/2002, S. 38-47; *Städtebauliches Entwicklungskonzept für die Technische Universität Dresden*, Arbeitsbericht von H.J. Aminde (Stuttgart), C. Bott (Korntal), Bender + Stahl (Ludwigsburg), H. Billinger (Stuttgart), hrsg. vom Staatshochbauamt Dresden II, vertreten durch D. Janosch, Dresden, 1994.

PROF. DR. HANS JOACHIM AMINDE, Aminde + Partner, Olgastraße 19, 70182 Stuttgart.

Harald Bodenschatz

TU Berlin – Aschenputtel in der Innenstadt?

Die deutschen Universitäten stehen vor einer neuen Herausforderung: Sie müssen sich einem nationalen und internationalen Wettbewerb stellen. Das gilt vor allem für die drei großen Universitäten der finanzschwachen Hauptstadt Berlin. Auch meine Hochschule, die Technische Universität Berlin, wird sich neu positionieren müssen; und zwar nicht nur hinsichtlich ihres Kernauftrags – der Forschung und der Lehre, sondern auch, das wird oft übersehen, hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Stadt. Jede Universität wird sich in Zukunft auch dadurch behaupten müssen, dass sie sich gestalterisch erneuert und gleichzeitig zur Stadt hin weiter öffnet. Die Chance, ihr Verhältnis zur Stadt zu bestimmen, eröffnet sich einer Universität nur selten. Die Technische Universität Berlin erhält jetzt, so meine These, ihre dritte Chance.

1. Erste Chance: Gründung zu Beginn der Kaiserzeit

Mit der Wahl des Standorts der neuen Technischen Hochschule im Jahre 1876 ist das Verhältnis der neuen wissenschaftlichen Institution zur Stadt Berlin begründet worden. Insgesamt waren zwölf verschiedene Standorte in der Diskussion, aber die Wahl fiel schließlich auf Charlottenburg, außerhalb der Stadt Berlin. Was war das damals für ein Standort? Das Areal der künftigen Technischen Hochschule war in einem urbanistisch diffusen Raum mit ungewisser Zukunft gelegen, in einem suburbanen Raum des damaligen Berlin, der durch eine Vielzahl von einzelnen, nicht miteinander abgestimmten Standortentscheidungen gekennzeichnet war. Seit den 1830er Jahren waren folgende urbanistische Veränderungen in diesem Raum zu verzeichnen: Im Jahre 1835 eröffnete Ernst March eine Töpferei, die sich bald zu einer Tonwarenfabrik entwickelte; in den 1840er Jahren entstand mit der Anlage des Neuen Sees der Seepark; südlich des Seeparks wurde 1845 die großflächige Reitbahn, das Hippodrom, angelegt; bereits 1844 öffnete der Zoologische Garten seine Tore; 1845-1850 wurde ein alter Graben zum Schifffahrtskanal, dem Landwehrkanal, ausgebaut. 1862 wurde der Hobrechtplan genehmigt, der auch die Bebauung Charlottenburgs regelte.

1865 erreichte mit der ersten Berliner Pferdeeisenbahn der moderne öffentliche Verkehr diese Gegend; im gleichen Jahr wurde die Hardenbergstraße angelegt – durch den Ausbau eines alten Triftwegs. Damit war dieser Teil von Charlottenburg der Bebauung juristisch und materiell erschlossen: Es entstand beispielsweise 1866 die Villa Bleichröder am Knie, dort, wo die neue Hardenbergstraße die historische Achse der Kurfürstenallee traf. Weitere Villen folgten, darunter die Villa March. 1871 wurden die Anlagen der Porzellanmanufaktur auf dem Charlottenburger Standort konzentriert, der erst 1816

begründet worden war. Im Jahre 1873 wurde an der Fasanenstraße mit dem Bau der ersten großen Unterrichtsanstalt, der Artillerie- und Ingenieurschule, begonnen.

Das Gebiet um die künftige Technische Hochschule ist ein Paradebeispiel der zügigen Suburbanisierung des 19. Jahrhunderts im Großraum Berlin – Beispiel für den Patchworkstädtebau dieser Zeit und für die Zersiedelung bereits im 19. Jahrhundert, aber auch für die Ungewissheit der Entwicklung, die sich in der Anlage unterschiedlicher, sich widersprechender Bauten und Nutzungen zeigte: Was war die Zukunft dieses Gebietes? Würde es ein Gewerbegebiet werden, wie die Unternehmungen von Ernst March und der Porzellanmanufaktur verhiessen? Oder ein Villengebiet? Oder eine Freizeitlandschaft, wie es der Zoo, der Tiergarten und das Hippodrom nahe legten? Oder ein vornehmes, bürgerliches Mietshausgebiet? An eine City West war damals nicht einmal im Traum zu denken. Der heutige Breitscheidplatz wurde auf dem Situationsplan von 1877 noch als Platz F geführt.

Wenn wir die Zeitschiene betrachten, so wurde mit dem Hobrechtplan die Grundlage für eine Bauspekulation geschaffen, die in der Gründerzeit 1871-1873 einen Höhepunkt erreichte und nach dem Gründerkrach 1873 in eine langjährige Krise mündete. In diesen Krisen Jahren galt es, öffentliche Baumaßnahmen anzukurbeln, nicht nur, um der Bauwirtschaft das Überleben zu erleichtern, sondern auch, um Ankernutzungen für die weitere Stadtentwicklung zu akquirieren. Nach der Gründerkrise waren die Verwertungsinteressen in dem Charlottenburger Entwicklungsbereich erheblich beeinträchtigt, wie schon Zeitgenossen bemerkten. Im April 1876 übergab der Berlin-Charlottenburger Bauverein dem zuständigen Minister eine Denkschrift, in der das Gelände der Königlichen Baumschule am Hippodrom als Standort der neuen Hochschule vorgeschlagen wurde. Der Bauverein wies zugleich darauf hin, dass er selbst für Lehrer und Studenten genügend Wohnungen in der näheren Umgebung bauen könne. Die Technische Hochschule wurde völlig zu Recht als Motor der Stadtentwicklung betrachtet.

Bei der Standortwahl zugunsten Charlottenburgs bündelten sich offensichtlich verschiedene Interessen. Wichtig war der Wunsch des Interessenblocks im Bauwesen, den Neuen Westen aufzuwerten, aber auch das Interesse der Bildungspolitiker, der Berufsinstitutionen und des wissenschaftlichen Personals, mit der Wahl eines vornehmen Villengebietes das Bild einer im Vergleich zur Universität zweitklassigen Industrieschule abzuschwächen, schließlich der Wunsch des Hofes, die königliche Achse zwischen Stadtschloss und Schloss Charlottenburg durch repräsentative Bauten zu nobilitieren.

Die erfolgreiche Ansiedlung der Technischen Hochschule darf hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Stadtentwicklung nicht unterschätzt werden. Zusammen mit der zeitgleichen Vervollendung der Berliner Stadtbahn und der Anlage des Bahnhofs Zoologischer Garten waren nunmehr die Grundlagen für einen sozial privilegierten neuen Stadtteil gelegt worden, der sich mittelfristig zum Zentrum des Neuen Westens und langfristig zur City West entwickeln sollte. Der Bau der Technischen Hoch-

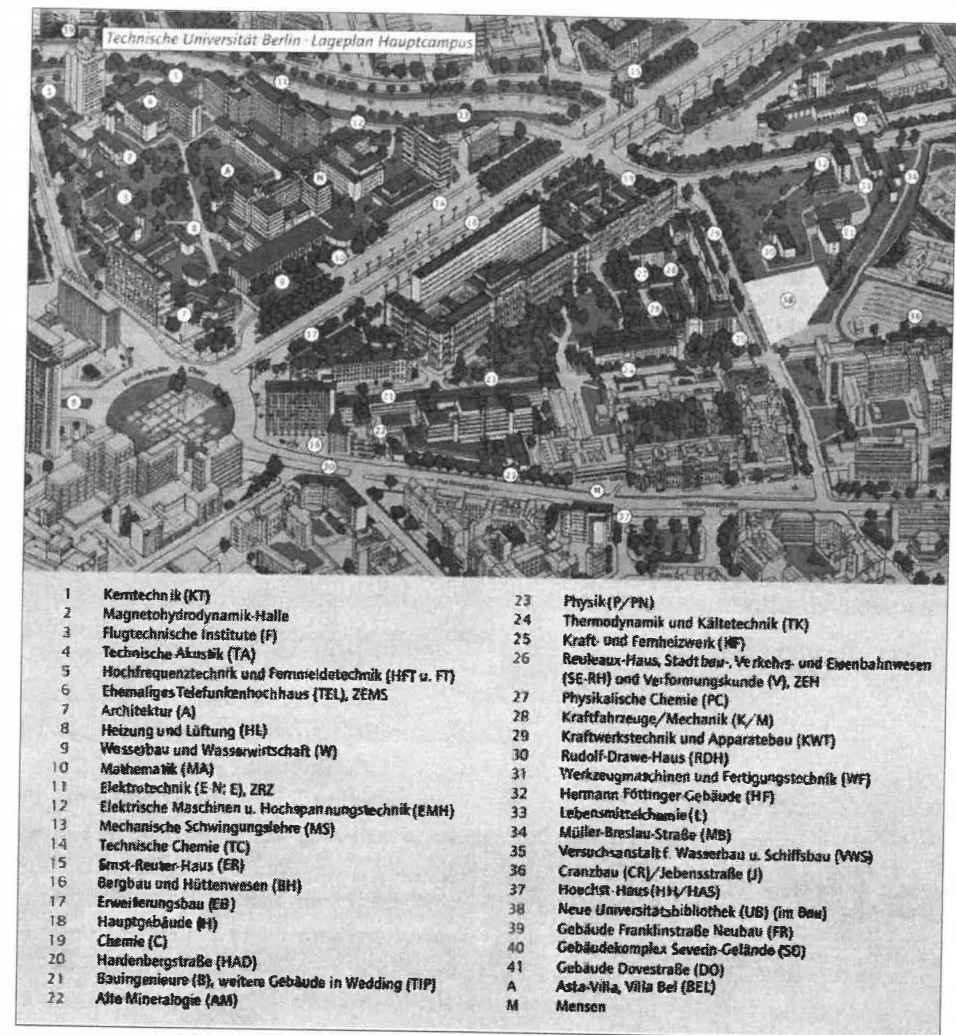


Abb. 1: Aktueller Lageplan des „Hauptcampus“ der TU Berlin mit Stammgelände (Bildmitte) und Nordgelände (oben links); Quelle: TU Berlin.

schule war ein entscheidender Faktor, der die Urbanisierung des suburbanen Raums im östlichen Charlottenburg verstärkte. Der Aufstieg des Neuen Westens war auch der Technischen Hochschule geschuldet.

Kleinräumig war zwischen einer Lage der neuen Hochschule an der historischen Westachse der Berliner Straße oder an der neuen Hardenbergstraße zu entscheiden. Die Wahl des Standortes an der Berliner Straße hatte sicher eine Vielzahl von Grün-

den. Wichtig war die stadtentwicklungspolitische Botschaft. Die neue Technische Hochschule verortete sich nicht nur an der Verbindung zweier Residenzen der Hohenzollern, sie verdeutlichte auch ihren Bezug auf das alte Berlin, auf die Allee Unter den Linden, die faktische Schlossstraße des historischen Berlin. Die Technische Hochschule war auf das historische Zentrum ausgerichtet, nicht auf das Gebiet um den gerade erst neu angelegten Bahnhof Zoologischer Garten, das spätere Hauptzentrum des Neuen Westens.

Das erste Areal der Technischen Hochschule war durch diese kleinräumige Standortwahl eindeutig begrenzt: Es entfaltete sich auf dem Dreieck zwischen der Berliner Straße im Norden, der Kurfürstenallee im Süden und dem beschnittenen Hippodrom im Osten. Neben dem Hauptgebäude befanden sich 1899 auf diesem Gelände noch das Gebäude des Chemischen Laboratoriums, das Kessel- und Maschinenhaus sowie das Gebäude für die technischen Versuchsanstalten. Das übrige Grundstück war in einen Park verwandelt worden. Die Gesamtanlage war auf die Zahl von 2.000 Studenten ausgelegt. Der Park umfasste einige architektonische Spolien, die Ausdruck und Opfer der Stadterneuerung und Stadterweiterung der Kaiserzeit sind: zuallererst eine einsame große Säule, die heute weitgehend unbeachtet im ruhigen Gartenbereich des Stammgeländes vor sich hin bröckelt. Diese Säule stammt vom alten Dom, der durch Schinkel erneuert worden war. Die Schinkelsäule erinnert so nicht nur an die mit dem Namen Schinkel verbundene Frühphase der Technischen Hochschule, an die Bauakademie, sondern auch an die Teilzerstörung der Schinkelschen Stadtlandschaft. Einen engeren Bezug zur Technischen Hochschule stellen die architektonischen Überreste der Borsigschen Eißengießerei und Locomotivanstalt am Oranienburger Tor dar, die hinter wucherndem Grün nahe der Schinkelschen Säule im Garten des Stammgeländes zu finden sind.

Während in den späten 1880er Jahren der Standort der Technischen Hochschule begründet und bis zum Ersten Weltkrieg ausgebaut wurde, kamen in der Zwischenkriegszeit nur wenige Erweiterungen hinzu. Die wichtigste war zweifellos die Expansion des Hochschulgeländes nach Süden, über die Kurfürstenallee hinaus, in einen Bereich, wo bereits seit der Jahrhundertwende die Hochschule für die bildenden Künste sowie die Hochschule für Musik ihren Platz gefunden hatten. Das alte Physikgebäude markiert diese Erweiterung eindrucksvoll. Den entscheidenden Schritt in Richtung Hardenbergstraße stellte dann 1935/36 das „Studentenhaus“ dar, das zusammen mit dem „Brandenburger Tor“ angelegt wurde. Dieses Tor verdoppelte die Orientierung der Technischen Hochschule: Bezug war nicht mehr nur das historische Zentrum, sondern nunmehr auch das aufstrebende Zentrum des Neuen Westens. Damit war die Konsequenz aus den Folgen des städtischen Wachstums und der Schwerpunktverlagerung der Gesamtstadt in Richtung Westen gezogen. Die Technische Hochschule hatte sich neu positioniert, sie war nunmehr funktional und symbolisch doppelt in der Stadt verankert.

2. Zweite Chance: Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Verhältnisse in der gesamten Stadt unklar. Was würde aus Berlin werden? Niemand konnte in den ersten Jahren nach Kriegsende auf diese Frage eine klare Antwort geben. Auch für die Technische Hochschule war die Zukunft ungewiss. In dieser Zeit der Unsicherheit gewann zunächst ein Gebäude eine historische Schlüsselbedeutung, das gerade erst den Anschluss an das Zentrum des Neuen Westens hergestellt hatte: das „Studentenhaus“. Dieses Gebäude bot 1946 Raum für die Neugründung der Technischen Hochschule als Technische Universität und symbolisiert diesen Akt.

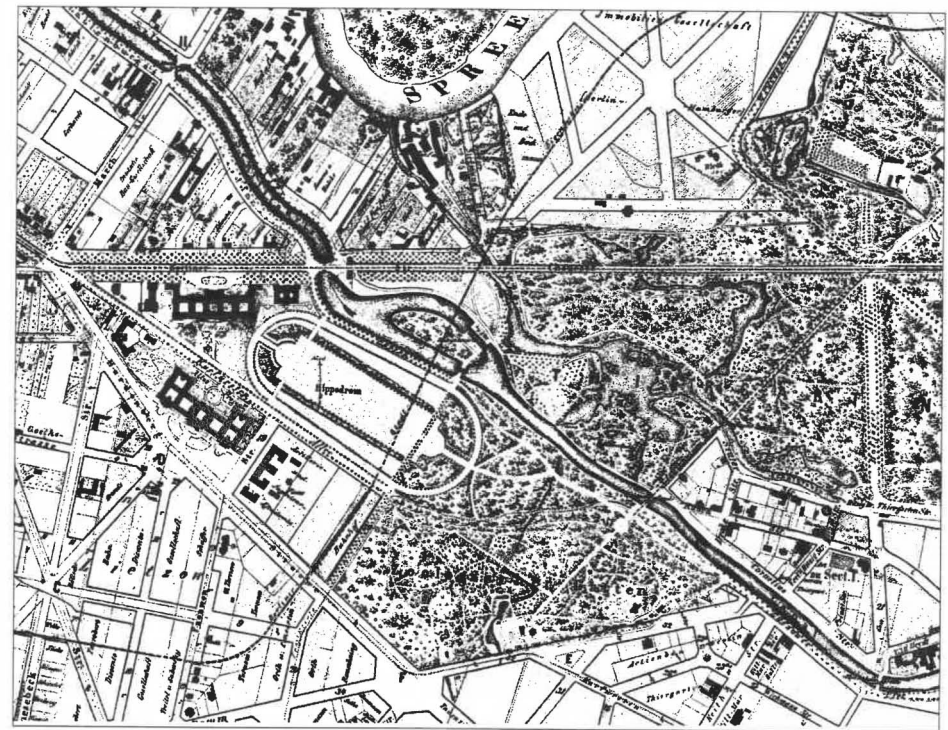


Abb. 2: Allgemeiner Situationsplan des Umfeldes der künftigen Technischen Hochschule zu Berlin, 1877. Für die Technische Hochschule selbst sind zwei alternative Standorte dargestellt; Quelle: *Plansammlung der TU Berlin*.

In den 1950er Jahren wurde das Zentrum des Neuen Westens zur symbolischen City West ausgebaut. Städtebaulich bedeutete dies die moderne Neugestaltung des Platzes um die Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, aber auch die Neugestaltung eines repräsentativen modernen Hauptstraßenraums zwischen diesem neu-

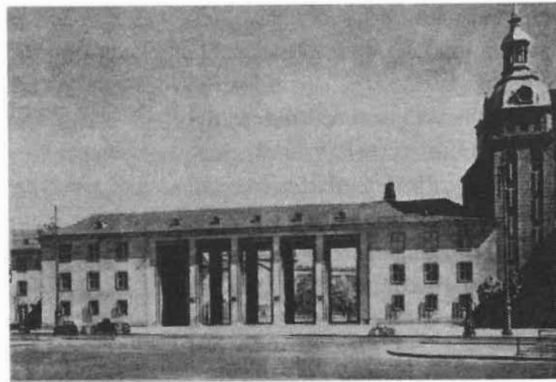


Abb. 3: Das „Brandenburger Tor“ an der Hardenbergstraße, später zugunsten der Mensa abgebrochen; Quelle: *TU Berlin, Hochschularchiv*.

en Zentrum und dem Ernst-Reuter-Platz. In der Tat kann die Hardenbergstraße als ein Schlüsseldokument des West-Berliner Zentrumsbaus der Nachkriegszeit gelten. Seinen Höhepunkt erlangte dieser Kraftakt am Ernst-Reuter-Platz, dem herausragenden Dokument des autogerechten Städtebaus der Nachkriegszeit in West-Berlin. Am Ernst-Reuter-Platz realisierte die neu gegründete TU Berlin auch ihr erstes architektonisches Manifest: das Gebäude für Bergbau und Hüttenkunde, 1955-1959 nach Entwürfen von Willy Kreuer errichtet. Dieses Gebäude setzte die neuen Zielsetzungen des anti-axialen Städtebaus programmatisch um: Es brach die barocke Achse der Kurfürstenallee, nunmehr Hertzallee genannt, es verweigerte die Ausrichtung auf die Ost-West-Achse der Straße des 17. Juni, es nahm aber auch keinen Bezug zur Hardenbergstraße, sondern akzentuierte den neuen Ernst-Reuter-Platz. Ohne jeden Eingang zum Platz verdeutlichte es zugleich den Sinn des neuen Platzes, nämlich Clearing Point zu sein für den damals erwarteten, ja geradezu ersehnten automobilen Massenverkehr. Der Neubau von Willy Kreuer symbolisiert die neu gegründete TU Berlin wie kein zweiter Bau.

Das zweite bauliche Manifest der TU Berlin in der Nachkriegszeit ist weniger beeindruckend. Das alte, teilerstörte Hauptgebäude wurde im Norden mit einem 1961-1968 errichteten Neubau konfrontiert, dessen Gestaltung nicht mehr an ein Universitätsgebäude erinnert. Es zeigt vor allem eines: Die Universität ist nicht mehr vorrangig eine Unterrichtsanstalt, eine Institution, die auf einem bildungspolitischen Programm ikonographisch aufbauen will, sondern eine Großinstitution, die einer erheblichen Verwaltung bedarf. Das neue Hauptgebäude präsentiert sich wesentlich als Verwaltungsgebäude, das sich nicht von anderen Verwaltungsgebäuden unterscheidet. Vor allem aber bringt es die Botschaft der Expansion der TU Berlin zum Ausdruck. Denn die Nachkriegszeit war durch die Überwindung der Straße des 17. Juni in Richtung Norden und die Inbesitznahme des Nordgeländes geprägt. Diese Expansion kann als Suburbanisierung der TU Berlin bezeichnet werden, als kontrollierte Suburbanisierung. Mit der Bebauung des Nordgeländes wurde im Jahre 1958 begonnen. Die neuen Gebäude nahmen auf überkommene Bauten und Parzellen-



Abb. 4: Wettbewerb zur Erweiterung der Technischen Universität: erster Preis 1968, nicht realisiert (B. Lambart und Ö. Özyar mit W. Eisele); Quelle: *Die Bauverwaltung* 8/1969, S. 415.

richtungen wenig Rücksicht, wie noch heute die beiden erhaltenen, „schräg“ stehenden Altbauten zeigen.

Der städtebaulich und architektonisch bedeutendste Bau dieser Norderweiterung ist zweifellos das 1963-1967 errichtete Architektur-Gebäude, das einzige Gebäude, das sich in großzügiger Weise zum Ernst-Reuter-Platz hin öffnet. Es zeigt seine Bestimmung und ist nicht mit einem beliebigen Verwaltungsgebäude zu verwechseln. Dies kann man nicht von allen Gebäuden des Nordgeländes behaupten. Im Zuge der 1960er Jahre wurde dieses durch eine Vielzahl von Solitären vollgebaut, deren städtebauliche Komposition wie architektonische Feinheit zu wünschen übrig lassen. Anders als das Stammgelände mit der Hertzallee fehlt dem Nordgelände ein städtebaulicher Zusammenhalt. Wissenschaft erscheint hier als Addition von Instituten. Den Solitärbauten ist ein gemeinsamer Bezugspunkt verloren gegangen. Kontrollierte Suburbanisierung meint: Es gibt eine klare äußere Grenze, aber innerhalb dieser Grenze entfaltet sich ein additiver Städtebau, Ausdruck der Partikularisierung der Wissenschaften. Mit der Erschließung des Nordgeländes war die zweite große Erweiterung des Geländes der TU Berlin vollzogen.

Stadträumlich ist diese dritte Phase eindeutig bestimmt: Aus der doppelten Orientierung der Zwischenkriegszeit wurde – bedingt durch die Spaltung der Stadt – die einseitige Orientierung auf die City-West. Das Hauptgebäude war nunmehr auf die Rückseite des Uni-Geländes gerückt, sein Bezug zum historischen Zentrum war gebrochen. Doch die Orientierung auf die City-West war auch nicht gerade großartig: Der direkte Bezug über den Ausgang an der Fasanenstraße spielte keine Rolle, da die simulierte City-West keine Kraft besaß, über die Gebäude an der Hardenbergstraße hinaus sich nach Norden zu erweitern. Der Block nordwestlich des Bahnhofs Zoo blieb untergenutzt – als Busbahnhof wie als Standort für einige TU-Gebäude, die bereits in den 1950er Jahren errichtet worden waren. Das „Brandenburger Tor“ wurde beseitigt, um dem Neubau der Mensa 1965-1967 Platz zu machen. Zwar war die Mensa insbesondere in der Zeit der Studentenbewegung ein wichtiger Treffpunkt, in gestalterischer Hinsicht schloss sie aber das TU-Gelände ab, statt es weiter zu öffnen.

Das gewaltige Wachstum der TU Berlin führte schließlich zu einer Diffusion in unterschiedliche Gebiete West-Berlins, eine Entwicklung, die die räumlichen Ver-

hältnisse der TU Berlin verunklärte und die institutionelle Partikularisierung für alle sichtbar zum Ausdruck brachte und weiter förderte. Aus der kontrollierten Suburbanisierung wurde die suburbane Zersiedelung der Wissenschaften, der Scientific Sprawl. Die 1960er Jahre können als eine Zeit betrachtet werden, in der das Verhältnis zur Stadt kein wichtiges Thema mehr war. Diese Achtlosigkeit prägt das TU-Areal bis heute.

Die räumliche Lösung von der Stadt fand schließlich in den Ergebnissen des im Mai 1968 entschiedenen städtebaulichen Wettbewerbes zur Erweiterung der TU Berlin ihren Höhepunkt. Der preisgekrönte Entwurf zeigt eine Universität, die über die überkommene Stadt hinweggeht und diese ignoriert. Die Universität wurde buchstäblich als Elefant im Porzellanladen der Stadt präsentiert. Nach diesem urbanistischen Overkill wurde die Bebauung des Nordgeländes durch den Neubau eines Gebäudes bereichert, das wieder zur Stadt zurückgefunden hat: Das 1973-1983 errichtete Mathematikgebäude öffnet sich zur Straße des 17. Juni und stärkt die wichtige Nord-Süd-Verbindung durch das TU-Gelände.

3. Dritte Chance: Neuorientierung nach der Wiedervereinigung Berlins

Mit der Vereinigung Berlins im Jahre 1990 haben sich die Verhältnisse zwischen der Technischen Universität und der Stadt wiederum grundlegend verändert. Die TU Berlin kann sich nun wieder in Richtung Gesamtberlin orientieren. Eine Neuauflage der in der Zwischenkriegszeit realisierten doppelten Orientierung auf die Stadt steht auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist die TU Berlin wie die Stadt in einer prekären Situation: sie steht vor gewaltigen Haushaltsproblemen, sie muss schrumpfen und sich zugleich zukunftsfruchtig erneuern. Wie bei der Stadt lässt der Druck zur Schrumpfung nur wenig Spielraum für eine Erneuerung – und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der der Wettbewerb zwischen den Universitäten national und international schärfer wird. Während die Stadt sich bewusst ist, dass in der Städtekonkurrenz das eigene Bild, die Kraft zur Gestaltung und die Schaffung attraktiver Stadträume von außerordentlicher Bedeutung sind, hat die Hochschulpolitik sich dieses Thema – trotz der Zweihundertjahrfeier 1999 noch nicht konsequent zu eigen gemacht.

Der institutionelle und stadträumliche Status Quo der TU Berlin bietet keine gute Ausgangsbasis für die Zukunft. Es gibt zu wenig Aktivitäten, die die TU Berlin als gemeinsame Institution erlebbar machen, es gibt kein Gebäude, das die TU Berlin symbolisch repräsentiert, und es fehlen öffentliche Räume, die als gemeinsame wahrgenommen werden. Das Potenzial dafür ist sicher vorhanden, es muss nur besser genutzt werden. Die personelle und räumliche Schrumpfung bietet auch die Chance, die TU Berlin im Bereich des Stamm- und Nordgeländes zu konzentrieren und neu zu positionieren.

Anders als die TU Berlin selbst ist ihr städtebauliches Umfeld bereits in Bewegung geraten. Vor allem jenseits des Landwehrkanals verändert sich die Stadt erheblich. Unter dem begrifflichen Mantel „Spreestadt Charlottenburg“ wird ein Stadt-

umbau vorbereitet, der mit der Eröffnung des Daimler-Chrysler-Komplexes im Jahre 2000 schon unübersehbar geworden ist. Dagegen ist für den Bereich der kompakten Stadt westlich der Hardenbergstraße eine Mischung von partiellem Stadtumbau und Stagnation charakteristisch. Von Stagnation geprägt ist auch das Umfeld westlich der Marchstraße. Die City West selbst ist – bislang allerdings nur programmatisch – ein Schwerpunkt des Berliner Stadtumbaus. Der für die TU Berlin außerordentlich bedeutsame Bereich östlich der Fasanenstraße, ist ein Schlüsselgebiet für die Konsolidierung der City West. Mit der Bibliothek, die derzeit dort errichtet wird, ist ein erster Anfang gemacht.

4. Perspektiven für eine City-Universität

Das im Umbau befindliche Umfeld ist Herausforderung wie Spiegel für die TU Berlin. Der Stadtumbau verdeutlicht, dass sich auch die TU erneuern muss, ihr jedoch dazu noch die Kraft fehlt. Dass die TU sich erneuern soll, wird auch von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung betont. Wie aber kann eine gestalterische Erneuerung der TU Berlin angestoßen werden?

Zunächst stellt sich die Grundsatzfrage, ob der überkommene Campus qualifiziert oder langfristig zugunsten einer verstädterten Struktur aufgeben werden soll. Meine Antwort wäre: Die TU Berlin muss nicht neu erfunden werden. Vielmehr gilt es, die Stärken herauszuarbeiten, zu denen auch die Innenräume des Stamm- und Nordgeländes gehören. In einem zweiten Schritt ist der strukturelle Bestand zu prüfen, die inneren wie äußeren Vernetzungsräume des Universitätsgeländes. Der wichtigste innere Vernetzungsraum ist der Nord-Süd-Weg von der Mensa über das Hauptgebäude, die Straße des 17. Juni, entlang des Mathematikgebäudes in Richtung Landwehrkanal. Diese innere „Main Street“ der TU Berlin ist alles andere als überzeugend gestaltet: Ihr Beginn an der Mensa ist seit dem Abriss des „Brandenburger Torres“ nicht mehr erlebbar. Die Passage durch das Hauptgebäude ist nur für Eingeweihte zu orten, und der Durchgang zum Landwehrkanal ist durch ein Quergebäude optisch versperrt. Diese Achtlosigkeit in Richtung Norden ist vor dem Hintergrund der Entwicklung der Spreestadt Charlottenburg nicht mehr zeitgemäß. Neben der Nord-Süd-Verbindung ist die Achse der alten Kurfürstenallee im Stammgelände von großer Bedeutung, deren jetziger Zustand aber sehr unbefriedigend ist. Gleiches gilt für die potenziellen Haupteingänge: Für das Stammgelände sind das die beiden wenig einladenden Eingänge des Nord-Süd-Weges im Bereich der Mensa und des Hauptgebäudes, aber auch für die beiden Zugänge zur Hertzallee. Ungeklärt ist schließlich das räumliche Verhältnis zwischen TU Berlin und der benachbarten Universität der Künste, die sich bisher sehr hart gegeneinander abriegeln.

Mit der äußeren Vernetzung steht es nicht viel besser als mit der inneren. Das Nordgelände ist entlang der Marchstraße und des Kanals völlig abweisend, als ob es irgendwo weit draußen im anonymen suburbanen Raum verortet wäre. Auch an der

Hardenbergstraße gibt sich die TU Berlin relativ verschlossen. Die mangelhafte Vernetzung zum Stadtumfeld zeigt sich dort nicht zuletzt in einem verkehrstechnischen Detail – in der Barriere, die in der Straßenmitte die Fußgänger am Überqueren der Straße hindern soll, eine Lösung, die die überragende Dominanz des Autos auch in diesem innerstädtischen Straßenraum unterstreicht.

Aber nicht nur die Bezüge zur City West sind wichtig. Mit dem Fall der Mauer hat sich der Standort des Hauptgebäudes der TU radikal verändert. Während die Straße des 17. Juni bis 1989 an der Sektorengrenze endete und daher im Osten kein städtisches Ziel hatte, fungiert sie jetzt wieder als kürzeste Verbindung zum historischen Zentrum und verbindet nunmehr auch die Humboldt-Universität mit der Technischen Universität. Zwischen den beiden Universitäten liegen weitere wissenschaftsbezogene Einrichtungen von außerordentlichem Rang – etwa die Staatsbibliothek Unter den Linden und das Ernst-Reuter-Haus. Hier hat die Stadt Berlin eine einzigartige, ost-west-übergreifende Wissenschaftsachse, allerdings nur als Potenzial, nicht als Realität. Nicht einmal ein Bus-Shuttle verbindet bislang die beiden großen Berliner City-Universitäten miteinander.

Im Zentrum der TU Berlin zwischen Hauptgebäude und Mathematikgebäude präsentiert sich die Straße des 17. Juni als Riesenparkplatz. Das Problem ist hier der ruhende und nicht der fließende Verkehr. Die TU Berlin ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln hervorragend erreichbar. Exzessive Quantität der Parkplätze und Kostenfreiheit des Parkens sind typologische Merkmale von Shopping Malls. Auch die Straße des 17. Juni ist ausschließlich Erschließungsband, kein städtischer Straßenraum. Immerhin öffnen sich das Hauptgebäude und das Mathematikgebäude einladend zur Straße hin.

Die Probleme im öffentlichen Raum erreichen am Ernst-Reuter-Platz ihren Gipfelpunkt. Dieses gebaute Manifest der autogerechten Stadt kann mit seiner in der Regel toten Mitte und seinen unwirtschaftlichen Rändern heute als antistädtischer Platz schlechthin bewertet werden. Er ist schwer nutzbar, abweisend und nur mit einem außerordentlichen Kraftakt durch den Fußgänger passierbar. Selbst in verkehrstechnischer Hinsicht gilt er nicht mehr als non plus ultra. Der graphische Reiz seiner Gestaltung erschließt sich nur dem Blick aus dem Hochhaus. Heute ist er faktisch ein Universitätsplatz und wird durch die besten Nachkriegsbauten der TU geprägt: das Gebäude für Bergbau und Hüttenwesen, das Telefunkenhochhaus, das inzwischen der TU Berlin gehört, und das Architekturgebäude. Allerdings weiß und merkt es kaum einer. Das beginnt schon beim Namen der U-Bahn-Station. Hier wäre ein Doppelname angemessener, wie dies auch in anderen Städten üblich ist: Ernst-Reuter-Platz/Technische Universität Berlin.

Schließlich ist eine Bestandsaufnahme der baulichen und räumlichen Schätze und Potenziale der TU Berlin nötig. Dazu gehören etwa die historischen Gebäude aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch das alte Physikgebäude und das Studentenhaus aus der Zwischenkriegszeit, und nicht zuletzt das Gebäude für Berg-

bau und Hüttenkunde, das bedauerlicherweise aus finanziellen Erwägungen von der TU Berlin aufgegeben werden soll. Zu den wertvollen Beständen sind im Nordgelände die beiden historischen Villen zu zählen, weiter das Architekturgebäude und das Mathematikgebäude, beides Gebäude, die sich über fachliche Veranstaltungen vorbildlich zur Stadt hin öffnen. Beachtung verdienen die heute kümmerlichen Reste der für die Entwicklung der TU Berlin wichtigen Hertzallee, die grünen Ruheräume im Stammgelände wie im Nordgelände, die ein großartiges Potenzial bergen, und nicht zuletzt das skulpturale Programm mit der Schinkelsäule als Highlight. Ziel sollte es sein, vorhandene Werte zu bewahren und herauszuarbeiten. Dafür müssen sie überhaupt erst einmal zur Kenntnis genommen werden.

Die Notwendigkeit, die TU Berlin weiter zur Stadt hin zu öffnen, ist natürlich nicht nur eine Frage der Eingänge. Erforderlich sind mehr Foren der Wissenschaft, die den Dialog mit der Stadt suchen. Für diesen Dialog gibt es gut geeignete und für stadtweite Veranstaltungen inzwischen auch genutzte Räume – vor allem im Hauptgebäude, im Mathematikgebäude und im Architekturgebäude. So finden in den Hörsälen des Architekturgebäudes immer wieder Veranstaltungen statt, die sich über die Universität hinaus an das Fachpublikum in der Stadt wenden. Seit kurzem hat das Haus sogar ein exzellentes Ausstellungsforum, das erstmals auch die sachgerechte Präsentation von historischen Dokumenten der Plansammlung der TU Berlin erlaubt, einer der bedeutendsten Plansammlungen der Welt, deren Schätze bislang nur auf Ausstellungen außerhalb der TU Berlin bewundert werden konnten.

Die TU Berlin muss sich im Neuen Berlin positionieren. Aber noch steht die These der 1960er und 1970er Jahre im Raum: Der beste Standort einer Großstadtuniversität ist der Stadtrand. Die Vorteile einer städtischen Universität werden dagegen noch zu wenig erkannt. Nicht nur Kultur, Cafés, Restaurants und Einzelhandel beleben ein Großstadtzentrum, sondern auch eine lebendige, offene Universität. Allerdings sind Hochschulen nicht per se ein Beitrag zur städtischen Öffentlichkeit. Gerade die schlummernden Potenziale der TU Berlin müssen erst noch entfaltet werden. Die Technische Universität Berlin ist im Kern noch eine suburbane Universität, sie muss erst noch eine City-Universität werden.

Literatur: H. Bodenschatz, Vom Werderschen Markt zum Ernst-Reuter-Platz. Zur Standortgeschichte der TU Berlin, in: K. Schwarz (Hrsg.), 1799 – 1999. Von der Bauakademie zur Technischen Universität Berlin. Geschichte und Zukunft. Berlin 1999; M. Bollé (Hrsg.), Der Campus. Ein Architekturführer durch das Gelände der Hochschule der Künste und der Technischen Universität Berlin. Berlin 1994; Chr. Brachmann / R. Suckale, Die Technische Universität Berlin und ihre Bauten, Berlin 1999; E. Konter, Zur Standortwahl der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin, in: K. Schwarz, 1799 – 1999 (s.o.); K. Schwarz (Hrsg.), 100 Jahre Technische Universität Berlin 1879-1979. Berlin 1979.

PROF. DR. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für Soziologie, Franklinstraße 25, 10587 Berlin.

Gerd de Bruyn

Politisierte Tristesse und ästhetisierter Leistungsdruck Über den Wegzug der Frankfurter Universität aus der Stadt

1. Einführung

In gesellschaftskritischer und in städtebautheoretischer Perspektive lässt sich der Wegzug der Goethe-Universität aus Bockenheim nur bedauern: als Verwandlung einer „urbanen“ Hochschule in zwei neue Standorte suburbanen Charakters. Der eine (Campus Riedberg) beherbergt die naturwissenschaftlichen Fakultäten „auf der grünen Wiese“ weit vor den Toren der Stadt. Der andere hingegen (Campus Westend), der für die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zuständig ist, liegt allenfalls geographisch innerhalb der Stadt. Handelt es sich doch um ein Areal, das, ob schon beherrscht von Hans Poelzigs IG-Farbenhochhaus, einem Denkmal der Weltarchitektur, für lange Jahrzehnte aus dem kollektiven Gedächtnis der Bürger gestrichen war, solange dort die US-Army ihr Hauptquartier (1955-1996) aufgeschlagen hatte. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern, weil der im Westen angrenzende Grüneburgpark und die Wohngebiete im Osten ein städtisches Leben, wie es in Bockenheim möglich war, eher verhindern denn begünstigen werden.

Doch wen stört das schon? Allenthalben wird verbreitet (und sicher nicht zu Unrecht), der in einem Park gelegene geisteswissenschaftliche Bereich der Frankfurter Universität sei wegen der freundlich hellen Monumentalität des Poelzig-Baus, in dem nun schon seit zwei Jahren gelehrt und geforscht wird, in der Beliebtheit der Studierenden stark gestiegen. Das Programm des zur Zeit laufenden städtebaulichen Realisierungswettbewerbs „Campus Westend“ lässt darum auch keinen Zweifel daran, dass hier ein eingefriedetes Areal für eifrige Studenten entstehen soll und „eine optimale Arbeitsumgebung für exzellente wissenschaftliche Leistungen“, die sich mit den umgebenden „stillen“ Stadtteilen weder groß verzahnen wird noch muss. Von einem „Zusammenwachsen“ ist ehrlicher Weise erst gar nicht die Rede.

Verantwortlich für den neuen akademischen Geist ist die Tatsache, dass auch das öffentliche Hochschulwesen einem verschärften Wettbewerb unterworfen ist. Unsere Universitäten konkurrieren zunehmend um sinkende Studentenzahlen in den „klassischen“ Fachbereichen. Dabei fällt nicht nur die Qualität der Lehre und die Prominenz bestimmter Lehrstühle ins Gewicht, von wachsender Bedeutung ist auch die Lage und *architektonische* Attraktivität einer Hochschule. Das ist sicher nicht verkehrt. Auch muss uns nicht skeptisch stimmen, dass die Initiativen zur Verbesserung universitärer Standorte zunehmend dem amerikanischen Vorbild folgen. An ihm orientierte sich ja schon der Wiederaufbau der Frankfurter Universität in den 1950er Jahren. Während das Diplom ganz ohne Not dem Masterabschluss geopfert

werden soll, sind es durchaus nachvollziehbare wirtschaftliche Überlegungen, die für artige Campus-Universitäten sprechen, denen schon von außen das Recht auf hohe Studiengebühren anzusehen ist. Nur schwer ist einer Logik zu widersprechen, die den Hochschulen neue Einnahmequellen verspricht und dabei teure citynahe Areale, die von universitärer Nutzung „befreit“ werden, einer ökonomisch profitableren Verwertung zuführt.

2. Raum-Zelle und Gartenstadt

Die Verquickung von Universität, Stadtplanung und kapitalistischer Ökonomie führt uns zu dem von Manfredo Tafuri 1969 veröffentlichten Aufsatz „Radikale Architektur und Stadt“,¹ der innerhalb der modernen Stadtplanung zwei antagonistische Konzepte unterscheidet. Das eine wurde 1928 von Ludwig Hilberseimer in seinem Buch „Großstadt-Architektur“ formuliert, das die moderne Stadt als eine gewaltige „soziale Maschine“ beschreibt, die auf einen einzigen Baustein reduziert wird. Dieser wird als „Raum-Zelle“ bezeichnet, als standardisierte Grundlage eines Produktionsprogramms, das „keiner weiteren typologischen Komponenten“ mehr bedürfe.² Das andere Konzept stand in der Tradition der Gartenstadt, die in den 1920er Jahren dem „sozialdemokratischen“ Siedlungsbau zum Vorbild diente. Mit ihm versuchte eine reformfreudige Gesellschaft soziale Spannungen im Kapitalismus durch eine philanthrope Gestaltung und Organisation der Reproduktionssphäre auszugleichen. Auf diese Weise entstanden Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Badeanstalten und Volkshäuser etc., die dem Verwertungszwang entzogen waren, wobei es keine Rolle spielte, ob sie eher an der Realität oder an einer Fiktion der Bedürfnisse orientiert waren, die die Architekten des Neuen Bauens der werktätigen Bevölkerung unterstellten.

Mit der Raum-Zelle schaffte Hilberseimer den Architekten als Künstler und Produzenten bedeutsamer Objekte ab. Statt signifikanter Gebäude, die zur Identität einer Stadt beitragen, schien es ihm weit wichtiger und fortschrittlicher zu sein, Organisationsmodelle zu entwickeln und damit einer planerischen Tätigkeit nachzugehen, „die der Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Bauproduktion und den neuen Aufgaben des in eine solche Bauproduktion eingegliederten Technikers völlig entspricht.“³ Der Marxist Tafuri bewunderte in Hilberseimer den kompromisslosen Agenten einer konsequenten Rationalisierung des Kapitalismus, die eben jene Steigerung der Produktivkräfte ermöglichen sollte, von der sich der Kommunismus die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft versprach.

1 In: M. Tafuri, Kapitalismus und Architektur. Von Corbusiers „Utopia“ zur Trabantenstadt, Hamburg/Westberlin 1977.

2 Ebda., S. 78.

3 Ebda., S. 81.

Hilberseimer machte die Zukunft der Architektur davon abhängig, ob sie in der Lage sei, Einfluss auch auf den produktiven Sektor zu nehmen. Im Unterschied hierzu hatten sich Stadtbau Direktoren vom Schlage eines Ernst May in Frankfurt, Martin Wagner in Berlin oder Fritz Schumacher in Hamburg in den Dienst einer Reformpolitik gestellt, die den Kräften des freien Marktes nicht im Wege stehen wollte. Stattdessen sollte den zur Lohnarbeit Gezwungenen mit Hilfe einer Umverteilungspolitik zu einer gesunden und einigermaßen bequemen Lebensweise verholfen und ihren Kindern der Besuch moderner Schulen und Kindergärten ermöglicht werden. Anders gesagt: In der Weimarer Republik wurde der unternehmerische Profit um die Kosten für jene „Wohnungen für das Existenzminimum“ geschmälert, die dem Großstadtproletariat von der Architektenavantgarde auf den Leib geschneidert wurde.

Noch heute werden die von den „roten Kommunen“ initiierten und gebauten Siedlungen an den ehemaligen Rändern unserer Städte als Glanzleistungen des Neuen Bauens gefeiert. Tafuri dagegen bezeichnet die Planung der viel bewunderten Gartenstädte der 1920er Jahre wegen ihres defensiven Charakters und aufgrund der Tatsache, kaum Einfluss auf die großstädtische Wirklichkeit und ihre Widersprüche genommen zu haben, als fragwürdigen Kompromiss zwischen funktionalistischer Ästhetik und herrschender Politik. Die sozialdemokratische Siedlungsarchitektur verharrte im Bann der Tradition und prägte der Industrialisierung des Bauens den Stempel des Künstlerischen auf. Ob Frankfurter Römerstadt oder Berliner Hufeisensiedlung – in den Gartenstädten des frühen 20. Jahrhunderts sollte Camillo Sittes romantischer Städtebau mit Ludwig Hilberseimers Idee der industriell vorgefertigten Raum-Zelle versöhnt werden.

3. Westhausen und Römerstadt

Mit diesem Trend mochte sich einer im Planungsteam Ernst Mays nicht recht anfreunden: der Frankfurter Architekt Ferdinand Kramer. Er wollte den Aspekt der radikalen „Ökonomisierung und Homogenisierung der Architektur“, den Hilberseimer seit der „Hochhausstadt“ von 1924 in der strengen geometrischen Ordnung seiner Großstadtvisionen wiederholte, kompromisslos auf die Siedlungsplanung übertragen. Was Hilberseimer im großen Maßstab demonstrierte, übertrug Kramer auf das unerbittliche Raster, dem sich die Zeilen der Reihen- und Mehrfamilienhäuser in der von ihm geplanten Siedlung Westhausen unterordnen müssen.

Der Kontrast zur gefälligen Römerstadt, die sein Chef Ernst May zwei Jahre zuvor entworfen hatte, fiel entsprechend groß aus. Verlangte Kramer Westhausen ab, was Hilberseimer als „Reduktion der architektonischen Form auf das Knappste, Notwendigste, Allgemeinste“ beschrieb, billigte sich May gewisse Spielräume zu, das Notwendige zu überschreiten. Entsprechend fügte er seine Siedlung geschmeidig der Topographie ein, befestigte sie in Erinnerung an das römische Lager, auf

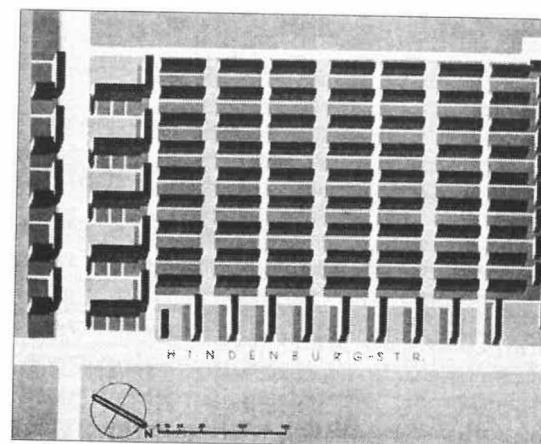


Abb. 1: Plan der Siedlung Westhausen 1929, aus: DW Dreyse, May-Siedlungen. Architekturführer durch acht Siedlungen des Neuen Frankfurt 1926-1930, Frankfurt a.M. 1987.

dessen Reste man bei den Ausschachtungen gestoßen war, mit imposanten Bastionen und tat darüber hinaus einiges, um den Homogenisierungszwang der modernen Stadtplanung mit unerwarteten Variationen, Störungen und geschwungenen Linien zu unterlaufen.

Das Resultat war, dass die Mietpreise in der Römerstadt aufgrund des gestalterischen Aufwands, den man dort betrieben hatte, zu hoch gerieten, als dass sich schließlich andere Mieter als kleine Beamte und Angestellte finden ließen. Kramer hatte mit seiner rigorosen Zeilenplanung durch preiswerte Bauweise Mietpreise erreicht, die Westhausen zu einer reinen Arbeitersiedlung machten, in der kommunistisch gewählt wurde. Mays idyllische Römerstadt muss dagegen mit dem Makel leben, dass nicht wenige ihrer Bewohner mit den Nazis sympathisierten.

4. Ferdinand Kramer und der Wiederaufbau der Goethe-Universität

Noch bevor die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht an sich rissen, gehörte Ferdinand Kramer zum Freundeskreis Theodor W. Adornos, des wohl prominentesten Mitglieds der Frankfurter Schule. Es war sicher die Übereinstimmung in politischen Fragen, die gemeinsame Bewunderung für Adolf Loos (den Kramer 1928 in Wien besuchte, während Adorno zur gleichen Zeit bei Alban Berg Kompositionsunterricht nahm) und ein wenig auch die Vorliebe für attraktive Studentinnen, die den praktisch denkenden Architekten und den in Fragen der Alltagsbewältigung eher hilflosen Philosophen miteinander verbanden. Noch heute zeigt die Witwe Lore Kramer dem Besucher Erstausgaben Adornos mit Widmungen an den „lieben Ferdi“, die dieser in seinem Bücherschrank verwahrte.

1937 als „entarteter Architekt“ verunglimpft, emigrierte Kramer ein Jahr später nach New York, wo er als Architekt und Designer arbeitete und wieder mit Adorno und Max Horkheimer, dem Leiter des inzwischen nach New York verlegten Instituts

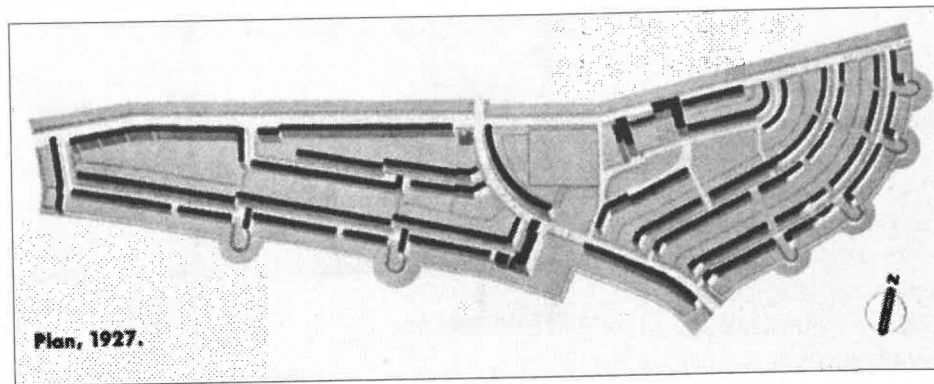


Abb. 2: Plan der Römerstadt 1927, aus: *DW Dreyse* (s. Abb. 1).

für Sozialforschung, in Kontakt kam. Die in Amerika aufgefrischte Freundschaft sollte sich auszahlen: Als das berühmte Institut nach dem Krieg wieder nach Frankfurt zurück verlegt und kurz darauf Horkheimer zum Rektor der dortigen Universität gewählt wurde (1951-1953), entsann er sich Kramers und machte ihn 1952 zum Baudirektor der Frankfurter Universität.

Die Situation, die dieser in seiner Heimatstadt vorfand, war kompliziert genug: Studenten und Dozenten litten unter argen Raumnöten, weil die Universität während des Krieges nahezu vollständig zerstört worden war. Die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau waren äußerst begrenzt. Um so mehr reizte es Kramer, mit Hilfe seines Generalbebauungsplans, den er 1955 vorlegte, ein architektonisch vereinheitlichtes und sinnvoll vernetztes Areal in den Stadtteil Bockenheim zu integrieren, nachdem sein Ansinnen, eine Campus-Universität nach amerikanischem Vorbild außerhalb der Stadt zu bauen, abgelehnt worden war. Hierauf galt es, den Campus-Gedanken innerhalb von Frankfurt durchzusetzen und den räumlichen Zusammenhang der unterschiedlichen Wissenschaftsgebiete zu unterstreichen.

Astrid Hansen betont, Kramers Plan versuche, der Interdisziplinarität der Fakultäten gerecht zu werden und räumliche Distanzen aufzuheben: „Zusammengefasst wurde ein Teil der naturwissenschaftlichen Institute, die Institute der Mathematik, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Rechtswissenschaften und schließlich die Geisteswissenschaften, die je ein gemeinsames Haus erhielten... Die traditionelle Abspaltung der Medizinischen Fakultät mit den Kliniken wurde beibehalten. Obwohl Kramer vorschlug, hierfür ein in der Nähe des Universitätszentrums gelegenes Gebiet zu erwerben, verblieben diese auf der anderen Mainseite.“⁴ Damit

4 A. Hansen, Bauten für die Wissenschaft, in: C. Lichtenstein (Hrsg.), Ferdinand Kramer. Der Charme des Systematischen (Katalogbuch zur gleichlautenden Ausstellung), Gießen 1991, S. 83.

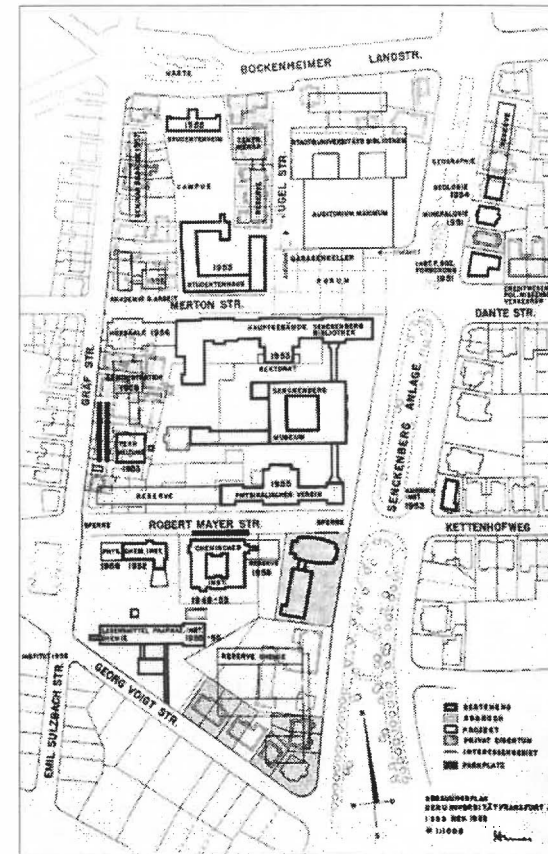


Abb. 3: Generalbebauungsplan für die Goethe-Universität 1955; aus: C. Lichtenstein (s. A 4).

kam es dann doch nicht zu einer vollständig ausgebildeten Campus-Universität, bei der alle Fakultäten um einen freien Platz angeordnet sind. Im Gegenteil: Obschon Kramer und seine Mitarbeiter zwischen 1952 und 1964 dreiundzwanzig Hochschulgebäude errichteten und schon allein deshalb in der Lage waren, der Universität ein unverwechselbares Gesicht zu geben, hatten die Studenten der Frankfurter Universität niemals das Gefühl, in einem eigenständigen, von der Stadt unterschiedenen und „geschützten“ Areal zu studieren. Spätestens in den 1970er Jahren während des Frankfurter Häuserkampfes lösten sich die

räumlichen Grenzen zwischen Universität und Stadt vollends auf. Ungewollt trugen auch die Universitätsbauten zur Politisierung einer Studentenschaft bei, die zwischen dem, was nach 1968 unter linker Politik verstanden wurde, und den emanzipatorischen Zielen des Neuen Bauens keine Verbindung mehr herzustellen wusste. Statt mit dem Bauhaus sympathisierte der Frankfurter ASTA mit der Stadt des 19. Jahrhunderts, die der Abneigung der modernen Architekten und dem Bombenterror des Zweiten Weltkriegs zum Opfer gefallen war. Es war dies das Votum für ein architektonisches Erbe, das gegen die Verwertungsinteressen der Bodenspekulation verteidigt werden musste. Ausgerechnet die alten Gründerzeitvillen aus dem Frankfurter Westend, in denen noch vor kurzem das Großbürgertum residierte, wurden nun für weit wertvoller erachtet als die modernen Bauten, die sie zu verdrängen drohten.

Auch der Funktionalismus Ferdinand Kramers, der über Jahre hinweg den adäquat sachlichen Hintergrund für die intellektuelle Brillanz der Frankfurter Schule

bot, büßte sogleich an Kraft ein, als die Lehre blass und nüchtern zu werden drohte. Vielleicht muss man sogar sagen, dass die Kramersche Architektur entscheidend dazu beitrug, eine nervöse Studentenschaft, die nicht nur andächtig zuhören, sondern kritisches Denken in politisches Handeln ummünzen wollte, in die Stadt hinaus zu jagen und heimatlos zu machen. In den Kramerschen Institutsgebäuden bewahrheitete sich Walter Benjamins Begriff von der „neuen Armut“ der modernen Architektur,⁵ die der Besitzlosigkeit der Großstadtmassen Räume zur Verfügung stellte, die mit Stuhl und Bett auskommen, damit sich die Menschen von ihrem Tagwerk ausruhen und von einem besseren Leben träumen können. Wahrscheinlich „funktionierte“ die schmucklose Architektur Kramers nur bis zu dem Zeitpunkt, als die Studenten aus ihren Träumen erwachten und Gebäude, die sie nie wirklich zu schätzen gelernt hatten, verließen, um im benachbarten Westend Häuser zu verteidigen, die einer Vergangenheit entstammten, mit der sie nichts verband.

5. Westend und Nordweststadt

1964 hatten Gutachten, die vom Baudezernenten Hans Kampffmeyer, Sohn des einstigen Generalsekretärs der Deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, in Auftrag gegeben worden waren, bestätigt, dass das Frankfurter Westend der geeignete Standort für eine Erweiterung der sogenannten Cityfunktionen sei. Die regierende Sozialdemokratie versprach sich von der Umwandlung des Stadtteils in einen Standort für finanzstarke Investoren und Gewerbetreibende eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen, nachdem der Aufbau der Universität enorme Summen verschlungen hatte. Die finanzielle Verausgabung hatte dazu geführt, dass der Haushalt immer schwerer auszugleichen war, bis schließlich die Gesamtschulden der Stadt 1,6 Milliarden DM betrugen und 1968 die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung auf das drei- bis vierfache des bundesweiten Durchschnitts angestiegen war. Die Finanzlage der Stadt war höchst prekär, was zur Folge hatte, dass die für 1969 vorgesehene Bundesgartenschau abgesagt und 1967, drei Jahre nach Kramers Pensionierung, die gesamten Grundstücke, Bauten und der Betrieb der Universität an das Land abgegeben werden mussten. 700 Millionen DM hatte sich die Kommune den Wiederaufbau der Universität kosten lassen und gab nun ihr Renommierprojekt kleinlaut aus der Hand.

Den Studenten konnte es egal sein, ob das Land Hessen oder weiterhin die Stadt Frankfurt als Träger der Universität auftrat. Keineswegs aber war ihnen gleichgültig, dass nach der Öffnung des Westends zuhauf Spekulanten auftraten, die raffigierig Immobilien zusammenkauften, Mieter schikanierten und vertrieben, Wohnbauten verfallen ließen und abrisen, um dann die frei geräumten Grundstücke so schnell

5 W. Benjamin, Erfahrung und Armut, in: *ders.*, Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a.M. 1980.

wie möglich und mit höchstem Profit an Investoren zu veräußern, die darauf moderne Bürobauten errichten ließen. Diese Praxis politisierte zunächst die ansässige Wohnbevölkerung, die schockiert den Niedergang ihres Stadtteils erlebte und die „Aktionsgemeinschaft Westend“ gründete. Von hier aus sprang der Funke schnell zu einer Studentenschaft über, die unter dem Anspruch handelte, jede Chance des Widerstands, die das Leben bot, sogleich ergreifen zu müssen, um ein „System“ zu treffen, dessen Rationalität sich als menschenverachtend entpuppt hatte.

Nicht, dass die regierenden Sozialdemokraten mit der Entwicklung im Westend einverstanden waren, doch hatten sie hierfür die Weichen gestellt. Sie hatten diesen Stadtteil, in dem die SPD immer schon nur auf wenige Wählerstimmen hoffen durfte, leichten Herzens aufgegeben. Zuvor war, ganz im Geist der modernen Planung, ein Großprojekt auf den Weg gebracht worden, das den verlorenen Wohnraum im Westend kompensieren sollte. Vor den Toren der Stadt hatte Hans Haferkampff den Bau der Nordweststadt initiiert, einer Trabantenstadt mit 7.000 Wohnungen für Mieter, denen man getrost unterstellen durfte, dass sie dem Leben in urbanen Altbauten die komfortable Langeweile eines Schlaftrabanten im Grünen vorziehen würden.⁶

Weit sparsamer noch als die Kramersche Universitätsbebauung und zudem gänzlich ohne architektonische Phantasie fiel die Nordweststadt aus, zu deren Erschließung obendrein das Schmuckstück Römerstadt „guillotiniert“ werden musste. Dass Ernst May der Zerteilung und partiellen Zerstörung seiner einstigen Vorzeigesiedlung zustimmte, macht die programmatisch unsentimentale Gesinnung deutlich, die die modernen Planer zur Schau stellten, wenn es um die Schaffung von Wohnraum ging. Zumal dann, wenn das neue Projekt auf einem fortschrittlichen Konzept aufzubauen schien. Bei der Nordweststadt, so hoffte man, war dies gewiss der Fall, nachdem Walter Schwagenscheidt, der „Erfinder“ der Raumstadt, mit der Planung beauftragt worden war. Er propagierte die Abkehr vom starren Zeilenbau, indem er eine moderne Interpretation der traditionellen Hofbebauung vorschlug.

Heraus kam eine auf niedrigstem architektonischen Niveau stehende Siedlung mit einem höchst fragwürdigen Verkehrskonzept, die gleichwohl in den Anfangsjahren – wie anderswo auch – auf große Zustimmung bei den Mietern stieß. Man war mit wenigem zufrieden. Das Auto vor der Tür musste stimmen, die Wohnung mitnichten. Nicht nur der ostdeutsche Plattenbau betrieb die Entvölkerung der Innenstädte unter dem Beifall von Familien, die sich in den standardisierten Wohnungsgrundrissen der Moderne weit wohler fühlten als in verwohnten Altbauten mit ungewohnt hohen Räumen und hohem Modernisierungsbedarf. Der Alterungsprozess, der an den Villen des Westends nagte, stieß damals nur bei Wohngemeinschaften auf Gegenliebe. Sie wussten sich dort besser aufgehoben als in modernen Woh-

6 Bei der Schilderung der Frankfurter Planungen und Planungskonflikte folge ich der Untersuchung von H.-R. Müller-Raemisch, Frankfurt am Main. Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1945, Frankfurt/New York 1996.

nungen mit ihren unterschiedlich großen Räumen. Der Altbau bot gleichwertige Zimmer und oft geräumige Küchen, in denen gemeinsam gekocht und gegessen werden konnte. Auch die Studentenwohnheime kamen dem Wunsch nach kollektiven Lebensformen nicht gerade entgegen. Wer aus ihnen in eine WG flüchten konnte, fühlte sich gerettet und der Stadt wiedergegeben.

6. Der Frankfurter Häuserkampf und Universität

Die in die Stadt verfranzte Frankfurter Universität, deren Gebäude von Anfang an wie Provisorien zwischen der alten Bausubstanz standen als würden sie bald schon durch markantere Bauwerke ersetzt werden, konnte es nicht verhindern, dass die Studenten kein Interesse für eine Architekturmoderne hegten, die ihrem innersten



Abb. 4: Plakate der Hausbesetzer im Westend, aus: H.-R. Müller-Raemisch (s. A 6).

Kern nach antiurban war. Avantgarde konnte man keine Planung nennen, die immer noch im Bann der Gartenstadt stand und die Stadtentwicklung den Spekulanten überließ. Die moderne Planung war längst zu einem Handwerk erstarrt, das gegen den Strich politisiert werden musste. In der Tradition der Situationisten, die fünfzehn Jahre zuvor schon ihren Kampf gegen den Funktionalismus aufgenommen hatten, mutierten die Studenten zu modernen Stadtnomaden. Sie verliefen sich gezielt in Areale, in deren verwitterten Gemäuern Chancen eines Neuaufbruchs vermutet werden durften. In verkommenen Wohnquartieren, dunklen Bahnhofsvierteln, vergessenen Industrie- und Hafenarealen entdeckten sie Enklaven des Widerständigen, Individuellen und Vitalen. Das lebendige Leben wurde nicht länger mit der modernen Architektur identifiziert, es wurde nur mehr in Quartieren vermutet, die sich dem Prozess der Modernisierung widersetzen.

Dieser hatte 1968 zu neuen Gesetzen geführt, mit denen die letzten Schranken gegen die Umwandlung von Wohnraum in Gewerberaum fielen. Die Auswirkungen

für das Westend ließen nicht lange auf sich warten: Der Prozess der Umwandlung in einen Standort für Bürobauten beschleunigte sich. Immer mehr Villen standen leer und verfielen oder wurden vor ihrem Abriss überbelegt und zu Wuchermieten an ausländische Familien vergeben. Die Empörung in der Stadt wuchs. In der Nacht zum 19. September 1970 wurde das erste leer stehende Haus von ca. zwanzig Studenten, Lehrlingen und einem Filmkollektiv des Fernsehens besetzt. Doch bevor die Verhandlungen mit einem angeblich wohlwollend gestimmten Magistrat zu einem friedlichen Ende geführt werden konnten, wurden weitere Häuser besetzt – diesmal von Leuten, die offenbar nicht davor zurückschreckten, ihre neuen Domizile notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Der Häuserkampf begann.

Heute können wir feststellen, dass die einsetzenden Straßenschlachten Häuser galten, die nicht nur wegen des allgemeinen Unmuts verteidigt wurden, der sich innerhalb der Studentenschaft gegen den Kapitalismus im allgemeinen und die Spekulanten im besonderen breit gemacht hatte; es schwang darin die Sympathie für eine ornamentierte Architektur mit, die nicht völlig dem Sparsamkeitsgebot der Moderne unterworfen schien. Dazu kam: Die Fassaden der besetzten Häuser demonstrierten eine heruntergekommene Pracht, hinter der kein bornierter Bürgersinn mehr residierte, sondern Mäuse und Ratten. Nachts leuchtete im Widerschein rotierender Blaulichter eine Schönheit auf, eine Ästhetik der Verausgabung, wofür die modernen Architekten nur Hohn und Spott übrig hatten. Nun waren es ihre schmucklosen, „lustfeindlichen Kisten“, die in der Kritik standen.

Zum Kampf um die Häuser des Westends war es selbstverständlich auch deshalb gekommen, weil die Frankfurter Universität in der Stadt lag und die politische Verzahnung von Bürgerinteressen und studentischem Protest förderte. Außerdem luden die von Kramer wieder aufgebauten Institutsgebäude die Studenten nicht gerade zur Identifikation mit ihrer Hochschule ein. Gaben nicht die Unruhen in der Mainmetropole Walter Benjamin (dessen Habilitationsschrift an der Frankfurter Universität abgelehnt worden war) nachträglich recht, die neue Armut der modernen Architektur als Initialzündung revolutionärer Umtriebe interpretiert zu haben? Sicher, man

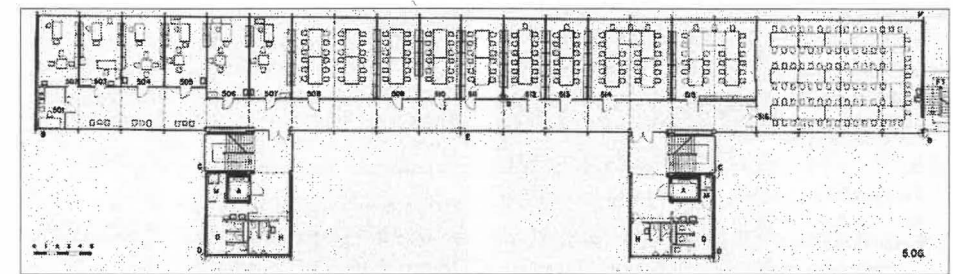


Abb. 5: Philosophicum, Grundriss des 5. Obergeschosses mit den beiden Treppenhaus-„Zacken“ (1959-1960), aus: C. Lichtenstein (s. A 4).

sollte die Wirkung von Architektur nicht überschätzen, doch scheint im Frankfurt der 1970er Jahre der Zusammenhang von Politisierung und architektonischer Tristesse ebenso offensichtlich wie heutzutage die Tatsache, dass sich eine durch wachsenden Leistungsdruck zu erhöhter Anpassung gezwungene Studentenschaft im Ambiente des ehemaligen IG-Farben-Prachtbaus geradezu wohl fühlen muss. Ganz nach dem Motto: Leistung muss sich wieder lohnen...

Was vermag glaubwürdiger den architektonischen Background für eine berufsorientierte Lehre in den Geisteswissenschaften zu bilden, als ein Verwaltungsgebäude mit Stil? Hans Poelzig war ganz ohne Zweifel ein außerordentlicher Architekt gewesen, ein Baumeister auf der Schwelle der Moderne, der sich als unpolitischen Menschen betrachtete. Im Grunde war er ein Konservativer und zugleich Künstler genug, um eine auffallend eigensinnige Ästhetik in einer Zeit zu entwickeln, in der die jüngeren Generationen längst ihr Heil in der Politisierung der Architektur suchten bzw. in dem, was man später als „Überführung von Kunst in Lebenspraxis“ bezeichnete.

So wie die Avantgarde der 1920er Jahre einem Poelzig davoneilte und die 68er-Generation sich dem modernen Epigonentum entgegen stemmte, um ihren eigenen politischen Kurs zu bestimmen, so haben inzwischen die Enkel zu den Urgroßvätern zurückgefunden: Wohlgelaunt sitzen sie im prächtigen Poelzigbau mitten in Frankfurt und doch nicht inmitten der Stadt. Sie hören interessiert, was ihnen Dozenten erzählen, die noch den Strand unter dem Pflaster vermuteten, während sie selber im Internet die globalisierte Welt erkunden und mit Last-Minute-Flügen Badestrände aufspüren, von denen der internationale Terrorismus noch nichts weiß.

7. Philosophicum und Poelzigbau

Sollen wir den Zeitläuften zürnen? Sicher scheint im Moment nur eins: Ehemalige Häuserkämpfer amüsieren sich im Variété „Tigerpalast“ zu Tode und die Stadt Frankfurt fällt in einen hundertjährigen Schlaf. So wollen wir denn eine letzte Beobachtung anstellen. Sie gilt einem der leerstehenden Universitätsgebäude Ferdinand Kramers, dem so genannten Philosophicum. Es besteht aus einer fortschrittlichen Stahlskelettkonstruktion, die nicht konventionell ausgefacht, sondern mit vorgefertigten Wänden und Fensterprofilen aus Aluminium geschlossen wurde. Die tragenden Stützen liegen außerhalb des Gebäudes, um für die Grundrissgestaltung ein Höchstmaß an Flexibilität zu gewährleisten. Aus diesem Grund wurden auch die beiden Treppenhäuser ausgelagert und in Form zweier turmartiger Anbauten, die von einer durchgehenden Wand aus Glasbausteinen belichtet werden, vor das Gebäude gestellt.

Das Philosophicum gehörte damals zu den ersten Stahlskelettbauten in Deutschland, bei denen die Konstruktion nicht mit Beton ummantelt werden musste. Es ist von besonderer Raffinesse, dass dieser spröde Ingenieurbau mit den filigranen Nottreppen vor den Schmalseiten, der jedem technischen oder naturwissenschaftlichen Institut dieser Zeit zur Ehre gereicht hätte, die Geisteswissenschaften beherbergte. So saßen denn, als sich der Rauch des Häuserkampfes verzogen hatte, all die Germa-

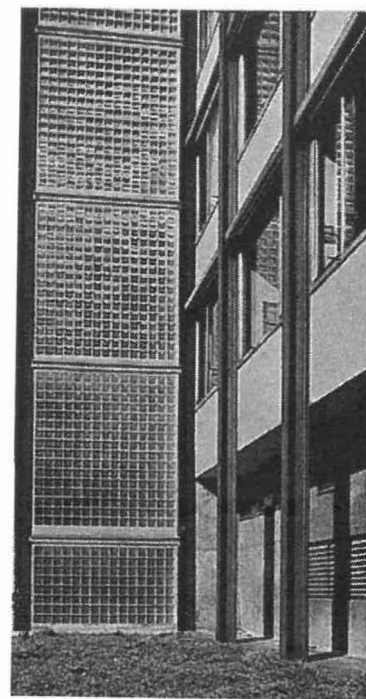


Abb. 6: Philosophicum, zurückgesetztes Erdgeschoss mit Stahlstützen, aus: C. Lichtenstein (s. A 4).



Abb. 7: Verwaltungsgebäude I.G. Farben, Teilansicht der Eingangsfront, aus: J. Posener (s. A 7).

nisten, Romanisten und Anglisten wieder in diesem nackten Haus, in dem der Glaube an die Technik so ungebrochen zutage trat, um sich fortan mit romantischer Ironie zu beschäftigen, die nach den Tagen des Zorns Konjunktur hatte. Hätten sie außerdem des Teufels Elixiere genossen und trunken in die Zukunft schauen können, um spätere Generationen in dem von der US-Army verlassenen ehemaligen Verwaltungsgebäude der berühmt berüchtigten I.G. Farben buffeln zu sehen, dann wäre ihnen folgende merkwürdige Koinzidenz aufgefallen:

Kramer baute eine neun Geschosse hohe Scheibe mit zwei kräftigen Treppentürmen aus Beton, die im Grundriss wie Zacken eines Kamms hervorstehen. Poelzig aber entwarf tatsächlich einen Kamm, der gebildet wird von einem langen gekrümmten Büroriegel mit sieben Geschossen, den mit gleicher Höhe zwei Seitenflügel und vier weitere, quer stehende Bürotrakte durchdringen. Übrigens handelt es sich auch bei diesem Bauwerk um einen Stahlskelettbau. Das kann man zwar nicht sehen, doch unterstreichen die horizontalen Reihen der Fenster im Hauptbau diesen Sachverhalt eher, als dass sie ihn verschweigen wollten. Zeigt der Kramerbau die „nackte Wahrheit“ der Konstruktion, verkleidete sie Poelzig mit Geschmack und Allüren. Julius

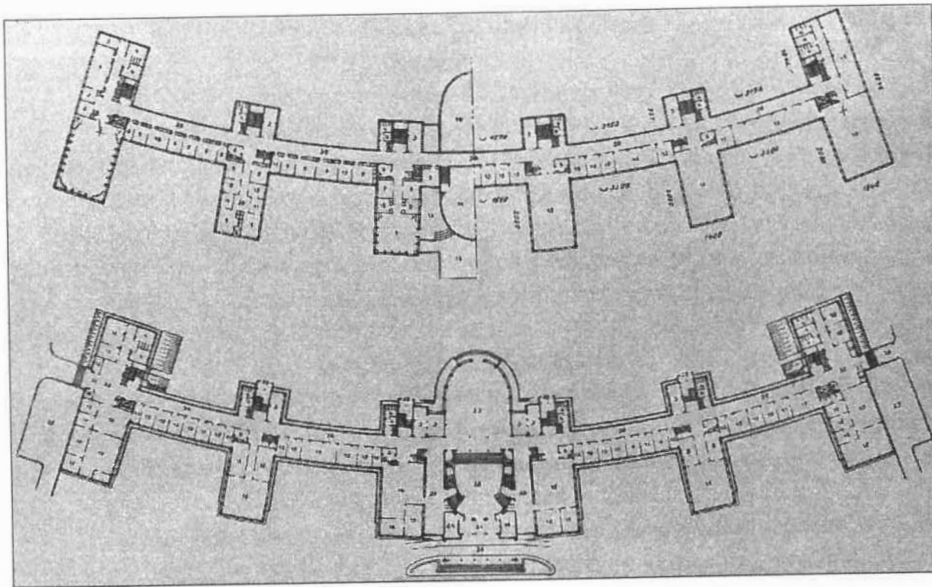


Abb. 8: Verwaltungsgebäude I.G. Farben, kammartige Struktur der Grundrisse (1928-30), aus: J. Posener (s. A 7).

Posener machte darauf aufmerksam, dass die Rahmen, die jeweils die sieben Fensterreihen in den Flügelbauten umschließen, die Sprache der Herrschaft sprechen.⁷ Insgesamt will die Monumentalität der Gesamtform von Vermittlung und Einbettung in einen städtebaulichen Kontext nichts wissen.

Posener vergisst auch nicht zu erwähnen, dass Poelzigs Bauwerk sogar der Vorwurf protofaschistischer Architektur erreichte. Gemeint war die Vorhalle im Eingangsbereich. Heute wird man dieser Situation lieber den generösen Gestus eines Entwurfs bescheinigen wollen, bei dem alles Räumliche großzügig dimensioniert und ausgezeichnet detailliert wurde. Es ist ein Fest, durch die langen Korridore dieses Hauses zu schreiten oder die Stockwerke blitzschnell mit Hilfe der Paternoster zu wechseln, die das Ruhe und Gelassenheit ausstrahlende Bauwerk wie pochende Pulsadern durchziehen. Man verstehe gut, schreibt Posener, dass Poelzig auf dieses Gebäude stolz war, und wir können nachvollziehen, dass auch die Universität mit großer Genugtuung ein Gebäude in Besitz genommen hat, in dem die Fachbereiche mit den geringsten Drittmitteln und dem größtem Protestpotenzial residieren dürfen. Ob diese Taktik auf Dauer aufgeht?

PROF. DR. GERD DE BRUYN, Institut für Geschichte moderner Architektur, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Keplerstraße 11, 70174 Stuttgart.

⁷ J. Posener, Hans Poelzig. Sein Leben, sein Werk, Braunschweig/Wiesbaden 1994, S. 236.

BESPRECHUNGEN

GEORG DEHIO, *Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler. Bayern I: Franken*, 2. durchgesehene u. ergänzte Aufl., München/Berlin 1999, Euro 51,—.

Mit dieser Neuauflage ist jetzt »der Dehio« für fast alle Regionen in einer aktuellen Fassung erhältlich. Zur Neuausgabe vorbereitet werden derzeit die Bände Rheinland, Westfalen und Hessen. Der seit Jahren vergriffene Vorgänger über Franken (1979) umfasste 1023 Seiten. Diesen übertrifft die aktuelle Ausgabe mit knapp 1.300 Seiten deutlich. Im handlichen Format 13 mal 18 cm kommt der Band wegen des guten Dünndruckpapiers dennoch nur auf 4,5 cm Stärke und passt damit noch in die Jackentasche. Ebenso selbstverständlich wie erfreulich bei einem solchen Handbuch sind Fadenheftung, fester Leinen-einband und Lesebändchen. Die Abkürzungen, in einem Verzeichnis aufgeschlüsselt, bleiben zum Vorteil guter Lesbarkeit in engen Grenzen. Ein Index erwähnter Künstler auf 30 Seiten dürfte dem Bedarf von Fachleuten geschuldet sein. Ein zehnteiliges Glossar architekturhistorischer Fachbegriffe unterstützt das Verständnis der Laien.

Die Beiträge gründen auf der Sachkunde zahlreicher Autoren. Die Redaktion übernahm die Dehio-Vereinigung. Die Einträge erfolgen alphabetisch nach Ortsnamen, wobei eine Übersichtskarte und ein Kartenanhang die topographische Identifizierung der besprochenen Orte erleichtern. Der Textumfang variiert je nach Bedeutung zwischen einer Zeile und jeweils 94 Seiten für Bamberg und Würzburg und 128 Seiten für Nürnberg. Den Artikeln über die größeren Orte stehen kurze Abrisse zur Territorialgeschichte voran. Unter »Kunstdenkmälern« versteht das Handbuch die »ortsfesten«, was die Texte im Wesentlichen auf die Architektur beschränkt. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem Mit-

telalter und der Frühen Neuzeit. Entsprechend geben Sakralbauten den Hauptgegenstand ab, gefolgt von Architektur adliger und bürgerlicher Provenienz. Die Zahl der Beiträge über das 19. und 20. Jahrhundert fällt merklich ab. Industriebauten kommen selten vor. Die Sammlungen von Museen werden generalisierend zusammengefasst.

Die strikte Beschränkung auf die Architekturgeschichte erscheint allerdings notwendig. Sie lässt Raum für saubere und komplette Formalbeschreibungen, optisch ergänzt durch insgesamt 174 Grundrisse von Kirchen (durchgängig im Maßstab 1 : 800), von Befestigungsanlagen und Schlössern (1 : 800 bis 1 : 4000) und durch Planskizzen der Innenstädte (meist 1 : 10000). Von qualitativen Bewertungen halten sich die Beiträge fern. Die Ausnahme besteht in einem marginalen Stern, der »Laien« auf besonders Sehenswertes aufmerksam machen soll und der die »Kenner« auf vertiefende Studien »anhand der Literatur« verweist. Spezialisten können das Handbuch so als zuverlässiges Nachschlagewerk ebenso nutzen wie Touristen, die mehr wollen als nur einen der vielen, oft gar nicht so billigen, bunt bebilderten und dabei doch informationsarmen Reiseführer.

Martin Burkhardt, Stuttgart

GEROLD BÖNNEN (Bearb.), *Das Stadtarchiv Worms und seine Bestände*, (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 79), Koblenz 1998, 293 S., Euro 14,—.

In der Stadt Worms - einem wichtigen Schauplatz der zur Völkerwanderungszeit spielenden Nibelungensage - konstituierte sich zu einem im europäischen Vergleich herausragend frühen Zeitpunkt ein bürgerliches Gemeinwesen, dokumentiert in einer Urkunde König Heinrichs IV. vom Jahr 1074. Um das Jahr 1500 erreichte die Stadt den Zenit ihrer Bedeutung. Es gelang der Bürgerschaft, den

Status als freie Reichsstadt faktisch durchzusetzen. Auf einem der folgenreichsten deutschen Reichstage, der 1495 in Worms stattfand, wurde die erste Reichssteuer beschlossen und das Reichskammergericht installiert, das als Instrument zur Verrechtlichung ansonsten gewaltsam ausgetragener Konflikte wirkte. In der Frühneuzeit lebten parallel vier Religionsgemeinschaften in der Stadt: Eine lutherische Mehrheit sowie als anerkannte Minderheiten Katholiken, Calvinisten und eine jüdische Gemeinde. Der an sinkenden Bevölkerungszahlen abzulesende wirtschaftliche und politische Niedergang der Stadt dauerte vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Danach sorgte die Etablierung der Leder- und Textilindustrie für ein erneutes Aufblühen, das unter anderem im Bau der ersten Wormser Rheinbrücke im Jahr 1855 seinen Ausdruck fand. Am Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde die bis dato fast unversehrte Stadt am 21. Februar und am 18. März 1945, zwei Tage vor dem Einmarsch US-amerikanischer Streitkräfte zerstört.

Bönnen bietet einen auf 17 Seiten gedrängten Durchlauf durch die gesamte Stadtgeschichte. Auf 28 Seiten wird die einschlägige Ortsliteratur aufgelistet. Bönnens Geschichte des Stadtarchivs, d.h. des Archivguts und seiner Betreuer, zeichnet auf 13 Seiten eine Abfolge von Bränden, Kriegsverlusten, Vernachlässigung und Personalmangel nach. Man kann sich nach der Lektüre nur wundern, dass überhaupt noch einiges von dem Bestand übrig geblieben ist.

Den Hauptteil des Bandes bildet auf 188 Seiten die Übersicht über die rund 2.400 Regalmeter umfassenden Bestände des Stadtarchivs. Nach kurzer Erläuterung der Beständegliederung, der sog. Tektonik, in ihren drei zeitlich bedingten Ausprägungen folgt die Beschreibung der einzelnen Bestände nach einem festen Schema: In Stichworten stehen Bestandsnummer, Bezeichnung, Gesamtlaufzeit, Gesamtumfang und der Erschließungsgrad voran. Dabei werden große Erschlie-

bungsrückstände deutlich, das im Personal-mangel begründet ist. Es folgen Bemerkungen zur Bestandgeschichte und zum Gehalt der Unterlagen. Die Einzelbeschreibung schließt in der Regel mit Literaturangaben sowie zahlreichen Verweisen auf ergänzende Fundstellen inner- und außerhalb des Hauses. Die einzelnen Bestandsgruppen weisen eine typische kommunalarchivische Struktur auf: I. Kernstadt; II. eingemeindete Kommunen; III. Schulen; IV. Wohlfahrtseinrichtungen; V. Gesellschaften, Vereine, Parteien, NS-Organisationen; VI. Kirchen, darunter die Kirchenbücher der Pfarreien der verschiedenen Konfessionen; VII. Archiv der jüdischen Gemeinde; VIII. das Adelsarchiv der Herren von Dalberg; IX. Nachlässe und Unternehmensarchive; X. Sammlungen, darunter Handschriften, Judaica, zeitgeschichtliche Sammlungen, Grafiken, Karten, Pläne, Plakate; XI. Lokalzeitungen; XII. deponierte Kommunalarchive rheinhessischer Gemeinden; XIII. Fotografien; XIV. Dienstbibliothek. Dazu findet sich eine Auswahl Wormser Betreffe in auswärtigen Archiven.

Für die in guter Qualität reproduzierten 31 Schwarzweißfotos hätte man sich die Legende direkt beim Bild gewünscht, anstatt sie auf den letzten Seiten zu finden. In der vorliegenden Beständeübersicht steckt sichtlich viel Arbeit. Gut strukturiert, gut lesbar und wunschlos komplett, dürfte sie nicht nur Fachgelehrten nützlich sein, sondern lädt auch stadthistorisch interessierte Laien zum Studium der Quellen ein. Die knappe und doch treffende Beschreibung der Inhalte und die reichhaltig gebotenen Querverweise belegen, dass Bönnen und seine Mitarbeiter das Archiv bemerkenswert gründlich durchdrungen haben.

Martin Burkhardt, Stuttgart

CHRISTINA SIMON / THOMAS HAFNER (Hrsg.), *50 Wohnquartiere in Stuttgart von 1890 bis 2002*, Stuttgart: Karl Krämer Verlag 2002, ISBN 3-7828-1318-9, zahlr. s/w. Abb., 208 S., Euro 18,50.

Wer eine Stadt besucht, sieht zunächst ihre herausragenden Bauwerke. Neben den Türmen und Spitzen, für die dieses Attribut im ursprünglichen Sinn gilt, gehören dazu auch architektonische „Höhepunkte“ einer Stadt, die deshalb als herausragend gelten können, weil sie unser Bild von der Stadt wesentlich bestimmen. Denkt man an Stuttgart, so fallen bedeutende Bauwerke ein: Der Fernsehturm ist herausragend im doppelten Sinn. Der Bahnhof und die neue Staatsgalerie prägen ebenfalls das Bild der Stadt.

Einen festen Platz in der Geschichte der Baukunst hat Stuttgart jedoch nicht durch ein Einzelbauwerk errungen, sondern durch eine Siedlung: die Weißenhof-Siedlung gilt als eine Ikone der klassischen Moderne. Dabei stehen nicht einzelne Gebäude im Vordergrund, sondern die Siedlung als Ensemble.

Die Bekanntheit dieser Siedlung, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus strahlt, ist eine seltene Ausnahme. In der Regel treten Siedlungen und Quartiere im Vergleich zu den architektonischen Höhepunkten einer Stadt nur wenig ins Bewusstsein. Sie erscheinen auf den ersten Blick nicht bemerkenswert, manchmal kaum unterscheidbar, sicherlich nicht geeignet, die Aufmerksamkeit des Besuchers auf sich zu lenken oder die Identität der eigenen Stadt zu prägen. Nichtsdestotrotz macht genau diese „graue Stadt“ in Stuttgart wie in jeder anderen Stadt auch einen großen Teil der besiedelten Fläche aus.

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Weißenhof-Siedlung ist jetzt in der Reihe „Stuttgarter Beiträge“ ein Band erschienen, der den Blick auf diesen Teil Stuttgarts richtet, auf ihre weniger bekannten „WohnOrte“, wie es im Titel heißt.

Der Architekturführer – besser: Quartier-

führer – lehnt sich in Umfang und innerem Aufbau an den von Braum und Millarg im Jahr 2000 herausgegebenen Band über die Stadt Hannover an. Wie dort wird jede Siedlung auf einer oder zwei Doppelseiten in einheitlicher Form vorgestellt. Mit Text, Plänen und Fotos wird ein kompakter Überblick von der Planungsgeschichte über Wohntypologien, Freiraum- und Verkehrskonzept bis hin zur Sozialstruktur und zur heutigen Situation der Siedlung vermittelt. Trotz der – bedingt durch das handliche Taschenformat teilweise sehr kleinen Darstellung von Plänen und Photos – erschließt sich eine Vielzahl von Hintergrundinformationen, die das Interesse für manches eher unauffälliges Quartier wecken können. Sehr übersichtlich ist ein kurzer Steckbrief zu jeder Siedlung mit städtebaulichen Kenndaten und anderen Angaben, von den planenden Architekten bis zur Erreichbarkeit mit Bus bzw. Stadtbahn. Wer neugierig geworden ist und mehr wissen möchte, findet zu jedem Fallbeispiel weiterführende Literaturhinweise.

WohnOrte ist ein handlicher Führer im Taschenformat, der sich für Entdeckungen abseits der bekannten architektonischen Pfade empfiehlt. Nicht nur Besucher der Landeshauptstadt, auch viele Stuttgarter, die ihre Heimatstadt gut zu kennen tadt (wieder-) entdecken können.

Der Band versteht sich jedoch nicht nur als Führer vor Ort. Den Herausgebern, Christina Simon und Thomas Hafner, geht es um mehr als nur um eine kompetente und sorgfältig recherchierte Präsentation einzelner Wohnorte. Die vorgestellten 50 Siedlungen und Quartiere aus der Zeit von 1890 bis 2002 wurden ausgewählt, weil sie exemplarisch für ihre Zeit stehen können. Nicht der Anspruch auf Vollständigkeit zieht sich als roter Faden durch die Beiträge, sondern das Bestreben, anhand der ausgewählten Beispiele übergeordnete Entwicklungslinien erkennbar zu machen.

Die vorgestellten Siedlungen und Quartiere sind chronologisch geordnet und nach

Leitbildphasen gruppiert, vom Werkswohnungsbau Ende des 19. Jh. bis zu Modellvorhaben und Stadtumbauprojekten der jüngsten Vergangenheit. Beiträge zur Wohnungsbau-geschichte in Stuttgart sowie zu Aspekten der Freiraumentwicklung und des Siedlungswachstums führen in das Thema ein und bilden eine wertvolle Ergänzung zur Darstellung der Einzelbeispiele. Dieses gilt insbesondere dort, wo Zusammenhänge erläutert werden, die die Einordnung der einzelnen Siedlung erleichtern, ohne dabei Details vorwegzunehmen oder das Thema des Bandes aus dem Blick zu verlieren. Nicht immer gelingt dieses so treffsicher und informativ wie in

den Ausführungen etwa zu Wiederaufbauplanungen nach dem Zweiten Weltkrieg oder zur Neuorientierung des Wohnungsbaus in den 70er Jahren.

In der Zusammenschau bietet das Buch wesentlich mehr als nur eine Führung durch 50 Siedlungen und Quartieren in Stuttgart; es bietet einen kompakten und sehr anschaulichen Überblick zur Siedlungsbaugeschichte in Stuttgart. Ein ausführlicher Index, getrennt nach Personen, Straßen und Sachthemen, vervollständigt diesen kleinen und feinen Band.

Peter Goerke, Hamburg

Eingegangene Bücher 2002

(Besprechung bleibt vorbehalten)

0. Bibliographien und Hilfsmittel

- BICKELMANN, HARTMUT (Hrsg.), Bremerhavener Persönlichkeiten aus vier Jahrhunderten. Ein biographisches Lexikon, Bremerhaven: Stadtarchiv 2002 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven 16).
ECK-PFISTER, SILVIA / SCHUSTER, MARINA (Bearb.), Quellen zur Eisenbahn- und Straßenbahngeschichte in nichtstaatlichen westfälisch-lippischen Archiven, Dortmund: Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv 1996 (Veröffentlichungen der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv).
KERSKEN, NORBERT (Bearb.), Annotierte Bibliographie zur Geschichte der Stadt Coesfeld, Coesfeld: Stadt 1999 (Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Coesfeld 1).
KÖRNER, MARTIN (Hrsg.), Bibliographie der Stadtgeschichte der Schweiz 1986-1997, Berlin: Peter Lang 2002.

1. Reichsstädte

- HOHRATH, DANIEL / WEIG, GEBHARD / WETTENGEL, MICHAEL (Hrsg.), Das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802. Zum Übergang schwäbischer Reichsstädte vom Kaiser zum Landesherrn, Begleitband zur Ausstellung "Kronenwechsel", das Ende reichsstädtischer Freiheit 1802, Ulm: W. Kohlhammer 2002 (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation 12).
BORSODORF, ULRICH (Hrsg.), Essen eine Stadtgeschichte, Bottrop: Pomp Verl., 2002.

2. Ortsgeschichten

- BICKELMANN, HARTMUT (Hrsg.), Bremerhavener Beiträge zur Stadtgeschichte III, Bremerhaven: Stadtarchiv 2001 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven 15).
BLANK, BERND A., Bad Oldesloe früher und heute. Eine Stadt im immerwährenden Wandel. Stadtbau und Altstadtsanierung

in Bad Oldesloe 1973-1998 und Ausblick auf zukünftige Aufgaben, Bad Oldesloe: Oho-Verl. 1998.

- BRAKE, LUDWIG / FELSCHOW, EVE-MARIE, 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau, Gießen: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V. 1996.
BRAND, FRIEDRICH, Bad Salzungen. Daten und Strukturen einer mittelfürstlichen Stadt, Bielefeld: Verl. für Regionalgeschichte 1996 (Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Salzungen 2).
BRODT, BÄRBEL, Städte ohne Mauern. Stadtentwicklung in East Anglia im 14. Jahrhundert, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verl. 1997 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 44).
BURG, PETER, Saarbrücken 1789-1860. Von der Residenzstadt zum Industriezentrum, Bliesskastel: Gollenstein Verl. 2000 (Saarland Bibliothek 14).
DAHMEN, ANNEGRET / ROELEN, MARTIN WILHELM / RULOFS-TERFURTH, DORIS, Chronik 1945 bis 1999. 55 Jahre Weseler Geschichte, Wesel: Stadtarchiv 1999 (Studien und Quellen zur Geschichte von Wesel 22).
EGGENSTEIN, GEORG / SCHWINZER, ELLEN / mit MECKLENBROUK, PETRA (Hrsg.), Zeitspuren. Die Anfänge der Stadt Hamm, Hamm: Druck Verl. Kettler 2001 (Notizen zur Stadtgeschichte 8).
FRANZ, NORBERT, Die Stadtgemeinde Luxemburg im Spannungsfeld politischer und wirtschaftlicher Umwälzungen 1760-1890. Von der Festungs- und Garnisonsstadt zur offenen multifunktionalen Stadt, Trier: Kliomedia 2001 (Trierer Historische Forschungen 40).
GERDES, FRAUKE, Pickelhaube und Ersatzkaffee. Bassum 1871-1918, Diepholz: Schröderischer Buchverlag, Verl. für Regionalkultur 2001 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bassum 2).